

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Peter Förster/Walter Friedrich

Politische Einstellungen und Grundpositionen
Jugendlicher in Ostdeutschland

Harry Müller/Wilfried Schubarth

Rechtsextremismus und aktuelle Befindlichkeiten
von Jugendlichen in den neuen Bundesländern

Gisela Ulrich

Zur Situation der Jugendhilfe in Leipzig

Erich Raab

Berufsausbildung und Arbeitsmarktchancen
Jugendlicher in den alten Bundesländern

B 38/92

11. September 1992

Peter Förster, Prof. Dr. sc., geb. 1932; bis 1990 Abteilungsleiter am Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig, seit 1991 Forschungsleiter in der Forschungsstelle Sozialanalysen Leipzig e. V.

Veröffentlichungen u. a.: Beiträge zur Jugend- und Meinungsforschung sowie zu methodologischen und methodischen Fragen der Sozialforschung; (zus. mit Walter Friedrich), Ostdeutsche Jugend 1990, in: Deutschland Archiv, 24 (1991)4 und 7.

Walter Friedrich, Prof. Dr. phil. habil., geb. 1929; bis 1990 Direktor des Zentralinstituts für Jugendforschung in Leipzig, seit 1991 Leiter der Forschungsstelle Sozialanalysen Leipzig e. V.

Veröffentlichungen u. a.: Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16-17/90; (zus. mit Hartmut Griese/Hrsg.) Jugend und Jugendforschung in der DDR, Opladen 1991; (zus. mit Peter Förster) Ostdeutsche Jugend 1990, in: Deutschland Archiv, 24 (1991)4 und 7.

Harry Müller, Dr. sc. paed., geb. 1930; Studium der Psychologie in Leipzig; bis 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter und stellvertretender Direktor am Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig, seit 1991 Forschungsleiter in der Forschungsstelle Sozialanalysen Leipzig e. V.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Walter Friedrich/Hrsg.) Zur Psychologie der 12- bis 22jährigen, Berlin 1981; Lebensorientierungen der Jugend der DDR, in: Walter Friedrich/Hartmut Griese (Hrsg.) Jugend und Jugendforschung in der DDR, Opladen 1991.

Wilfried Schubarth, Dr. phil., geb. 1955; bis 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig; seit 1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Jugendinstitut München, Außenstelle Leipzig.

Veröffentlichungen: (Hrsg. zus. mit Karl-Heinz Heinemann und Mitautor) Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland, Köln 1992; zahlreiche Beiträge zu Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit bei ostdeutschen Jugendlichen.

Gisela Ulrich, Dr. phil., geb. 1948; Studium der Psychologie in Krakau (Polen); wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig; seit 1990 Leiterin des Jugendamtes der Stadt Leipzig.

Veröffentlichungen u. a.: Nutze die Zeit und döse!?, in: Ralf Hickethier (Hrsg.), Vom Umgang mit sich selbst und den anderen, Donauwörth/Leipzig 1991; Was wir wollen – Ziele des Jugendschutztages, in: Bundesarbeitsgemeinschaft Aktion Jugendschutz (Hrsg.), Jugendschutz in Sachsen, Mainz 1992.

Erich Raab: M. A. (Soziologie), geb. 1943; wissenschaftlicher Referent in der Abteilung Jugend und Arbeit des Deutschen Jugendinstituts München.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit Hermann Rademacker und Gerda Winzen) Handbuch Schulsozialarbeit, München 1987; Hilfen zur beruflichen Integration – ein neues Handlungsfeld in einem veränderten Übergangssystem, in: Dietmar Brock u. a. (Hrsg.), Übergänge in den Beruf, München 1991.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62-65, 5500 Trier, Tel 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Politische Einstellungen und Grundpositionen Jugendlicher in Ostdeutschland

I. Vorbemerkungen

Junge Ostdeutsche haben fünf besonders turbulente Jahre hinter sich. Sie haben die Endzeit des sozialistischen Systems „in den Farben der DDR“ bewußt und kritisch reflektierend miterlebt, haben schon vor dem Herbst 1989 ihre Identifikationen, Hoffnungen und Illusionen verloren, sich zuletzt immer häufiger Protesten und teilweise den Aktionen der Opposition angeschlossen. Unmittelbar nach dem Sturz des SED-Regimes kamen für kurze Zeit Hoffnungen auf einen reformierten Sozialismus, vor allem auf mehr politische Mitbestimmung (Basisdemokratie) auf, dann die Freude auf die Verlockungen der Vereinigung mit dem seit langem idealisierten „Westen“.

Doch bald mußten neben den ersehnten Möglichkeiten wie den persönlichen Freiheiten, den Konsum-Attraktionen, den unbegrenzten Reisemöglichkeiten auch die Schattenseiten der neuen Gesellschaft erfahren und verkraftet werden: drohende Arbeitslosigkeit, ungewohnte soziale Unsicherheiten, harte Konkurrenz und Rivalitäten in einer marktwirtschaftlichen Gesellschaft, Unübersichtlichkeit der neuen Lebensverhältnisse im Alltag bei gleichzeitig zunehmendem Entscheidungsdruck, wachsende soziale Ungleichheiten bei großem Wohlstandsgefälle zwischen West und Ost usw. Eine fundamentale Umgestaltung und eine Pluralisierung der Lebenslagen sowie der Formen individueller Lebensgestaltung hatte begonnen.

Hinzu kamen die vielfach als Bevormundung erlebte Dominanz durch Westdeutsche, die sich zuspitzenden Abwertungen und Spannungen zwischen „Osis“ und „Wessis“, mangelnde Möglichkeiten der politischen Partizipation und Einflußnahme auf gesellschaftliche Entscheidungsprozesse, zunehmende Erfahrungen materieller Risikolagen, Armut, Ängste im näheren sozialen Umfeld etc.

Nur wenn der totale Zusammenbruch des alten Systems sowie der höchst konfliktreiche, weil unvorbereitet begonnene Transformationsprozeß in die neue Gesellschaft *sozialpsychologisch* als Sturz der Individuen von einer Lebenswelt in eine radikal andere begriffen und analysiert wird, können die

veränderte psychische Lage, die speziellen Befindlichkeiten, die Wandlungen von Mentalitäten und Alltagsverhalten der (jungen) Ostdeutschen verstanden werden. In den letzten Jahren haben sich die Lebensverhältnisse so grundlegend verändert, hat eine solch enorme Umwertung alles Bisherigen stattgefunden, daß davon die biographische Entwicklung dieser Jugendgeneration entscheidend – in einem heute noch gar nicht absehbaren Ausmaß – geprägt wurde und wird. Die sogenannte „formative Phase“ der Prägung von Generationsmentalitäten darf dabei nicht so eng wie in den klassischen Konzeptionen (15–18/20 Jahre) angesetzt, sondern muß erheblich weiter gefaßt werden. Das bedeutet, daß die *unterschiedlichen Generationenerfahrungen* der jüngeren und älteren Jugendkohorten (Geburtsjahrgänge) einzukalkulieren sind.

Gleiche zeitgeschichtliche Situationen, wie der gesellschaftliche Umbruch in Ostdeutschland, werden von verschiedenen Altersgruppen unterschiedlich wahrgenommen, bewertet, psychisch verarbeitet, erzeugen ungleiche Verhaltens- und biographische Effekte. Daß es in der Persönlichkeitsstruktur der heute 15-, 20- oder 25jährigen Jugendlichen gravierende, zeithistorisch bedingte typische Unterschiede geben wird, die sich erst in den kommenden Jahren voll herauskristalisieren werden, daran ist nicht zu zweifeln. Schon heute zeigen sich zwischen jüngeren und älteren Jugendlichen/Jungerwachsenen bedeutende Unterschiede, vor allem in ihrem politischen Verhalten.

Mit unserer Studie¹ wollen wir auf Wandlungstendenzen im Bewußtsein und Verhalten junger Menschen in Ostdeutschland aufmerksam machen, wobei wir uns der Grenzen der Aussagefähigkeit

1 Die Forschungsstelle Sozialanalysen Leipzig e. V. hat – gefördert durch die Freudenberg Stiftung – im März/April 1992 eine Jugendstudie durchgeführt. Wichtige Ergebnisse werden in diesem und in dem Beitrag von Harry Müller und Wilfried Schubarth zur Diskussion gestellt. Die Studie basiert auf einer Stichprobe, die repräsentativ für 14- bis 25jährige Sachsen ist.

Darüber hinaus wurden große Populationen von Schülern der 8.–10. Klassen, von Gymnasiasten der 11. und 12. Klassen und von Lehrlingen aus Sachsen sowie aus Sachsen-Anhalt (schriftlich) befragt. Dadurch bestehen gute Voraussetzungen zu differenzierten Analysen der Abhängigkeiten und Zusammenhänge. Repräsentativität für alle neuen Bundes-

Tabelle 1: Links-Rechts-Positionierung Jugendlicher 1992
(Angaben in Prozent)

	1	2	3	4	5	0
<i>Sachsen</i>						
14-25 Jahre	7	18	39	12	6	18
darunter						
Studenten	17	27	36	13	1	6
junge Erwerbstätige	6	20	38	10	5	21
<i>Sachsen/Sachsen-Anhalt</i>						
Schüler 8.-10. Klasse	7	13	40	13	5	22
11./12. Klasse	15	22	39	13	3	8
Lehrlinge	4	10	47	18	7	14

1 links; 2 eher links als rechts; 3 weder links noch rechts; 4 eher rechts als links; 5 rechts; 0 Das weiß ich (noch) nicht.

einer einzelnen Untersuchung, ihren speziellen methodischen und Stichprobengrenzen sowie der Schwierigkeiten des Vergleichs mit anderen Studien durchaus bewußt sind. Im vorliegenden Beitrag beziehen wir uns insbesondere auf das Verhältnis junger Ostdeutscher zur Politik, zu rechtsextremen Anschauungen und auf einige Seiten ihrer Lebensbefindlichkeiten.

II. Politische Grundpositionen ostdeutscher Jugendlicher

Abnehmendes Politikinteresse (mangelndes Engagement in Jugendverbänden, wachsendes Desinteresse an öffentlichen Angelegenheiten) einerseits, *Zunahme rechtsextremer Denk- und Verhaltensweisen* (Ausländerfeindlichkeit) andererseits – das sind die Schlagworte in der Diskussion über politische Orientierungen der ostdeutschen Jugend. Auch und gerade wenn damit die Lage zutreffend gekennzeichnet sein sollte, bleiben doch Fragen nach den politischen Grundpositionen und den Bewußtseinsstrukturen, die sich hinter diesen Erscheinungen verbergen. Existieren sie unabhängig voneinander als Einzelphänomene oder sind sie Ausdrucksformen struktureller Zusammenhänge, also komplexer Verhaltensdispositionen? Steht dahinter eine allgemeine politische Indifferenz (Apathie), breitet sich im politisch-ideologischen Denken ein Vakuum aus oder sind grundlegende, vielleicht neuartige, informelle Strukturen vorhanden bzw. im Entstehen begriffen?

länder besteht nicht. Ein umfangreicher Forschungsbericht einschließlich einer Methodenbeschreibung liegt vor und kann auf Wunsch von der Freudenberg Stiftung zur Verfügung gestellt werden, der die Autoren für die erwiesene Unterstützung herzlich danken.

Was sind nach den Jahren der Ablehnung, des Verfalls und Zusammenbruchs der früheren politischen Orientierungen, nach den Versuchen, sich in der neuen Gesellschaft einzurichten, die Trends politischer Neuorientierung?

Diesen Fragen wollen wir uns im folgenden zuwenden. Zur Diagnose der politischen Grundhaltung bzw. Grundorientierung der jungen Ostdeutschen werden die Ermittlung der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei oder zu einer politischen Richtung bzw. weltanschaulichen/ideologischen Auffassung und die Ermittlung des politischen Standorts im Links-Rechts-Spektrum genutzt.

1. Positionen im Links-Rechts-Spektrum

In der politologischen und Meinungsforschung werden seit Jahrzehnten Links-Rechts-Skalen erfolgreich zur Analyse politischer Grundpositionen verwandt. Wir haben folgende Skala übernommen:

„Über Jahrzehnte hat es sich eingebürgert, bei politischen Standortbestimmungen zwischen ‚rechts‘ und ‚links‘ zu unterscheiden. Wie würden Sie sich einordnen?“²

Überraschend ist, daß es gegenwärtig den meisten Jugendlichen nicht schwer fällt, sich auf einer Links-Rechts-Skala einzustufen. Noch vor drei Jahren wäre das wohl unmöglich gewesen, da in solchen Kategorien kaum gedacht wurde. Seinen

2 Mit dieser Frage wurden alle 14- bis 25jährigen erfaßt. Die Zahl der Befragten betrug mehr als 4300. Das ergibt große Zahlen für die einzelnen Antwortpositionen, z. B. für links/eher links n = 920, für rechts/eher rechts n = 975. Im Text werden die Vertreter linker Positionen (Antwortpositionen 1 und 2) als „Linkspositionierte“, „Linksorientierte“ oder kurz als „Linke“, die Vertreter rechter Positionen als „Rechtspositionierte“, „Rechtsorientierte“ oder kurz als „Rechte“ bezeichnet. Vertreter der Antwortposition 1 werden als „extrem links“, Vertreter der Antwortposition 5 als „extrem rechts“ bezeichnet.

politischen Standpunkt bezog man damals auf der Dimension *für* oder *gegen* den Sozialismus bzw. die SED. Heute ist die Positionierung auf einer Links-Rechts-Skala nur noch für jeden fünften Jugendlichen ein Problem.

Ende 1990 fanden sich allerdings in unserer Vergleichsstudie noch etwa zehn Prozent mehr Unentschiedene unter den 14- bis 18jährigen als jetzt. Die Identifizierung als „Linker“ oder „Rechter“ gehört heute bereits zum politischen Selbstverständnis der großen Mehrheit der Schüler in den 8.-10. Klassen. Jeder vierte der 14- bis 25jährigen jungen Sachsen betont seine politische Linksorientierung, knapp jeder fünfte (18 Prozent) ordnet sich rechts von der Mitte ein. Das sind zwei starke Fraktionen, die beide – nach unseren Vergleichsstudien – seit Ende 1990 etwas zugenommen haben, vor allem auf Kosten der Unentschiedenen.

Eine Polarisierungstendenz ist quantitativ und qualitativ eindeutig festzustellen. Sowohl die Zahl der Links- und Rechtspositionierten nimmt zu als auch die Gegensätzlichkeit der vertretenen linken bzw. rechten Anschauungen. Der Vergleich zeigt, daß politisch Linke wie Rechte heute bei nahezu allen relevanten politischen und sozialen Fragen ihre Standpunkte eindeutiger, nachdrücklicher, extremer – entsprechend ihrer links- bzw. rechtsorientierten Weltansicht bzw. Ideologie – vertreten als noch Ende 1990. Diese Polarisierung scheint sich fortzusetzen, vor allem in bezug auf rechtsextreme Anschauungen, Ausländerfeindlichkeit, andere politische Themen (vgl. den Beitrag von Harry Müller und Wilfried Schubarth in diesem Heft). Die Masse der Jugendlichen orientiert sich immer weniger an den politischen Parteien bzw. an deren Programmen und politischen Richtungen, sondern hauptsächlich an Positionen der Links-Rechts-Achse und deren mehr informellen Ideologien bzw. Weltanschauungen. Dieser latent verlaufende Polarisierungsprozeß ist in den 9. Klassen schon weit fortgeschritten und in den 10. Klassen nahezu abgeschlossen. Das hat Auswirkungen auf das Alltagsverhalten der Jugendlichen, z.B. auf die Zugehörigkeit zu informellen Gruppen in Schulklassen und im Freizeitbereich, auf die Sympathien und Antipathien zueinander, auf Diskussionen und Auseinandersetzungen, auf die Atmosphäre in den Schulklassen etc.

Tabelle 1 zeigt starke Unterschiede zwischen den verschiedenen Untergruppen:

- Jüngere Jugendliche sind weniger links-, aber bedeutend häufiger rechtsorientiert als ältere. Wir vermuten als Ursachen zeithistorische Determinanten, also unterschiedliche Generationenerfahrungen. Allein mit dem Lebensalter der Individuen, mit der sozialen/mental-

Reife der Heranwachsenden kann das sicher nicht erklärt werden. Das gilt auch für die Tatsache, daß 14- bis 18jährige Jugendliche mit extrem linker Position, mehr aber noch die mit extrem rechter Position (Antwortposition 1 bzw. 5) entschiedener und radikaler ihre (gegensätzlichen) Anschauungen vertreten als 19- bis 25jährige Jungerwachsene mit gleichen Positionen.

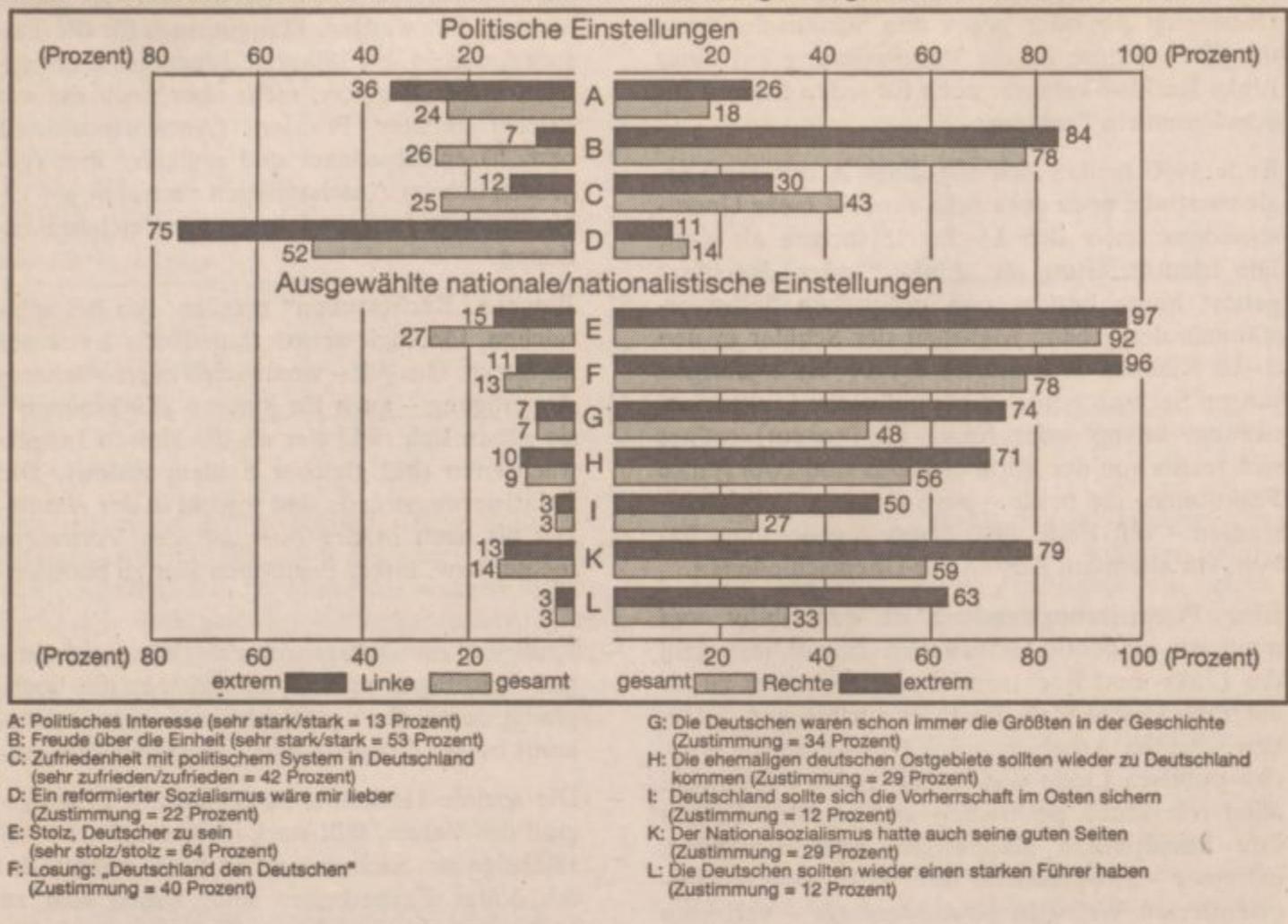
Jüngere „Rechtsaußen“ urteilen also bei zahlreichen ideologie-zentrierten Items extremer als ältere. Das gilt – wenngleich in schwächerer Ausprägung – auch für jüngere „Linksaußen“; sie geben sich radikaler als die älteren Jungerwachsenen (bei gleicher Skalenposition). Die Polarisierungstrends sind sowohl in der *Häufigkeit* als auch in der *Intensität* des Vertretens rechter bzw. linker Positionen klar zu beobachten:

- Kraß sind die Differenzen zwischen gleichaltrigen Lehrlingen und Gymnasiasten, die hochgradig durch die unterschiedliche soziale Herkunft beider Gruppen mitbedingt sein dürften.
- Die soziale Herkunft, gemessen am Bildungsgrad des Vaters, fällt stark ins Gewicht. 14- bis 18jährige aus Sachsen und Sachsen-Anhalt, deren Väter Facharbeiter sind, haben sich zu 14 Prozent in linke, aber zu 25 Prozent in rechte Positionen eingestuft. Jugendliche, deren Väter eine Hochschule absolviert haben, haben sich demgegenüber zu 36 Prozent politisch links und nur zu 15 Prozent politisch rechts von der Mitte positioniert.
- Religiöse und Atheisten unterscheiden sich kaum in ihren Links-Rechts-Positionen.
- Zwischen den Geschlechtergruppen treten erhebliche Unterschiede auf. Mädchen und junge Frauen haben sich weniger rechts eingeordnet als Jungen und junge Männer (11 zu 26 Prozent), treten dafür aber häufiger für linke Positionen ein (27 zu 21 Prozent). Unter den 14- bis 18jährigen Schülern und Lehrlingen, die eine rechte Position vertreten, befinden sich nur 25 Prozent Mädchen.

2. Mentalitäten der politisch Linken und Rechten

Wir wollen jetzt der Frage nachgehen, welche politischen und sozialen Einstellungen, Überzeugungen oder andere Persönlichkeitsmerkmale mit linken bzw. rechten Politikpositionen bei ostdeutschen Jugendlichen verknüpft sind. Liegen diesen Positionen politisch-ideologische Strukturen, bestimmte Weltanschauungsmuster zugrunde? Wie groß sind die Differenzen, wie eng die Zusammenhänge?

Abb. 1: Politische und nationale/nationalistische Einstellungen Jugendlicher in Ostdeutschland 1992



Diese Fragen können hier nur knapp beantwortet werden, zumal sie an anderer Stelle dieses Textes und im Beitrag von Harry Müller und Wilfried Schubarth behandelt werden.

a) Politische Einstellungen

Sowohl politisch Links- als auch politisch Rechtsorientierte haben ein überdurchschnittlich hohes Politikinteresse. Sie unterscheiden sich in bezug auf den Grad ihres Interesses an Politik wenig, wohl aber hinsichtlich der Bewertung politischer Inhalte stark voneinander.

Sehr groß sind die Unterschiede zwischen rechten und linken Positionen z. B. in der persönlichen Bewertung der deutschen Einheit wie auch in der Ansicht über einen reformierten Sozialismus.

b) Nationale/nationalistische Einstellungen

Enorme Differenzen gibt es zwischen Linken und Rechten bei der Bewertung rechtsextremer Ziele und Anschauungen. Das konnte sicher für die extremen Rechts-/Linkspositionen erwartet werden, nicht aber für die rechten und linken Positionen insgesamt (Antwortpositionen 1 und 2 bzw. 4 und 5). Die beiden großen Gruppen, zu denen fast jeder zweite Jugendliche zählt, unterscheiden sich konträr hinsichtlich ihres politisch-weltanschaulichen Denkens: Rechte bekennen sich besonders zu

den nationalistischen Forderungen und Losungen, verherrlichen Deutschland und die Deutschen, betonen emphatisch ihren Stolz, Deutsche zu sein. Linke beurteilen diese Frage völlig anders. Zustimmungen dazu sind die Ausnahme.

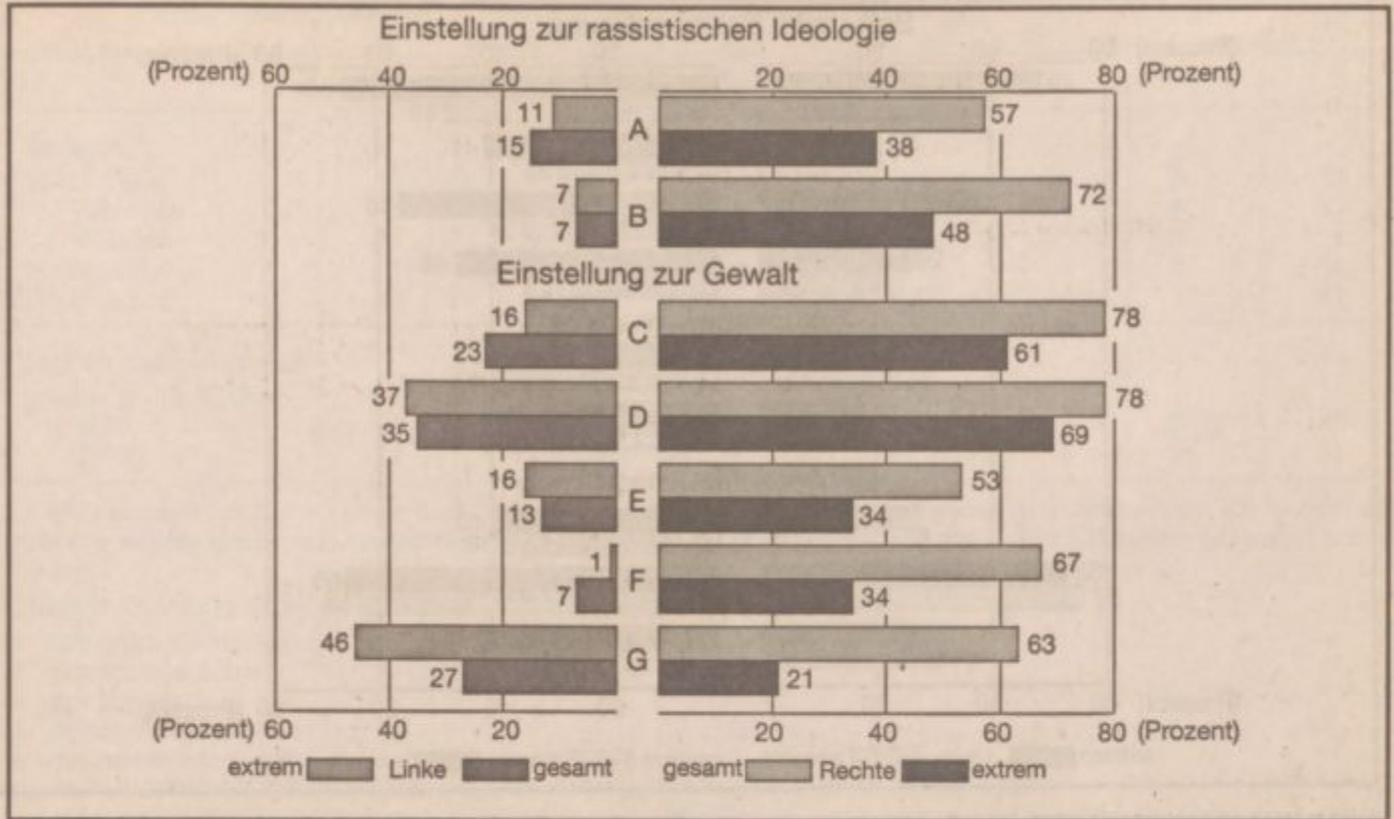
Auch zu rassistischen Vorstellungen sowie zur Gewalt – beides weitere Kernbereiche des rechtsextremen Syndroms – existieren zwischen Linken und Rechten konträre Standpunkte. Im Verhältnis zur Gewalt sind die Linken jedoch gespalten. Ein (kleinerer) Teil von ihnen hält sie unter gewissen Umständen für durchaus vertretbar, was sich in den geringeren Abständen zu den Werten der Rechten ausdrückt. Gewalt gegenüber Ausländern wird von den Linksorientierten allerdings strikt abgelehnt (Vgl. Abbildungen 1 und 2).

Die Abbildungen 1 bis 4 spiegeln die unterschiedlichen Prozentverteilungen zwischen Linken und Rechten gesamt (hell) bzw. extrem Linken/Rechten (dunkel/nur Antwortposition 1 und 5) wider. Die Prozentzahlen in den Klammern der Merkmalszeilen geben die Werte der Gesamtpopulation der 14- bis 18jährigen an.

c) Verhältnis zu anderen

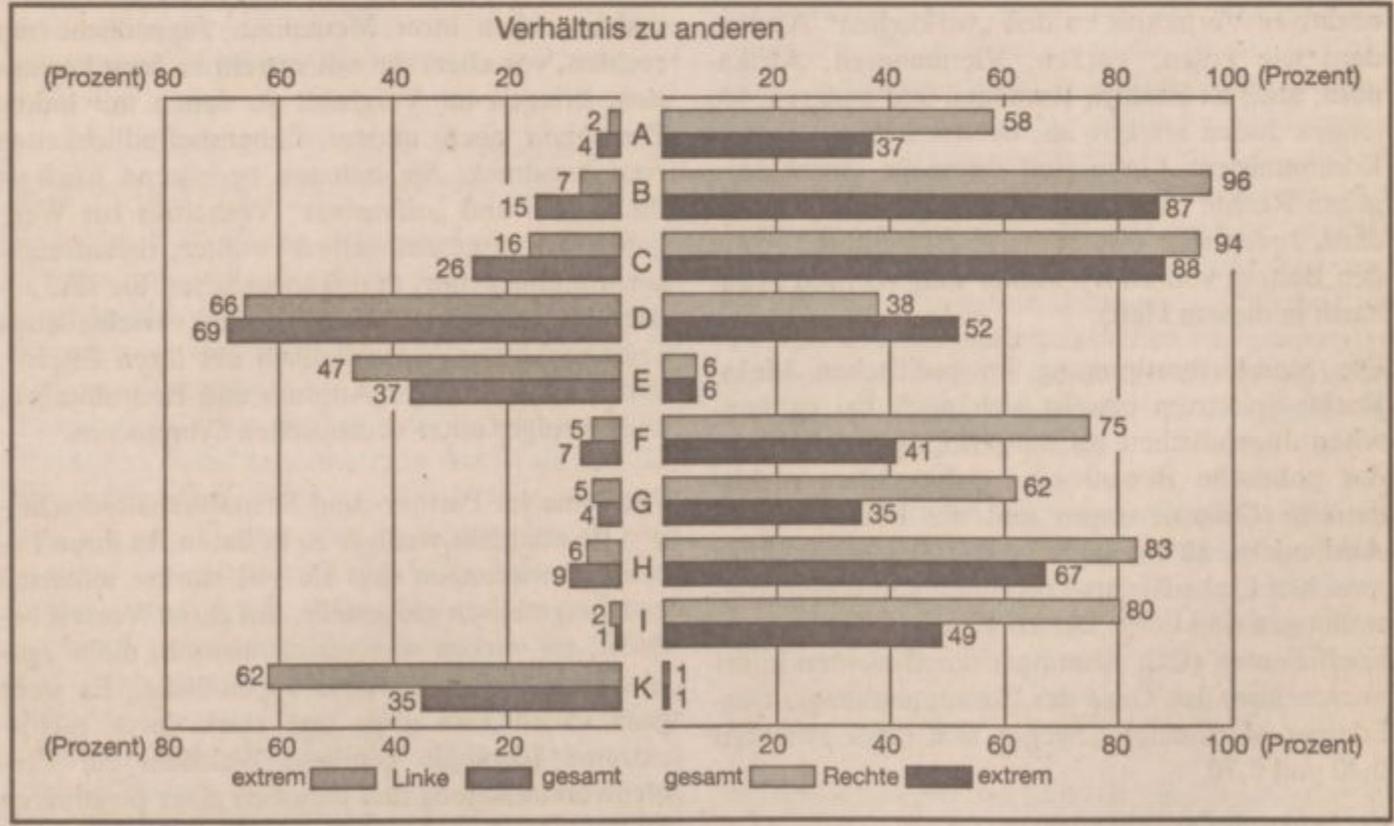
Linke und Rechte bewerten sich (die Eigengruppe) wie auch die anderen (Fremdgruppen) in

Abb. 2: Einstellung ostdeutscher Jugendlicher zur rassistischen Ideologie und zur Gewalt 1992



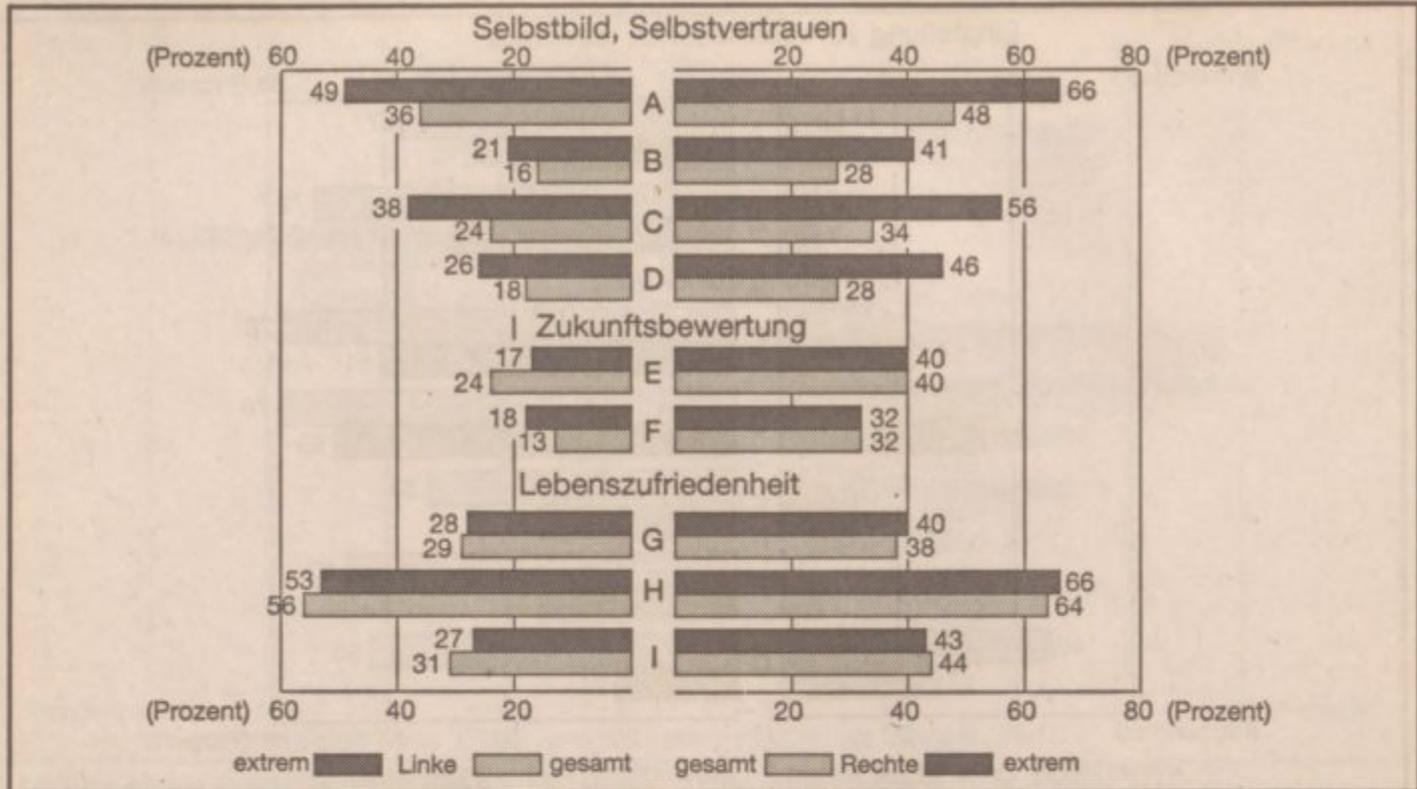
- A: In der Natur setzt sich der Stärkere durch (Zustimmung = 24 Prozent)
- B: Deutsche sollten mit andersrassigen Ausländern keine Kinder zeugen (Zustimmung = 20 Prozent)
- C: Das Wichtigste heute ist die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, notfalls auch mit Gewalt (Zustimmung = 39 Prozent)
- D: Keine grundsätzliche Ablehnung körperlicher Gewalt gegen andere Personen (Zustimmung = 44 Prozent)
- E: Manchmal muß man zur Gewalt greifen, um seine eigenen Interessen durchzusetzen (Zustimmung = 18 Prozent)
- F: Jagd auf Ausländer machen (habe es schon getan; würde es tun) (Zustimmung = 9 Prozent)
- G: Handgreifliche Auseinandersetzungen mit Polizei oder der Gegenseite (habe es schon getan; würde es tun) (Zustimmung = 17 Prozent)

Abb. 3: Verhältnis ostdeutscher Jugendlicher zu anderen Völkern und Gruppierungen 1992



- A: Wir Deutschen sind anderen Völkern grundsätzlich überlegen (Zustimmung = 17 Prozent)
- B: Ich bin gefühlmäßig klar gegen bzw. mehr gegen als für Ausländer (Zustimmung = 39 Prozent)
- C: Die Zahl der Ausländer in Ostdeutschland sollte verringert werden (Zustimmung = 54 Prozent)
- D: Sympathie für Franzosen (Zustimmung = 61 Prozent)
- E: Sympathie für Russen (Zustimmung = 17 Prozent)
- F: Juden lehne ich ab (Zustimmung = 17 Prozent)
- G: Die Juden sind Deutschlands Unglück (Zustimmung = 13 Prozent)
- H: Losung „Rote raus“ (Zustimmung = 35 Prozent)
- I: Mitglied/Sympathisant der Republikaner (Zustimmung = 12 Prozent)
- K: Mitglied/Sympathisant der Autonomen Linken (Zustimmung = 8 Prozent)

Abb. 4: Selbstbild und Selbstvertrauen ostdeutscher Jugendlicher 1992



A: Ich möchte nicht anders sein, als ich bin (volle Zustimmung, nur Antwortposition 1 = 52 Prozent)
 B: Riskante Sachen reizen mich (volle Zustimmung = 20 Prozent)
 C: Für meine Überzeugungen gehe ich durch dick und dünn (volle Zustimmung = 28 Prozent)
 D: Ich besitze ein starkes Selbstvertrauen (volle Zustimmung = 24 Prozent)

E: Persönliche Zukunft wird sehr optimistisch gesehen (Antwortposition 1 = 34 Prozent)
 F: Keine Angst vor der Zukunft (nie = 21 Prozent)
 G: Zufriedenheit mit wirtschaftlicher Lage der Familie (ja = 33 Prozent)
 H: Zufriedenheit mit den Beziehungen zu den Eltern (ja = 66 Prozent)
 I: Zufriedenheit mit dem Leben insgesamt (ja = 43 Prozent)

ganz gegensätzlicher Weise. Rechte haben ein sehr negatives Verhältnis zu den „wirklichen“ Ausländern wie Polen, Türken, Vietnamesen, Afrikanern, auch zu Russen, Rumänen und anderen. Sie lehnen Juden affektiv ab, ebenso Linke, „Rote“, Kommunisten. Linke sind ihrerseits entschieden gegen Rechte eingestellt, aber gegenüber Ausländern, Juden sehr tolerant (vgl. Abbildung 3 sowie den Beitrag von Harry Müller und Wilfried Schubarth in diesem Heft).

Die Standortbestimmung im politischen Links-Rechts-Spektrum erweist sich auch bei ostdeutschen Jugendlichen als ausgezeichnete Methode, das politische Bewußtsein, insbesondere rechts-extreme Orientierungen und die Einstellung zu Ausländern, zu analysieren. Die Zusammenhänge zwischen Links-Rechts-Positionen und diesen Einstellungen sind hoch. Die korrigierten Kontingenzkoeffizienten (CC; Kontingenzkoeffizienten informieren über den Grad des Zusammenhanges qualitativer Merkmale) bewegen sich meist zwischen 0,40 und 0,70.

d) Lebensbefindlichkeiten

Die Vertreter politisch linker und rechter Positionen innerhalb der ostdeutschen Jugend weisen nicht nur extrem unterschiedliche politisch-weltanschaulich-soziale Einstellungsstrukturen auf, son-

dern sie unterscheiden sich auch in anderen Merkmalsbereichen ihrer Mentalität. Jugendliche mit rechten, vor allem die mit extrem rechten Positionen, bringen im Vergleich zu denen mit linken Positionen auch andere Lebensbefindlichkeiten zum Ausdruck: Sie betonen bedeutend häufiger ihr aktives und „offensives“ Verhältnis zur Welt, geben sich insgesamt selbstbewußter, risikofreudiger, optimistischer, draufgängerischer. Sie sind zufriedener mit ihrem Leben bzw. mit verschiedenen Lebensfaktoren (einschließlich mit ihren Eltern), leiden seltener unter Ängsten und Bedrohungen, auch weniger unter neurotischen Symptomen.

Probleme im Partner- und Sexualverhalten scheinen sie ebenfalls weniger zu belasten. In ihren Lebensorientierungen sind sie viel stärker materiell und pragmatisch eingestellt, auf ihren Vorteil bedacht, sie wirken weniger altruistisch, mehr egoistisch als linksorientierte Jugendliche. Es sieht ganz so aus, als trage ihre stark durch rechts-extreme Ideologie geprägte Weltansicht zur Problemvereinfachung und damit zu einer positiveren Stimmungs- und Aktivitätslage bei. Die Wechselwirkung zwischen aktiver Problembewältigung und dadurch ausgelösten Erfolgserlebnissen könnte die vorhandene Rechtsorientierung weiter verstärken. Linke sind jedenfalls den Rechtspositionierten in

Tabelle 2: Einstellung 14- bis 25jähriger sächsischer Jugendlicher zu den parteipolitischen Richtungen (Angaben in Prozent)

	1	2	3	4	5	6	7	0
<i>Sachsen</i>								
14-25 Jahre	10	4	5	12	10	6	3	50
männlich	9	4	6	15	11	9	4	42
weiblich	10	5	4	9	9	3	2	58
14-18 Jahre	8	2	4	10	7	8	3	58
19-25 Jahre	12	6	6	13	12	5	3	43
<i>Sachsen/Sachsen-Anhalt</i>								
Schüler 8.-10. Klasse								
1990	10	2	6	23	5	4	5 (2)*	45
1992	9	3	5	7	7	6	2	61

*) 1990 enthielt das Antwortmodell noch als gesonderte Vorgabe die Position „nationaldemokratisch“. Zu Vergleichszwecken werden die damals ermittelten Werte der Position 7 „andere“ zugeordnet und in Klammern gesondert ausgewiesen.

„Welcher Richtung fühlen sie sich am meisten verbunden?“

- 1 der grün-alternativen
- 2 der sozialistischen (1990: der sozialistisch-kommunistischen)
- 3 der liberalen
- 4 der christlich-demokratischen
- 5 der sozialdemokratischen
- 6 der republikanischen oder einer anderen rechtsnationalen (1990 ohne diesen Zusatz)
- 7 einer anderen
- 0 Ich habe mich noch nicht festgelegt.

den psychischen Merkmalsbereichen durchweg unterlegen. Sie geben an, weniger erfolgreich, optimistisch, aktivistisch und zufrieden zu sein, auch wenn die Differenzen erheblich geringer sind als bei den politischen Einstellungen (die meist zwischen 10 und 30 Prozent liegen; die Kontingenzkoeffizienten CC belaufen sich nur auf 0.15-0.35).

In Abbildung 4 werden diese Feststellungen anhand weniger ausgewählter Beispiele illustriert.

Ähnliche Differenzen zwischen Jugendlichen mit rechten bzw. linken Positionen konnten wir in unserer Studie auch bei anderen Lebens- und Wertebereichen aufdecken, z.B. in der Beurteilung familiärer Beziehungen, der Ziele der Kindererziehung (Rechte tendieren stärker zum patriarchalischen Familienmodell), in der Wahl der Tageszeitung, hinsichtlich des Alkoholkonsums usw. Daß solche „Figuren des Sozialbewußtseins“ aus der Auseinandersetzung der Individuen mit ihrer unmittelbaren Lebenswelt hervorgehen und ganz konkrete soziale Probleme sowie „Alltagsideologien“ widerspiegeln, ist seit langem bekannt (vgl. Theodor Geiger³). Die Identifikation der Individuen mit dieser oder jener Position im politischen Links-Rechts-Spektrum hat sehr große Bedeutung für die Herausbildung ihres politischen Bewußtseins und ihrer Befindlichkeit.

3. Einstellungen zu den Parteien

Ein weiterer wichtiger Indikator zur Messung der politischen Grundhaltung ist die Präferenz der parteipolitischen Richtung. Aus den uns hierzu vorliegenden Daten geht hervor, daß die oben erwähnte politische Polarisierungstendenz keine Entsprechung in einer wachsenden Zuwendung zu den verschiedenen Parteien bzw. politischen Richtungen findet. Die Ergebnisse unserer Studie belegen vielmehr einen entgegengesetzten Prozeß, eine Abwendung von den Parteien, eine auch bei den jungen Leuten (dem künftigen Wählerpotential) *stark zunehmende Parteienverdrossenheit*. Tabelle 2 informiert über die parteipolitischen Präferenzen 14- bis 25jähriger Sachsen sowie über die Veränderungen seit Ende 1990, exemplarisch dargestellt für die Schüler der 8.-10. Klassen.

Rund die Hälfte der Befragten fühlt sich 1992 mit einer parteipolitischen Richtung verbunden. Präferiert werden zu etwa gleichen Teilen die christdemokratische (12 Prozent), die grün-alternative (10 Prozent) und die sozialdemokratische (10 Prozent) Richtung. Sechs Prozent sympathisieren mit den Republikanern.

- Wie schon bei der Links-Rechts-Positionierung bestehen deutliche Unterschiede zwischen jüngeren und älteren Jugendlichen. Der höhere Grad der Festlegung auf eine Partei bei den 19- bis 25jährigen schlägt vor allem für die grün-alternative und die sozialdemokratische Orientie-

3 Theodor Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart 1932.

Tabelle 3: Zusammenhang von Links-Rechts-Positionierung und Einstellung zu den parteipolitischen Richtungen

	1	2	3	4	5	6	7	0
<i>links</i>								
1990	36	37	1	1	8	0	7 (2)	10
1992	33	25	2	1	6	0	12	21
<i>eher links</i>								
1990	40	3	5	7	11	1	3 (2)	30
1992	25	6	8	3	15	0	4	39
<i>weder links noch rechts</i>								
1990	14	1	12	24	6	0	3 (0)	40
1992	8	1	9	10	8	1	2	61
<i>eher rechts</i>								
1990	4	0	11	40	3	6	10 (3)	26
1992	2	0	7	16	6	19	3	47
<i>rechts</i>								
1990	0	0	2	24	0	46	18 (13)	10
1992	3	1	2	9	3	59	1	22

(Schüler der 8.-12. Klasse; gleiche Anteile für 8.-10. bzw. 11. und 12. Klassen/Angaben in Prozent)

„Welcher Richtung fühlen sie sich am meisten verbunden?“

- 1 der grün-alternativen
- 2 der sozialistischen (1990: der sozialistisch-kommunistischen)
- 3 der liberalen
- 4 der christlich-demokratischen
- 5 der sozialdemokratischen
- 6 der republikanischen oder einer anderen rechtsnationalen (1990 ohne diesen Zusatz)
- 7 einer anderen (1990 einschließlich „nationaldemokratisch“; diese Anteile werden in Klammern gesondert ausgewiesen)
- 0 Ich habe mich noch nicht festgelegt.

rung zu Buche. Doch bleibt offen, ob dies ein Effekt der Generationsprägung oder des Lebensalters ist. Wir neigen zur ersten Hypothese.

- Von den männlichen Jugendlichen haben sich deutlich mehr als von den weiblichen auf eine Richtung festgelegt. Männliche Jugendliche präferieren häufiger die Christdemokraten und die Republikaner. Mit den Republikanern fühlen sich 17 Prozent der männlichen Lehrlinge verbunden (weibliche Lehrlinge: vier Prozent).
- Aufschlußreich ist der zeithistorische Vergleich – in Tabelle 2 exemplarisch für die Schüler der 8.-10. Klassen dargestellt. In allen Teilgruppen ist durchgängig erkennbar, daß sich 1992 erheblich weniger Jugendliche politisch festlegen als 1990. Gaben 1990 im Gesamtdurchschnitt noch rund zwei Drittel der jungen Leute eine bevorzugte politische Orientierung an, ging dieser Anteil im Frühjahr 1992 auf rund die Hälfte zurück. Ein beträchtlicher Schwund ist bei der christdemokratischen Richtung zu verzeichnen. Ihre Anhängerschaft hat sich bei den Jugendlichen seit Ende 1990 etwa halbiert. Verluste hat auch die grün-alter-

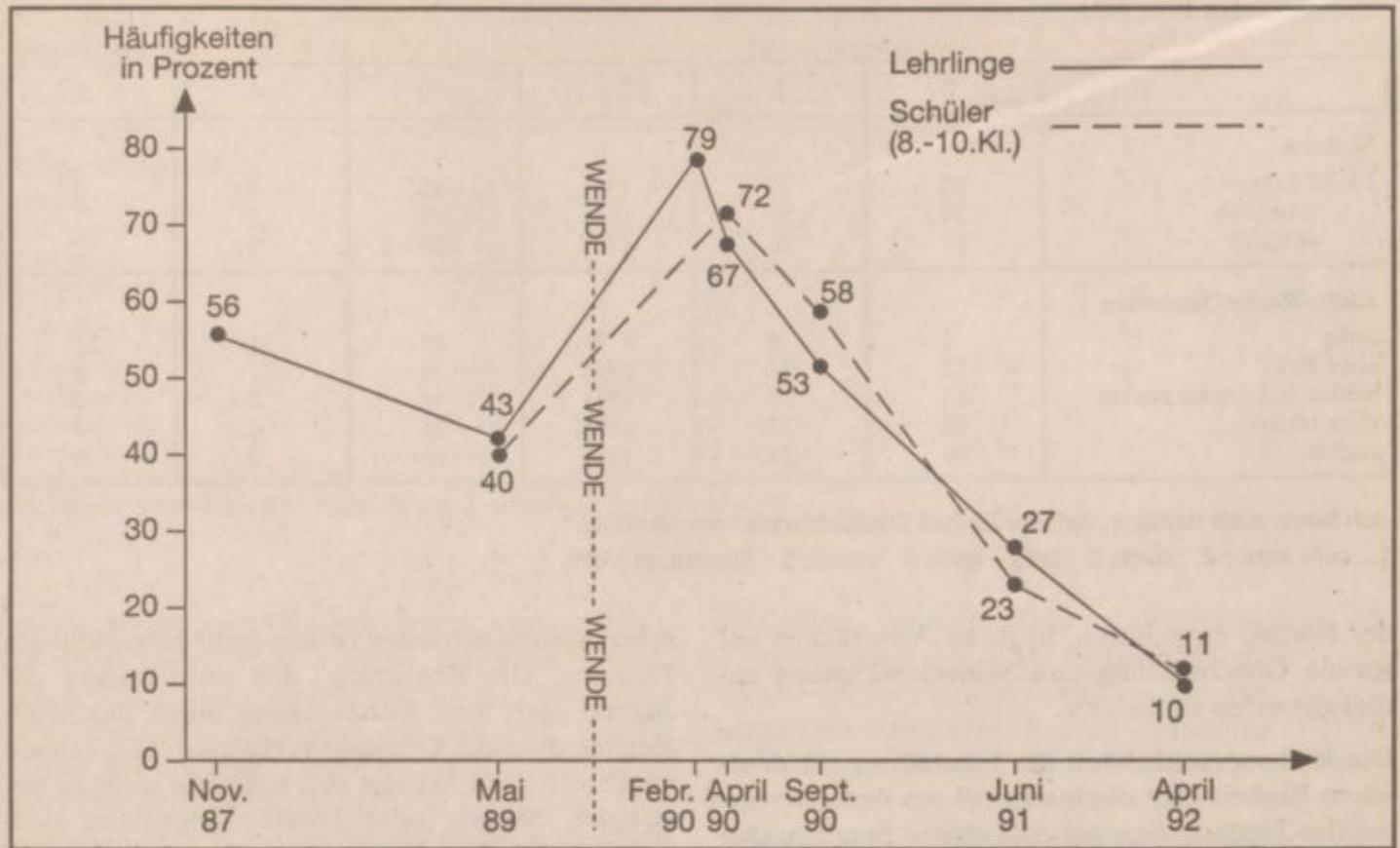
native Richtung erlitten. Leichte Gewinne können dagegen die Sozialdemokraten und Republikaner verbuchen, insbesondere bei den männlichen Jugendlichen.

- Auf strukturelle Veränderungen in den politischen Grundeinstellungen verweist eine Trendanalyse der Zusammenhänge zwischen dem Selbstverständnis als Linker oder Rechter und der bevorzugten politischen Richtung. Tabelle 3 informiert über die eingetretenen Veränderungen.

Wie schon erwähnt, ist im Gegensatz zur zunehmenden Einordnung in das Links-Rechts-Spektrum gegenüber 1990 eine wachsende Abwanderung von den Parteien festzustellen. Das betrifft sowohl die Sympathisanten der Linken als auch der Rechten, am meisten aber diejenigen, die sich zur *politischen Mitte* rechnen. Vor allem diese große Gruppe fühlt sich von keiner Partei vertreten.

Wesentlich ist außerdem, daß rechtsorientierte Jugendliche, die sich 1990 noch stark zur christdemokratischen Richtung hingezogen fühlten, 1992 häufiger zu den Republikanern neigen. Die Wahrscheinlichkeit dafür, daß rechte Orientierungen in

Abb. 5: Politikinteresse Jugendlicher im Trend 1987-1992



Die Jugendlichen gaben die Ausprägung ihres Interesses für Politik auf einer fünfstufigen Skala mit den Eckpunkten „sehr stark“ und „überhaupt nicht“ an. Die angeführten Werte sind die zusammengefaßten Prozenzhäufigkeiten für die Antwortpositionen „sehr stark“ und „stark“.

das Lager der Republikaner führen (mit den Rückwirkungen auf eine weitere Radikalisierung), ist offensichtlich größer geworden!

Es spricht einiges dafür, daß die nachrückenden Altersgruppen die „Partei der Nichtwähler“ weiter vergrößern werden, wenn die etablierten Parteien nicht auf die Signale wachsenden Unbehagens über ihre Politik reagieren.

4. Politikinteresse

Das Politikinteresse junger Leute in Ostdeutschland hat inzwischen – nach der starken Regression in der Endzeit der DDR und einem steilen Anstieg während der Wende – als Folge wachsenden Unbehagens über die Politik der etablierten Parteien, aber auch zunehmender sozialer und wirtschaftlicher Verunsicherung, einen neuen Tiefpunkt erreicht. In einigen Teilgruppen (z. B. bei den weiblichen Jugendlichen) geht die Ausprägung des starken Interesses faktisch gegen Null.

Abbildung 5 veranschaulicht das Auf und Ab exemplarisch für die Lehrlinge und die Schüler der 8. bis 10. Klassen.

5. Einstellung zur Vereinigung und zum neuen politischen System

Charakteristisch für die politische Stimmungslage der ostdeutschen Jugendlichen ist ihre *Einstellung zur deutschen Einheit*. Kurz vor dem Vollzug der Einheit am 3. Oktober 1990 hatte sich die übergroße Mehrheit (82 Prozent) der 15-bis 24jährigen für die Vereinigung ausgesprochen. Viele Jugendliche sahen ihr damals mit gemischten Erwartungen entgegen, Freude und Hoffnung gingen eng einher mit Sorgen und Ängsten. Im April 1992 äußerte nur noch eine knappe Mehrheit (53 Prozent) ihre Freude darüber, daß die Einheit hergestellt ist; eine Minderheit (fünf Prozent) betonte ihre Ablehnung. Weniger als die Hälfte (42 Prozent) ließ als Ausdruck widersprüchlicher persönlicher Erfahrungen eine ambivalente Einstellung erkennen (vgl. Tabelle 4).

Vor allem die weiblichen Jugendlichen aller Alters- und Ausbildungsgruppen haben ihr positives Urteil über die Vereinigung deutlich relativiert. Damit setzt sich der bereits vor der Vereinigung erkennbare Trend fort, daß weibliche Jugendliche der deutschen Einheit weniger häufig uneingeschränkt positiv gegenüberstehen als männliche. Hauptsächlicher Grund war und ist die Sorge vieler Mädchen und junger Frauen, zu den Verlierern

Tabelle 4: Einstellung zur Vereinigung im April 1992
(in Prozent)

	1	2	(1 + 2)	3	4	5
<i>Sachsen</i>						
14-25 Jahre	25	28	(53)	42	3	2
männlich	34	30	(64)	33	2	1
weiblich	17	26	(43)	50	5	2
<i>Links-Rechts-Spektrum</i>						
links	1	6	(7)	40	31	22
eher links	12	22	(34)	53	11	2
weder links noch rechts	23	30	(53)	44	2	1
eher rechts	48	27	(75)	23	2	0
rechts	60	24	(84)	16	0	0

„Ich freue mich darüber, daß die Einheit Deutschlands hergestellt ist.“

1 sehr stark; 2 stark; 3 teils - teils; 4 kaum; 5 überhaupt nicht.

der Einheit zu gehören, in ihren Ansprüchen auf soziale Gleichstellung und Selbstbestimmung zurückgeworfen zu werden.

Die Widersprüchlichkeit der Einstellung zur deutschen Einheit geht eindrucksvoll aus den Antworten der Jugendlichen auf eine offene Frage zu den Veränderungen in ihrem Leben seit der Wende hervor. Rund 9 000 Aussagen, häufig sehr ausführliche und anrührende Mitteilungen, wurden dazu ausgewertet.

Als *positive Veränderungen* werden vor allem von jeweils rund der Hälfte das verbesserte Konsumangebot, die neuen Reisemöglichkeiten und die persönlichen Freiheiten genannt. Fast jeder Befragte führt zugleich auch *negative Veränderungen* an, insbesondere die in vielen Familien spürbare Massenarbeitslosigkeit (von den Eltern der befragten Schüler und Lehrlinge ist ein Drittel in irgendeiner Form von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen!) mit ihren Auswirkungen auf das Familienklima und die Lebensqualität, die stark verunsichernde Zunahme von Kriminalität und Gewalt, die Verteuerung der Lebenshaltung, die Ausbreitung von Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit, das Entstehen einer „Ellenbogengesellschaft“ und andere bislang weitgehend ungewohnte Erscheinungen. Aus den verbalen Aussagen ist ablesbar, daß die positiven Veränderungen durchaus anerkannt und auch genutzt werden. Die negativen Folgen und Begleiterscheinungen der Vereinigung werden jedoch vielfach als existentiell gravierender wahrgenommen. Ein Teil der jungen Leute erlebt die neuen Risiken offensichtlich intensiver als die neuen Chancen.

Der Verlauf des deutschen Einigungsprozesses beeinflusst sehr stark die Haltung der Jugendlichen zum *politischen System* im vereinten Deutschland. Gegenwärtig äußern 39 Prozent, mit dem politi-

schen System zufrieden zu sein (sehr zufrieden: ein Prozent). Die Erwartung, daß insbesondere die Jugend nach ihrer Enttäuschung durch das SED-Regime die neue Ordnung verhältnismäßig schnell annehmen wird, scheint sich vorläufig nicht zu bestätigen. Skepsis oder Distanz gegenüber dem neuen politischen System korreliert jedoch nicht mit einer nostalgischen Aufwertung der alten politischen Ordnung. Die übergroße Mehrheit der Jugendlichen (85 Prozent) vertritt die Auffassung, daß es höchste Zeit war, das SED-Regime zu beseitigen. Allerdings meint jeder vierte Jugendliche, daß ihm ein reformierter, humanistischer Sozialismus lieber wäre als die gegenwärtige politische Ordnung.

6. Urteile über Ostdeutsche und Westdeutsche

In unserer Untersuchung haben wir auch nach den Vorstellungen, nach den „Bildern“ gefragt, die junge Ostdeutsche von anderen Völkern besitzen. Wir haben diese Frage aufgenommen, um Vergleiche zu früheren Studien zu ermöglichen und somit zeitgeschichtlich bedingte Einstellungsänderungen feststellen zu können.

Aus den Jahren 1968, 1989 und 1990 liegen uns Forschungsergebnisse des ehemaligen Leipziger Jugendforschungsinstituts vor, die mit derselben Methode jeweils bei Schülern der 8.-10. Klassen im sächsischen Raum gewonnen wurden. Da sie 1989 den Zustand kurz vor der Wende (Frühjahr) und 1990 nach der Wende (Sommer) kennzeichnen und 1992 die Einstellung eineinhalb Jahre nach Vollzug der deutschen Einheit wiedergeben, sind besonders die Veränderungen von Bedeutung, die mit dem politischen und sozialen Wandel in Deutschland zusammenhängen.

Untersucht wurden die vorurteilsgeprägten Einstellungen/Stereotype zu ausgewählten Nationen

Tabelle 5: Urteile über Westdeutsche und Ostdeutsche 1968–1992

Urteilsmerkmal	Untersuchungsjahr			
	1968	1989	1990	1992
<i>Westdeutsche sind ...</i>				
arbeitsam	1,97	2,30	1,72	2,62
intelligent	2,38	2,15	1,96	2,44
nationalstolz	2,78	2,29	1,72	2,26
sympathisch	2,42	2,40	2,02	2,98
<i>Ostdeutsche sind ...</i>				
arbeitsam	1,55	2,86	3,64	1,90
intelligent	1,70	2,34	2,62	2,26
nationalstolz	1,68	2,84	3,82	2,50
sympathisch	1,74	2,48	2,86	2,20

Mittelwerte einer siebenstufigen Skala: 1 = sehr stark ausgeprägt

bzw. Volksgruppen (Russen, Polen, Vietnamesen, US-Amerikaner, Westdeutsche, Ostdeutsche) hinsichtlich der Ausprägung bestimmter Merkmale (wie arbeitsam, intelligent, nationalstolz, sympathisch) mittels einer siebenstufigen Schätzskala. Wir beschränken uns hier auf die Urteile der Ostdeutschen über die Westdeutschen und über sich selbst seit 1968 (vgl. Tabelle 5).

Westdeutsche, die in der DDR vor der Wende als „Idealfiguren“ galten, erfuhren in den achtziger Jahren zunehmend eine starke Aufwertung, während es gegenwärtig wieder zu erheblichen Regressionen kommt. Umgekehrt verlief die Bewertung der eigenen Bevölkerung, der Ostdeutschen (früher: „DDR-Bürger“). Hier sank die Identifikation noch nach der Wende unaufhörlich und mit starker Tendenz. Nach unserer Studie hat sich jedoch 1990 eine Trendwende vollzogen: Seither findet eine bemerkenswerte Aufwertung der „Ossis“ statt, die teilweise sogar zu einer Überbietung der „Wessis“ führt. Das ist ein deutlicher Reflex auf den komplizierten Prozeß der deutschen Einheit. Sehr drastisch offenbart sich dieser Einstellungswandel beim Merkmal „arbeitsam“ sowie bei den Sympathiewerten (vgl. Abbildung 6).

7. Langzeitwirkungen der „Westmedien“

Durch die Kopplung der Untersuchung mit einer seit 1987 laufenden Längsschnittstudie⁴ bei heute

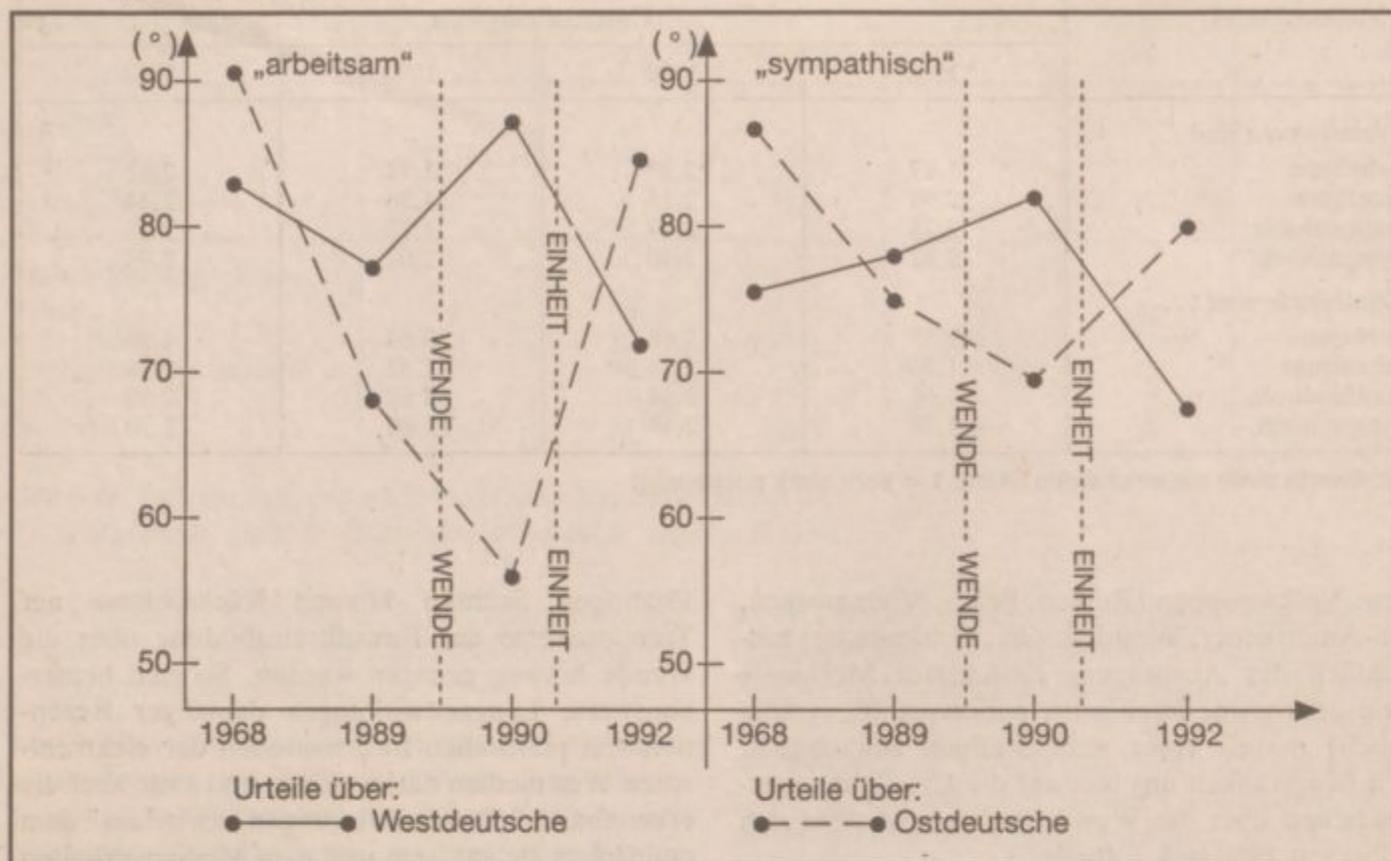
4 In diese Längsschnittstudie waren zwischen 1987 und 1989 (Frühjahr) rund 1200 Schülerinnen und Schüler aus Sachsen einbezogen, die in der 8., 9. und 10. Klasse mehrmals an Untersuchungen teilnahmen, u. a. zu ihrer Lernmotivation, ihren politischen Orientierungen, zu ihrem Medienverhalten u. a. In der 10. Klasse erklärten sich rund 600 Jugendliche bereit, auch nach Schulabschluß weiter an der Studie mitzuarbeiten. An bisher vier Befragungen nach der Wende – nunmehr postalisch – nahmen jeweils zwischen 200

19jährigen Sachsen können Rückschlüsse auf Trendprozesse der Bewußtseinsbildung über die Wende hinweg gezogen werden. So sind bemerkenswerte Langzeitwirkungen damaliger Rezeption von politischen Informationen der elektronischen Westmedien nachweisbar, und zwar über die erkennbaren Wechselwirkungen zwischen dem politischen Bewußtsein und dem Medienverhalten hinausgehend. Teilnehmer der Längsschnittstudie, die vor der Wende intensiv und selektiv diese Sender als Informationsquelle nutzten, unterscheiden sich von denen, bei denen das weniger intensiv der Fall war. Sie unterscheiden sich von diesen u. a. insofern, als sie heute der Vereinigung deutlich positiver gegenüberstehen, sich häufiger als Bürger der Bundesrepublik fühlen und ebenfalls häufiger ihren Nationalstolz als Deutsche/Deutscher artikulieren. Sie sind jedoch nicht zufriedener mit dem politischen System der vereinten Bundesrepublik (vgl. Tabelle 6).

Die Ergebnisse legen die Annahme nahe, daß eine intensive und selektive mediale Wahrnehmung der Vorzüge westlicher Lebensqualität (Lebensstandard, persönliche Freiheiten) im Vergleich zu den Alltagserfahrungen in der von der Krise gezeichneten DDR-Gesellschaft langfristig den Boden dafür mit bereitet hat, die Vereinigung herbeizuwünschen und so selbst an der erstrebten Lebensqualität der Bundesrepublik teilzuhaben. Die Langzeitanalyse läßt retrospektiv den (damals vermuteten) enormen Einfluß der „Westkanäle“ auf den politischen Mentalitätswandel erkennen, der schließlich in die politische Wende mündete.

und 300 Jugendliche teil. Dabei muß in Rechnung gestellt werden, daß eine größere Anzahl der früheren Teilnehmer in den Westteil abgewandert ist. Spezielle Berechnungen ergaben, daß die Population der jetzigen Teilnehmer repräsentativ für die damalige Gesamtpopulation ist.

Abb. 6: Nationale Stereotype: Entwicklung der Urteilsausprägung 1968 bis 1992
(Schüler 8.-10. Klassen Sachsen)



Die in Tabelle 5 angegebenen Mittelwerte werden in dieser Abbildung aus Darstellungsgründen in eine Skala von 0 bis 100 Grad transformiert.

Tabelle 6: Zusammenhang zwischen der Rezeptionshäufigkeit politischer Informationen der „Westkanäle“ vor der Wende (Frühjahr 1989) und der Einstellung zur deutschen Einheit (Frühjahr 1992)

Rezeptionshäufigkeit 1989	1	2	(1 + 2)	3	4 + 5
täglich	27	21	(48)	45	7
mehrmals in der Woche	8	17	(25)	62	13
seltener/nie	5	5	(10)	64	26

Identische Population einer seit 1987 laufenden Längsschnittstudie (N = 200)

„Freuen Sie sich darüber, daß die Einheit Deutschlands hergestellt ist?“

1 sehr stark; 2 stark; 3 teils – teils; 4 kaum; 5 überhaupt nicht.

III. Bewertung

Die politischen Einstellungen und Grundpositionen, die heute für junge Ostdeutsche charakteristisch sind, sollten sinnvollerweise vor dem Hintergrund ihrer spezifischen Biographien (im Kontext der zeithistorischen Ereignisse) bewertet werden. Die jungen Leute haben ihre ersten Politikererfahrungen in der DDR gewonnen. Bereits Jahre vor der Wende haben sie Frustrationen, Enttäuschungen erlebt, mit Spott, Protest und Ablehnung auf

die damalige offizielle SED-Politik reagiert: Politikverdrossenheit gab es also *schon vor 1989!* Mit und unmittelbar nach der Wende hat die allgemeine Aufbruchstimmung zu mehr politischem Engagement auch der Jugendlichen geführt. Eine große Bereitschaft zu politischer Aktivität und demokratischer Mitgestaltung – oft verknüpft mit einer aufgeschlossenen, erwartungsvollen Einstellung gegenüber den Parteien in der vereinten Bundesrepublik – war vorhanden. Aus der Politikverdrossenheit vor 1989 sowie dem Aktivismus und den großen Erwartungen bzw. Illusionen unmittelbar nach der Wende erwuchs ein großes Bedürfnis

nach einer neuen politischen „Verortung“. Die anhaltende Orientierungsnot drängte nach haltgebenden politischen Positionen, mit denen Identitäts- oder Lebenskrisen bewältigt werden konnten. Programme, Parteien, Politiker, die diese durch Erfahrung kritische (und „gebrannte“) ostdeutsche Jugend akzeptieren würde, waren gefragt. Mit den Angeboten der etablierten Parteien konnte sich die große Mehrheit der ostdeutschen Jugendlichen jedoch wenig – in letzter Zeit zunehmend weniger – identifizieren.

Im Rahmen der bundesweit wachsenden Kritik und Parteienverdrossenheit zeigt sich die Bevölkerung in den neuen Bundesländern – und hier vor allem die Jugend – besonders betroffen, was aus ihrer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Sonderlage resultiert.

Politische Orientierungslosigkeit, ein Mangel an stabiler politischer Werte-Position, kann jedoch auf Dauer von jungen Menschen nicht ertragen werden. Die nach der Wende schwieriger gewordene Bewältigung des Alltags zwingt auch Jugendliche ständig zu politischen Wertungen der vielfältigen Probleme und Ereignisse.

Wenn die Parteien diesem Bedürfnis nicht genügend entsprechen (können), muß sich zwangsläufig

die Suche nach Alternativen, nach anderen politisch-weltanschaulichen Orientierungsmustern verstärken (die der Interpretation, Erklärung, Sinngebung dienen können).

Gegenwärtig sehen junge Ostdeutsche eine gangbare und attraktive Alternative in einer Standortbestimmung im unverbindlichen politischen Links-Rechts-Spektrum. Die Identifizierung mit linken oder rechten Positionen ist ein informeller Vorgang, wächst aus dem Alltagsleben heraus, ist an keine formelle Anerkennung von Parteien, Programmen, Politikern oder Jugendverbänden gebunden, bedarf keiner Beitrittsrituale, Satzungsdiskussionen oder anderer Verpflichtungen. Linke und rechte Positionen stehen sich schon vom Wort her konträr gegenüber, der Gegensatz ist evident, das „Freund-Feind-Bild“ ist vorgegeben, der politische Gegner erscheint personifiziert, ist bekannt, wird meist heftig abgelehnt.

Die jeweilige „Alltagsideologie“ ist vage und unverbindlich, bietet daher breite Freiheitsräume für nahezu alle individuellen Auffassungen, Lebensstile und Individualitätsansprüche. Vielleicht deutet sich hier ein Trend an, der der politischen Grundhaltung der heutigen Jugend besonders entspricht.

Rechtsextremismus und aktuelle Befindlichkeiten von Jugendlichen in den neuen Bundesländern

Die von Peter Förster, Walter Friedrich und uns gemeinsam erarbeitete Studie¹ sollte auch über die Entwicklung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewaltbereitschaft ostdeutscher Jugendlicher sowie über ihre grundlegenden aktuellen Lebensbefindlichkeiten (Bedrohungsängste, Lebenszufriedenheit u. a.) Aufschluß geben. Die dazu vorliegenden Hauptergebnisse werden von uns im folgenden dargestellt.

I. Rechtsextremismus

1. Dimensionen des Rechtsextremismus

Seit dem Umbruch im Herbst 1989 und der damit verbundenen Enttabuisierung unerwünschter gesellschaftlicher Erscheinungen im Realsozialismus hat es eine wachsende Zahl von Publikationen zu Problemen des Rechtsextremismus in Ostdeutschland gegeben²; diese konzentrieren sich jedoch zu meist auf Aussagen über Verbreitung und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus oder stellen

1 Vgl. Anm. 1 des Beitrages von Peter Förster/Walter Friedrich in diesem Heft.

2 Vgl. z. B. Christoph Butterwege/Horst Isola (Hrsg.), *Rechtsextremismus im vereinten Deutschland*, Bremen 1990; Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), *Ausländerfeindlichkeit und rechtsextreme Orientierungen bei der ostdeutschen Jugend*, Leipzig 1992; Walter Friedrich/Wilfried Schubarth, *Ausländerfeindliche und rechtsextreme Orientierungen bei ostdeutschen Jugendlichen*, in: *Deutschland Archiv*, 24 (1991) 10, S. 1052–1065; Hajo Funke, „Jetzt sind wir dran“. Nationalismus im geeinten Deutschland?, Berlin 1991; Karl-Heinz Heinemann/Wilfried Schubarth (Hrsg.), *Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder. Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland*, Köln 1992; Claus Leggewie, „Asylanten und so'n Rotz“. Xenophobie und extremer Nationalismus in Ostdeutschland, in: *Sozialwissenschaftliche Informationen* 20 (1991) 4, S. 245–252; Rudolf Leiprecht/Josef Held/Athanasios Marvakis/Hans Horn, „Jugendliche und Rechtsextremismus“. Laufende und abgeschlossene Forschungen in Ost- und Westdeutschland, Düsseldorf 1992; Wolfgang Melzer/Wojtek Lukowski/Lutz Schmidt, *Deutsch-polnischer Jugendreport*, Weinheim-München 1991; Armin Pfahl-Traughber, *Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 3–4/92, S. 11–21; Bernd Siegler, *Auferstanden aus Ruinen... Rechtsextremismus in der DDR*, Berlin 1991.

Insbesondere die angeführten Arbeiten von Pfahl-Traughber sowie Leiprecht u. a. geben einen guten Überblick über die Thematik.

mögliche Deutungsmuster bzw. Erklärungsansätze dar. Dagegen bestehen nach wie vor Defizite sowohl im Hinblick auf Entwicklungstendenzen in diesem Bereich als auch hinsichtlich der Dimensionierung und Strukturierung des Rechtsextremismus-Syndroms. Als ein besonderes Forschungsdesiderat ist in diesem Zusammenhang die empirische Überprüfung theoretischer Konstrukte zur Beschreibung des Rechtsextremismus-Phänomens an der konkreten Situation Ostdeutschlands anzusehen. Ein solches Konstrukt ist das von Wilhelm Heitmeyer entwickelte Modell, nach dem beim Rechtsextremismus zwei Grundelemente zusammenfließen: zum einen die Ideologie der Ungleichheit zur Interpretation gesellschaftlicher Realitäten und zum anderen verschiedene Varianten der Gewaltakzeptanz zur Umsetzung von Ungleichheitsideologien³. Dieses Modell wird im folgenden zur Beschreibung unserer Untersuchungsergebnisse zum Rechtsextremismus herangezogen, wobei wir zunächst empirische Befunde zur Verbreitung von Fragmenten bzw. Facetten der Ideologie der Ungleichheit, daran anschließend zur Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft und schließlich zur inneren Struktur des Rechtsextremismus-Syndroms vorstellen.

a) *Rechtsextreme Orientierungen*

Als Facetten der Ideologie der Ungleichheit bzw. als Ideologiefragmente rechtsextremen Denkens werden in der Fachliteratur u. a. nationalistische, rassistische, fremdenfeindliche, autoritäre, sozialdarwinistische, antisemitische und die NS-Zeit verharmlosende Denkweisen angeführt⁴. Wie stark solche Orientierungen bei ostdeutschen Jugendlichen verbreitet sind, zeigt Tabelle 1.

Tabelle 1 belegt, daß allen angeführten (tendenziell) rechtsextremen Aussagen von einem nicht unbeträchtlichen Teil der Jugendlichen zugestimmt wird, am meisten von Lehrlingen und Schülern der 8.–10. Klassen. Dabei verwundert insbesondere, in welchem Ausmaß bei ostdeutschen Jugendlichen nicht nur nationalistische und frem-

3 Zuletzt dargestellt in: Wilhelm Heitmeyer u. a., *Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie*, Weinheim-München 1992, S. 13ff.

4 Vgl. z. B. R. Leiprecht u. a. (Anm. 2), S. 8ff.

Tabelle 1: Rechtsextreme Orientierungen ostdeutscher Jugendlicher 1992
(Angaben in Prozent)

	1	2	3	4	5
<i>Die Deutschen sind anderen Völkern grundsätzlich überlegen.</i>					
Schüler 8.-10. Kl.	9	14	37	17	23
11./12. Kl.	3	8	20	20	49
Lehrlinge	12	18	32	14	24
<i>Wir sollten darauf achten, daß wir das Deutsche reinhalten und Völkervermischung verhindern.</i>					
Schüler 8.-10. Kl.	13	11	22	15	39
11./12. Kl.	3	6	8	18	65
Lehrlinge	19	12	21	15	33
<i>In der Natur setzt sich der Stärkere durch. Das muß auch unter Menschen gelten.</i>					
Schüler 8.-10. Kl.	12	12	25	18	33
11./12. Kl.	4	13	24	15	34
Lehrlinge	14	13	23	14	36
<i>Wir Deutschen sollten wieder einen mit starker Hand regierenden Führer haben.</i>					
Schüler 8.-10. Kl.	6	6	14	14	60
11./12. Kl.	1	2	5	13	79
Lehrlinge	11	10	14	13	52
<i>Juden lehne ich ab, sie passen nicht zu uns.</i>					
Schüler 8.-10. Kl.	10	6	20	20	44
11./12. Kl.	4	5	10	14	67
Lehrlinge	13	9	18	14	46
<i>Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.</i>					
Schüler 8.-10. Kl.	14	13	28	17	28
11./12. Kl.	7	10	18	23	42
Lehrlinge	23	14	28	17	18

„Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?“

Das entspricht meiner Meinung

1 volle Zustimmung

5 keine Zustimmung

denfeindliche, sondern auch rassistische, sozialdarwinistische und antisemitische Denkweisen anzutreffen sind. Auf die Einstellung ostdeutscher Jugendlicher zu Ausländern soll aufgrund der zentralen Bedeutung dieser Dimension für den Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern etwas näher eingegangen werden.

In jüngster Zeit wird in einigen Meinungsumfragen und speziellen Jugenduntersuchungen übereinstimmend auf die weite Verbreitung der Ausländerablehnung bzw. -feindlichkeit in den neuen Bundesländern hingewiesen⁵. Die genannten Zah-

len liegen dabei über den Vergleichswerten der Jugendlichen aus Westdeutschland oder aus anderen westeuropäischen Ländern⁶.

Die Grundeinstellung zu Ausländern wurde in unserer Studie mit drei Indikatoren gemessen, die alle ganz ähnliche Werte reflektieren. Aus Vergleichsgründen stellen wir die Antworten auf die Frage dar, wie die Jugendlichen die Zahl der Ausländer in Ostdeutschland bewerten (vgl. Tabelle 2).

5 Vgl. z. B. die Ergebnisse einer aktuellen Studie der Universität Potsdam, die u. a. besagen, daß etwa jeder zweite Jugendliche in Brandenburg ausländerfeindlich eingestellt ist. Vgl. Frankfurter Rundschau vom 25. Juni 1992, S. 4.

6 Vgl. z. B. B. W. Melzer u. a. (Anm. 2), S. 126ff.; Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.), Schüler an der Schwelle zur deutschen Einheit (erscheint voraus, Herbst 1992); Eurobarometer: Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, November 1989, S. 48.

Tabelle 2: Bewertung der Zahl der Ausländer durch ostdeutsche Jugendliche 1992
(Angaben in Prozent)

	1	2	3	4
14-25 Jahre (Sachsen)	8	46	39	7
Schüler 8.-10. Kl.	10	47	37	6
11./12. Kl.	3	37	44	16
Lehrlinge	14	58	26	2

„Was würden Sie generell zu der Anzahl der Ausländer in Ostdeutschland sagen?“

- 1 jeder Ausländer ist einer zuviel
 2 es sind zu viele
 3 es sind viele, aber nicht zu viele
 4 es sind nicht zu viele

54 Prozent der jungen Sachsen betonen ihre ablehnende Einstellung gegenüber Ausländern; sie halten es für erforderlich, die Zahl der Ausländer in Ostdeutschland (die gegenwärtig ca. ein Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht) zu verringern. Der Vergleich zu unserer Studie Ende 1990⁷ läßt darauf schließen, daß in den letzten eineinhalb Jahren der Anteil der negativ zu Ausländern eingestellten 14- bis 25jährigen seit Ende 1990 um ca. fünf Prozent (in den Teilpopulationen von zwei bis 12 Prozent) gestiegen ist. Weibliche Jugendliche urteilen zu 10 bis 15 Prozent positiver als ihre männlichen Altersgefährten.

Als zentrale Determinante erweist sich erwartungsgemäß auch der politische Standort: Je stärker die Identifikation mit der rechten Position, desto intensiver ist der Ausländerhaß und desto geringer die Chance, diese Einstellung abzuschwächen. Doch sollte nicht übersehen werden, daß Ablehnung und Feindlichkeit gegenüber Ausländern auch bei Jugendlichen, die politisch nicht rechtsorientiert sind, anzutreffen ist: Rechtsextreme sind fast ausschließlich auch gegen Ausländer, aber nicht alle, die gegen Ausländer sind, sind auch Rechte.

Auffallend groß ist der Einfluß der Herkunftsfamilie. Jugendliche, deren Väter Facharbeiter oder Meister sind, lehnen zu 20 bis 30 Prozent häufiger Ausländer ab als solche, deren Väter einen Hochschulabschluß besitzen. Die Funktion der Familie, die Chancen der Eltern und deren Verantwortung bei der Einstellungsbildung Heranwachsender werden damit deutlich unterstrichen. Die 14- bis 18jährigen lehnen Ausländer vor allem deshalb ab,

- weil sie die komplizierte Wohnungslage verschärfen (74 Prozent),
- weil sie auf Kosten Deutschlands gut leben wollen (58 Prozent),
- weil sie uns die Arbeitsplätze wegnehmen (55 Prozent),
- weil sie schnell zu Gewalt und Kriminalität neigen (38 Prozent).

Andere Gründe treten weiter zurück.

Die jungen Leute differenzieren klar zwischen den Ausländern, haben ganz unterschiedliche Sympathiebeziehungen zu den Menschen verschiedener Nationen bzw. Bevölkerungsgruppen. Auf einer Sympathie-Antipathie-Skala halten US-Amerikaner und Franzosen die Spitzenplätze der Sympathie. Juden und Russen kommen auf mittlere Sympathie-Werte; Polen, Türken und Zigeuner (Roma, Sinti) werden 1992 als stark unsympathisch empfunden – ebenso wie Ende 1990.

b) Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft

Zum zweiten Grundelement des Rechtsextremismus, der Gewaltakzeptanz bzw. -bereitschaft, wurden durch unsere Studie u. a. die folgenden Ergebnisse ermittelt (vgl. Tabelle 3):

Von den Lehrlingen und den Schülern der 8. bis 10. Klasse lehnt nur gut die Hälfte Gewalt konsequent ab, dagegen schließt rund jeder vierte körperliche Gewalt gegenüber Personen nicht aus. Dies steht in einem engen Zusammenhang mit der Auffassung, daß Gewalt zur Durchsetzung eigener Interessen manchmal notwendig ist. Sie wird in erster Linie von männlichen Jugendlichen vertreten. Während etwa jeder dritte männliche Schüler und Lehrling körperliche Gewalt gegenüber anderen Personen nicht ablehnt, ist dies bei weiblichen Jugendlichen nur etwa jede fünfte. Männliche Ju-

7 Walter Friedrich/Wilfried Schubarth, Ausländerfeindliche und rechtsextreme Orientierungen bei ostdeutschen Jugendlichen, in: Deutschland Archiv, 24 (1990) 10, S.1052-1065.

Tabelle 3: Einstellungen ostdeutscher Jugendlicher zu Gewalt 1992
(Angaben in Prozent)

	1	2	3	4	5
<i>Ich lehne grundsätzlich jede körperliche Gewalt gegenüber Personen ab.</i>					
Schüler 8.-10. Kl.	37	19	17	16	11
11./12. Kl.	46	22	12	12	8
Lehrlinge	39	16	17	13	15
<i>Manchmal muß man zur Gewalt greifen, um seine Interessen durchzusetzen.</i>					
Schüler 8.-10. Kl.	8	9	17	28	38
11./12. Kl.	3	6	14	27	50
Lehrlinge	13	7	15	18	47

„Inwieweit stimmen die folgenden Fragen mit Ihrer persönlichen Meinung überein?“

Das entspricht meiner Meinung

1 volle Zustimmung

5 keine Zustimmung

gendliche vertreten auch viel stärker die Meinung, daß Gewalt ein legitimes Mittel zur Durchsetzung eigener Interessen sei.

Entsprechend unserer Studie haben sich bereits vier Prozent der männlichen Lehrlinge und ein bis zwei Prozent der männlichen Schüler an gewalttätigen Aktionen gegen Ausländer beteiligt, indem sie z. B. „Jagd auf Ausländer gemacht“ und/oder ein Ausländerwohnheim angegriffen haben. Weitere 15 Prozent der männlichen Lehrlinge und fünf bis zehn Prozent der männlichen Schüler wären dazu bereit, während nur gut die Hälfte der männlichen Lehrlinge und 70 bis 80 Prozent der männlichen Schüler auf keinen Fall an solchen Aktionen teilnehmen würden. Von den weiblichen Jugendlichen schließen das 80 bis 90 Prozent für sich völlig aus.

Relativ groß ist die Gewaltbereitschaft auch, wenn der Adressat die Polizei bzw. Vertreter der „Gegenseite“ sind: Fünf bis zehn Prozent der männlichen Schüler und Lehrlinge haben bei solchen Aktionen schon mitgemacht und nur 34 Prozent der männlichen Schüler der 11./12. Klassen, 41 Prozent der männlichen Lehrlinge und 47 Prozent der männlichen Schüler der 8. bis 10. Klassen lehnen dies in jedem Fall ab. Selbst von den Mädchen schließen nur gut die Hälfte die Teilnahme an solchen Auseinandersetzungen völlig aus⁸.

8 Auf die hohe Gewaltakzeptanz unter ostdeutschen Jugendlichen verweisen auch andere aktuelle Untersuchungen, wie z. B. eine kleinere Befragung des Instituts für Soziologie der Leipziger Universität, derzufolge jeder dritte Leipziger Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren Gewaltaktionen von Rechtsradikalen gegen Ausländer befürwortet. Vgl. Leipziger Volkszeitung vom 6. Juli 1992, S. 13 oder die Studie „Jugend in Leipzig 1991“, durchgeführt von Leipziger Sozialforschern unter Leitung von Uta Starke.

Eine Analyse der Gewaltbereitschaft entsprechend dem politischen Standort verdeutlicht, daß die gegen die Polizei bzw. Vertreter der „Gegenseite“ gerichtete Gewaltbereitschaft nicht nur bei den extrem rechten, sondern auch bei den extrem linken Jugendlichen recht groß ist. Dagegen ist die Gewalt gegen Ausländer klar bei den extrem rechten, z. T. auch bei den eher rechtsorientierten Jugendlichen zu verorten.

Die hohe Gewaltbereitschaft bei den extrem Rechten wird z. B. auch dadurch belegt, daß Mitglieder und Sympathisanten von Skins, Faschos und Hooligans mehrheitlich Gewalt gegen Ausländer ausüben würden bzw. dies schon getan haben (ca. 15 bis 20 Prozent der Anhänger solcher Gruppierungen haben bereits ein Ausländerwohnheim angegriffen), was auf einen sehr engen Zusammenhang zwischen rechtsextremen Orientierungen und Gewaltbereitschaft schließen läßt.

c) Zur Struktur des Rechtsextremismus-Syndroms

Durch die Ermittlung von Korrelations- und Regressionskoeffizienten sowie mittels Faktoranalysen wurde die Intensität der Zusammenhänge zwischen den einzelnen rechtsextremen Orientierungen/Ideologiefragmenten bzw. der Gewaltbereitschaft untersucht und so die innere Struktur des Rechtsextremismus-Syndroms weiter aufgeheilt. Engere Zusammenhänge lassen sich dabei nicht nur zwischen nationalistischen, fremdenfeindlichen, rassistischen und autoritären Einstellungen nachweisen, sondern auch zwischen den ebengenannten sowie antisemitischen, antikommunistischen, revanchistischen, den Nationalsozialismus verharmlosenden bzw. neofaschistischen und gewaltakzeptierenden Orientierungen, was den

Tabelle 4: Faktorenanalyse (Faktormatrix)* zum Rechtsextremismus-Syndrom, differenziert nach Geschlecht: 1992

Item	männlich			weiblich		
	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3	Faktor 1	Faktor 2	Faktor 3
1	.86			.80		
2	.83			.80		
3	.73			.75		
4	.72			.70		
5	.70			.73		
6	.62			.56		
7	.61			.55		
8	.61			.61		
9	.48	.43		.43		
10		.70			.70	.59
11		.61			.42	.49
12		.53				
13		-.40			-.69	
14		.38				.59
15		.38	.42			.57
16			.75			.71
17			.71			.49

Items:

- 1 - „Ausländer raus!“
- 2 - „Deutschland den Deutschen!“
- 3 - „Die Juden sind Deutschlands Unglück.“
- 4 - „Rote raus!“
- 5 - „Juden lehne ich ab, sie passen nicht zu uns.“
- 6 - „Deutsche sollten mit andersrassigen Ausländern keine Kinder zeugen.“
- 7 - „Deutschland in den Grenzen von 1937!“
- 8 - „Die Deutschen waren schon immer die Größten in der Geschichte.“
- 9 - „Ich bin für die Machtergreifung durch eine neue nationalsozialistische Partei.“
- 10 - „Manchmal muß man zur Gewalt greifen, um seine Interessen durchzusetzen.“
- 11 - „In der Natur setzt sich der Stärkere durch. Das muß auch unter Menschen gelten.“
- 12 - „Das Wichtigste in der heutigen Zeit ist die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, notfalls auch mit Gewalt.“
- 13 - „Ich lehne grundsätzlich jede körperliche Gewalt gegenüber Personen ab.“
- 14 - „Gehorsam und Autorität sind die wichtigsten Eigenschaften, die Kinder lernen sollten.“
- 15 - „Der Wert eines Menschen ist von vornherein durch seine biologischen Erbanlagen bestimmt.“
- 16 - „In Familienangelegenheiten gehört dem Vater/Mann das letzte Wort.“
- 17 - „Die Frau sollte den Beruf aufgeben, wenn in der Familie Kinder zu betreuen sind.“

*) Die in der Faktormatrix enthaltenen Zahlen (Faktorladungen) stellen Korrelationskoeffizienten zwischen dem Merkmal und dem Faktor dar. Je höher die Ladung ist, desto größer ist der Zusammenhang; nähert sich die Ladung dem Wert Null, besteht kein Zusammenhang. In der Übersicht sind nur die Ladungen ausgewiesen, die einen bestimmten Wert überschreiten (substantielle Ladung). Die den Faktor dominierenden Ladungen werden zur Definition des Faktors herangezogen.

komplexen Charakter des rechtsextremen Einstellungssyndroms belegt. Wie Regressionsanalysen zeigen, ist das zentrale Moment im Selbstverständnis rechtsorientierter Jugendlicher die Fremdenfeindlichkeit⁹.

Das Vorhandensein eines komplexen und vielgestaltigen Rechtsextremismus-Syndroms, das auch die Dimension der Gewaltakzeptanz bzw. -bereitschaft einschließt, wird durch Faktorenanalysen

bestätigt und weiter modifiziert. Tabelle 4 zeigt die Ergebnisse einer Faktorenanalyse, durchgeführt mit 17 Variablen aus einer der beiden Teilstudien.

Sowohl bei männlichen als auch bei weiblichen Jugendlichen kristallisieren sich folgende drei Faktoren heraus:

Faktor 1: der Rechtsextremismus-Kern, zu dem fremdenfeindliche, nationalistische, antisemitische, antikommunistische, rassistische, revanchistische und z. T. neofaschistische Orientierungen gehören;

9 Das belegen auch Analysen zu Motiven für die Affinität zu rechtsextremen Gruppierungen, vgl. z. B. W. Friedrich/W. Schubarth (Anm. 2), S. 1062f.

Tabelle 5: Rechtsextreme Orientierungen im Zeitvergleich: 1988–1992

Frage- und Antwortmodell wie Tabelle 1		Anteil der Zustimmung (1+2) (Mittelwerte auf 5er-Skala: 1 volle Zustimmung . . . 5 keine Zustimmung)			
		Schüler/-innen		Lehrlinge	
a) <i>Die Deutschen waren schon immer die Größten in der Geschichte.</i>	1988	12	(3,9)	15	(3,9)
	1990	17	(3,8)	20	(3,7)
	1992	21	(3,5)	30	(3,2)
b) <i>Wem es in Deutschland nicht paßt, der soll auswandern.</i>	1990	42	(2,8)	44	(2,9)
	1992	52	(2,5)	53	(2,4)
c) <i>Das Wichtigste in der heutigen Zeit ist die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, notfalls mit Gewalt.</i>	1990	33	(3,1)	34	(3,1)
	1992	37	(3,0)	39	(2,9)
d) <i>Wir Deutschen sollten wieder einen mit starker Hand regierenden Führer haben.</i>	1990	22	(3,8)	20	(3,9)
	1992	10	(4,3)	21	(3,9)
e) <i>Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.</i>	1988	12	(4,1)	15	(4,1)
	1990	13	(3,9)	20	(3,8)
	1992	25	(3,4)	37	(3,0)
f) <i>Die Juden sind Deutschlands Unglück.</i>	1990	9	(4,2)	17	(3,8)
	1992	11	(4,1)	19	(3,8)

Faktor 2: die Gewalt-Dimension;

Faktor 3: die Konservatismus-Dimension.

Während beim Faktor 1 (Rechtsextremismus-Kern) zwischen männlichen und weiblichen Jugendlichen kaum Unterschiede auftreten, gibt es bei Faktor 2 und 3 einige Modifikationen. Bei männlichen Jugendlichen umfaßt die Gewalt-Dimension (Faktor 2) auch autoritäre, sozialdarwinistische und biologistische Orientierungen, während diese Dimension bei weiblichen Jugendlichen auf Gewalt begrenzt ist. Die Konservatismus-Dimension (Faktor 3) wiederum wird bei weiblichen Jugendlichen durch autoritäre, patriarchalische, sozialdarwinistische und biologistische Orientierungen konstituiert¹⁰, bei männlichen Jugendlichen dagegen nur durch patriarchalische und biologistische Orientierungen.

Die Faktorenanalyse belegt somit die Multidimensionalität des Rechtsextremismus-Syndroms sowie seine Differenziertheit hinsichtlich des Geschlechts. Sie macht zugleich deutlich, daß die Gewalt-Dimension nicht ein äußeres, zusätzliches Element darstellt, sondern als ein dem Rechtsex-

tremismus-Syndrom inhärentes Moment angesehen werden kann.

2. Entwicklung rechtsextremer Orientierungen seit 1990

Auf eine gewisse Negativierung der Einstellungen zu Ausländern im Vergleich zur Untersuchung von Ende 1990 wurde oben bereits hingewiesen. Die zunehmende Ablehnung der Ausländer geht dabei überwiegend auf das Konto der Rechtsorientierten, extrem Linksorientierte sind demgegenüber signifikant toleranter, ausländerfreundlicher als die Vergleichsgruppe von 1990.

Vermutlich ist das auf vermehrte Kontakte und auf die Reflexion der und Diskussion über die dramatischen Ereignisse des vergangenen Jahres (Beispiel Hoyerswerda) zurückzuführen. Das steht in Einklang mit Ergebnissen, die eine Zunahme der Kontaktbereitschaft gegenüber Ausländern belegen. So ist z. B. die Bereitschaft, sich freiwillig neben eine(n) Ausländer(in) zu setzen oder eine(n) Ausländer(in) nach Hause einzuladen, leicht angewachsen, die soziale Distanz hat abgenommen – allerdings nur bei der Gruppe, die nicht rechtsorientiert ist.

Weitere Entwicklungstendenzen hinsichtlich ausgewählter rechtsextremer Orientierungen werden in Tabelle 5 deutlich.

¹⁰ Dies könnte die These stützen, nach der die tradierte Frauenrolle für rechtsextreme weibliche Jugendliche deshalb attraktiv sei, da diese ein Leben der Unterwerfung zur Stärke erhebt. Vgl. Christine Holzkamp/Birgit Rommelspacher, Frauen und Rechtsextremismus, in: Sozial extra, (1991) 6, S. 18.

Tabelle 6: Rechtsextreme Orientierungen ostdeutscher Jugendlicher in Abhängigkeit vom politischen Standort: 1990 und 1992

		links	eher links	Mitte	eher rechts	rechts
a) <i>Deutschland den Deutschen!</i>	1990	4,2	3,7	2,9	2,0	1,4
	1992	4,4	4,0	3,2	2,0	1,2
b) <i>Ausländer raus!</i>	1990	4,4	4,2	3,5	2,5	1,7
	1992	4,7	4,3	3,7	2,3	1,4
c) <i>NS hatte auch gute Seiten.</i>	1990	4,3	4,3	4,0	3,5	2,5
	1992	4,2	4,0	3,4	2,5	1,7
d) <i>Juden sind Deutschlands Unglück.</i>	1990	4,7	4,7	4,3	3,8	2,8
	1992	4,7	4,6	4,3	3,5	2,1

Mittelwertvergleich auf fünfstufiger Skala

1 volle Zustimmung

5 keine Zustimmung

Wie aus Tabelle 5 und aus weiteren Analysen hervorgeht, haben insbesondere nationalistische und die NS-Zeit verharmlosende Denkweisen (Tabelle 5/Aussagen a und e) zugenommen. Unter Hinzuziehung von Untersuchungsergebnissen aus dem Jahr 1988¹¹ läßt sich dabei ein längerfristiger Trend feststellen, der sich allerdings seit der deutschen Vereinigung verschärft hat. Der Anstieg der genannten rechtsextremen Orientierungen betrifft alle untersuchten Gruppen von Jugendlichen sowie beide Geschlechter. Deutlich zugenommen haben auch die Intoleranz gegenüber Andersdenkenden (Tabelle 5/Aussage b) und die Unterstützung der Forderung nach Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung, notfalls auch mit Gewalt (Tabelle 5/Aussage c). Dagegen wird der Forderung nach einem starken Führer insgesamt weniger zugestimmt; nur männliche Lehrlinge und männliche Schüler der 11./12. Klassen stimmen im Vergleich zu 1990 stärker zu. Bei männlichen Jugendlichen lassen sich auch gewisse antisemitische Tendenzen (Tabelle 5/Aussage f) erkennen. So ist z. B. der Anteil der männlichen Lehrlinge, die der Aussage f zustimmen, von 19 Prozent (1990) auf 29 Prozent (1992) angestiegen.

Die tendenzielle Zunahme rechtsextremer Orientierungen betrifft, wie Tabelle 6 exemplarisch zeigt, nicht die gesamte Jugend, sondern nur die Jugendlichen, die sich politisch rechts von der Mitte einordnen¹².

11 Hierbei handelt es sich um Untersuchungen des ehemaligen Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig. Die Ergebnisse sind u. a. dargestellt in: K.-H. Heinemann/W. Schubarth (Anm. 2), S. 17ff.

12 Vgl. den Beitrag von Peter Förster/Walter Friedrich in diesem Heft.

Zunehmende rechtsextreme Orientierungen sind somit vor allem am rechten Rand festzustellen, was den Prozeß der Radikalisierung des rechten Teils der Jugendlichen erneut bestätigt. Davon zeugen auch empirische Befunde, die eine Radikalisierung unter Mitgliedern und Sympathisanten rechtsextremer Gruppierungen belegen. Wir veranschaulichen dies exemplarisch anhand der Veränderungen in der Zustimmung zur Parole „Deutschland den Deutschen!“ zwischen Ende 1990 und April 1992 (vgl. Tabelle 7).

Während sich somit innerhalb der rechtsextremen Gruppierungen qualitative Veränderungen nachweisen lassen, hat sich im Vergleich mit 1990 die Zahl ihrer Mitglieder und Sympathisanten bei Schülern und Lehrlingen kaum verändert: je ein Prozent machen bei den Republikanern, Skinheads, Faschos bzw. Hooligans mit. Der Gesamtanteil von Mitgliedern einer oder mehrerer der genannten Gruppierungen beträgt drei Prozent (männlich fünf Prozent). Rechnet man die Sympathisanten mit hinzu, ist das Potential der Gruppierungen bedeutend größer: Republikaner elf Prozent (männliche Lehrlinge: 27 Prozent), Skinheads sieben Prozent, Faschos und Hooligans je fünf Prozent. Der Gesamtanteil von Mitgliedern und Sympathisanten einer oder mehrerer Gruppierungen beträgt immerhin 15 Prozent (männlich: 21 Prozent).

Weitere, differenziertere Analysen sind notwendig, um die Entwicklung von Rechtsextremismus und Gewalt unter den Jugendlichen in den neuen Bundesländern genau verfolgen zu können und entsprechende Gegenstrategien einzuleiten.

Tabelle 7: Zustimmung zur Losung „Deutschland den Deutschen“ bei Mitgliedern und Sympathisanten rechtsextremer Gruppierungen 1990 und 1992 (Angaben in Prozent)

Mitglieder und Sympathisanten von		1	2	3	4	5
Republikanern	1990	68	23	6	1	2
	1992	71	22	5	1	1
Skinheads	1990	71	21	5	2	1
	1992	80	11	6	2	1
Faschos	1990	76	19	3	2	0
	1992	88	7	4	1	0
Hooligans	1990	68	19	8	2	3
	1992	78	9	7	3	3

Das entspricht meiner Meinung

1 volle Zustimmung

5 keine Zustimmung

II. Befindlichkeiten

Wie Menschen agieren und reagieren und wie sie ihr Leben bewältigen hängt wesentlich von ihrer Befindlichkeit ab. Psychische Spannung und Gelöstheit, die Stimmungslage, Ängste und Hoffnungen wie überhaupt die Übereinstimmung mit dem eigenen Selbst und der äußeren Lebenssituation können das Handeln beeinflussen. Wohlgestimmtheit, positives Selbstwerterleben und Zukunftsoptimismus korrelieren miteinander.

1. Bedrohungserleben durch Zeitereignisse

Neuere Meinungsumfragen, Medienberichterstattung und das reale Alltagsverhalten lassen erkennen, daß sich große Teile der ostdeutschen Bevölkerung von bestimmten Zeitereignissen bedroht fühlen, die ihr Lebensgefühl empfindlich beeinträchtigen. Die Menschen haben sich seit der politischen Wende trotz spürbarer Verbesserungen bei der individuellen Bedürfnisbefriedigung mit neuen Geschehnissen und bislang ungewohnten Daseinsbedingungen auseinanderzusetzen, zu denen sie bisher nicht genügend wirksame Verhaltensstrategien entwickeln konnten und für deren künftige Bewältigung wenig klare Konzepte vorhanden sind. Vor dem Hintergrund hoher Beschäftigungslosigkeit, zunehmender Kosten und Mietsteigerungen, eines ungewöhnlichen Konkurrenzdruckes im zwischenmenschlichen Bereich, der Zunahme von Kriminalität und Gewalt, einer anwachsenden Verunsicherung durch neue und schwer durchschaubare Rechtslagen u. v. a. m. entwickeln sich bei vielen Überforderungsängste, die sie kaum ab-

zubauen in der Lage sind. In unserer Studie war zu prüfen, inwieweit die ostdeutsche Jugend Alltagsbedingungen der genannten Art als bedrohlich empfindet und welcher Art die personalen, sozialen und ökologischen Verknüpfungen zu Bedrohungsgefühlen sind. Die Ergebnisse bei der Gesamtpopulation lassen sich aus Tabelle 8 ablesen.

Wie sich aus der Zusammenfassung der ersten beiden Antwortpositionen ergibt, fühlen sich 85 Prozent von einer Zunahme von *Aggressivität und Gewalt* bedroht, 75 Prozent durch die Ausbreitung von *Rechtsradikalismus*, nahezu 70 Prozent von der zunehmenden *Verteuerung des Lebens* und 64 Prozent durch die Zunahme von *Egoismus im Alltag*. Diese Bedrohungsängste deuteten sich bereits im Jahr 1990 mit großer Deutlichkeit an; die genannten Merkmale zeigen also schon Dauerwirkung.

Die Befürchtung einer weiteren *Verteuerung* hat seitdem bei der Jugend sogar signifikant zugenommen (1990: 65 Prozent; 1992: 72 Prozent). Das Anwachsen von *Linksradikalismus* hingegen hat in den letzten Jahren als Bedrohungsgeschehen an Wirkung eingebüßt, dennoch ordnen sich hier 1992 noch 45 Prozent ein. Eine *mögliche Arbeitslosigkeit* oder die fehlende Perspektive einer beruflichen Ausbildung für Schulabsolventen wird von der Jugend heute weniger als Bedrohung empfunden als zwei Jahre zuvor (1990: 55 Prozent; 1992: 40 Prozent). Dies mag den realen Chancen jugendlicher durchaus entsprechen: Junge Leute (vor allem junge Männer) erhalten viel eher einen Job, selbst wenn er in den alten Bundesländern gesucht werden muß. Mitbeeinflusst wird das Ergebnis auch vom ebenfalls diagnostizierten stark optimistischen Selbstvertrauen jugendlicher.

Tabelle 8: Bedrohungserleben ostdeutscher Jugendlicher durch Zeitereignisse: 1992

„Fühlen Sie sich durch das Genannte persönlich bedroht?“

Bedrohungsmerkmal	Merkmalsausprägung (Prozent-Häufigkeit)			
	stark	eher stark	eher schwach	schwach
Zunahme von Aggressivität und Gewalt	46	39	11	4
Ausbreitung von Rechtsradikalismus	41	34	17	8
Zunehmende Verteuerung des Lebens	24	45	27	4
Zunahme von Egoismus in den Beziehungen der Menschen	25	39	29	7
Ansteckung durch AIDS	30	26	28	16
Zunehmende Einwanderung von Ausländern	21	31	31	17
Zunahme von Linksradikalismus	15	30	39	16
Eintreten einer persönlichen Notlage	12	30	46	12
Zunehmende Konflikte zwischen Ost- und Westdeutschen	10	29	44	17
Mögliche eigene Arbeitslosigkeit/fehlende Ausbildung	16	26	36	22
Möglichkeit, daß Deutschland in einen Krieg verwickelt wird	12	15	40	33

Es versteht sich von selbst, daß das Bedrohungserleben von politisch different eingestellten Jugendlichen unterschiedlich häufig angezeigt wird: *Links Positionierte* befürchten weitaus häufiger den Rechtsradikalismus (Linke: 93 Prozent, Rechte: 40 Prozent), die Aggressivität und Gewalt (Linke: 90 Prozent, Rechte: 74 Prozent), den Egoismus in den menschlichen Beziehungen (Linke: 70 Prozent, Rechte: 52 Prozent), Konflikte zwischen Ost und West (Linke: 43 Prozent, Rechte: 27 Prozent), eine persönliche Notlage (Linke: 39 Prozent, Rechte: 24 Prozent) sowie eine Kriegsverwicklung Deutschlands (Linke: 40 Prozent, Rechte: 27 Prozent). *Rechts Positionierte* dagegen fühlen sich weitaus stärker von Ausländereinwanderungen (Rechte: 87 Prozent, Linke: 22 Prozent) sowie von Linksradikalismus (Rechte: 64 Prozent, Linke: 21 Prozent) beeinträchtigt.

2. Lebenszufriedenheit

Die *Zufriedenheit mit der Lebenssituation* erweist sich als ein wichtiger Indikator zur Kennzeichnung der psychischen Gesamtsituation und damit der Stimmungslage unter der Jugend. Entsprechend unseren Untersuchungsergebnissen kann davon ausgegangen werden, daß die *Grundstimmung* der meisten jungen Leute (bis zu 85 Prozent) trotz aktueller Besorgnisse und Bedrohungsgefühle dennoch im großen und ganzen optimistisch ist, wenn

es um die Erwartungen der eigenen individuellen Zukunft geht. Was zeigen nun vor diesem Hintergrund die Forschungsergebnisse zur Zufriedenheit mit bestimmten Merkmalen der aktuellen Lebenssituation (vgl. Tabelle 9)?

Im lebensweltlichen bzw. – nach Bronfenbrenner – ökologischen Bereich befriedigen am meisten die *Beziehungen zu den Eltern* (90 Prozent). Die positiven Beziehungen junger Menschen zu ihrer Familie sind seit Jahren in der DDR bzw. im Ostteil Deutschlands eine gewohnte Tatsache. Wie Korrelationen ergeben, sind solche im Prinzip sozialpsychischen Relationen im Jugendalter offensichtlich stark determiniert durch die materielle Lebenssituation im Elternhaus. Gegenwärtig sind die Jugendlichen bis zum 19. Lebensjahr auch mit den *Wohnverhältnissen zu Hause* zu 85 Prozent zufrieden. Dabei zeigt sich, daß diese Befindlichkeit stark von der finanziellen Situation im Elternhaus abhängt. Ist diese nicht so gut, schlägt dies meist auf die Zufriedenheit der Jugendlichen durch und Konflikte sind nicht selten. Dem entspricht, daß mit der *wirtschaftlichen Lage in der Familie* ca. 75 Prozent mehr oder weniger zufrieden sind, beim restlichen Viertel haben sich Schwierigkeiten verschiedener Art gehäuft. Wo die eigene Familie vergleichsweise finanziell schlechter als andere gestellt ist, sind nur 27 Prozent zufrieden, 73 Prozent sind es nicht. *Das eigene Geld* hat für Jugendliche

Tabelle 9: Lebenszufriedenheit ostdeutscher Jugendlicher 1992

„Wie zufrieden sind Sie mit den nachfolgend aufgeführten Gegebenheiten?“

Situationsmerkmal ¹		Merkmalsausprägung (Prozent-Häufigkeit)			
		zu- frieden	eher zu- frieden	eher unzu- frieden	unzu- frieden
<i>Ökologische² Situation</i>					
Beziehungen zu Eltern	Schüler 8.-10. Kl.	65	27	6	2
	Schüler 11./12. Kl.	63	27	7	3
	Lehrlinge	69	23	6	2
Eigene Wohn- verhältnisse	Schüler 8.-10. Kl.	59	29	10	2
	Schüler 11./12. Kl.	54	29	10	5
	Lehrlinge	63	23	11	3
Wirtschaftliche Lage der Familie	Schüler 8.-10. Kl.	33	46	17	4
	Schüler 11./12. Kl.	31	44	20	5
	Lehrlinge	37	42	18	3
Eigenes Geld	Schüler 8.-10. Kl.	38	36	17	9
	Schüler 11./12. Kl.	31	34	22	13
	Lehrlinge	22	32	29	18
Gesellschaftliche Entwicklung	Schüler 8.-10. Kl.	10	54	30	6
	Schüler 11./12. Kl.	7	44	34	15
	Lehrlinge	10	46	36	8
<i>Psychische Situation</i>					
Eigener Charakter	Schüler 8.-10. Kl.	35	53	11	1
	Schüler 11./12. Kl.	32	57	9	2
	Lehrlinge	43	49	7	2
Ansehen bei Freunden	Schüler 8.-10. Kl.	51	43	5	1
	Schüler 11./12. Kl.	48	47	5	0
	Lehrlinge	57	40	2	1
Leben insgesamt	Schüler 8.-10. Kl.	42	50	7	1
	Schüler 11./12. Kl.	36	53	8	3
	Lehrlinge	44	48	7	1
Schule/ Ausbildung	Schüler 8.-10. Kl.	20	48	25	7
	Schüler 11./12. Kl.	17	48	31	4
	Lehrlinge	20	54	20	6

1 Die Zuordnung der Situationsmerkmale zu den beiden Merkmalsgruppen: „Ökologische“ und „Psychische“ Situation erfolgte auf der Grundlage einer Faktoranalyse.

2 Ökologie im Sinne von Lebensumwelt nach Bronfenbrenner.

eine emanzipatorische Bedeutung. Die materielle Selbstbestimmung erweist sich als eine Entwicklungsaufgabe, die angesichts eines enorm wirkenden Konsumdrucks eine erstrangige Funktion erlangt. Von der persönlichen Liquidität hängt die Erfüllung vieler Lebensziele ab. Die kritischste Einschätzung erfährt die *gesellschaftliche Entwicklung insgesamt*. Die Zufriedenheit variiert zwischen 50 und 65 Prozent (nur bei 10 Prozent uneingeschränkt!). Erwähnenswerte Zusammenhänge dieses Zufriedenheitsmerkmals mit anderen materiellen, politischen und psychischen Positionen soll Tabelle 10 verdeutlichen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden: Die gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklung im Lande ist ein Hauptfaktor, der sowohl die ökologische Lebenssituation als auch die psychische Befindlichkeit junger Leute tiefgreifend beeinflusst.

Im *psychischen Bereich* sind junge Leute am meisten zufrieden mit sich selbst. Sie verfügen über ein relativ stark strukturbestimmendes Selbstvertrauen. Über 86 Prozent leben im *Einklang mit ihrem Charakter*. Mehr als 90 Prozent sind mit ihrem *Ansehen*, das sie *im Bekanntenkreis genießen*, im allgemeinen zufrieden. Alles in allem sind mehr als

Tabelle 10: Abhängigkeit der Zufriedenheit von anderen Differenzierungsmerkmalen 1992

Differenzierungsmerkmal		Merkmalsausprägung (Prozent-Häufigkeit)			
		zu- frieden	eher zu- frieden	eher unzu- frieden	unzu- frieden
Häusliche materielle Lage	besser	13	54	26	7
	schlechter	7	35	43	15
Politische Richtung	christdemokratisch	24	59	16	1
	sozialdemokratisch	7	44	42	7
	sozialistisch	7	15	37	41
Politische Position	Linke	8	28	44	20
	Rechte	12	58	24	6
Deutsche Identität	sehr stolz	18	56	21	5
	nicht stolz	5	22	45	28
Zukunftssicht	optimistisch	17	56	22	5
	pessimistisch	2	30	47	21
System-zufriedenheit	zufrieden	19	62	16	3
	nicht zufrieden	6	40	42	12

90 Prozent mit ihrem Leben zufrieden, was der Unbeschwertheit der Jugend entspricht – mißt man doch seine Befindlichkeit auch daran, was man selbst aus seinem Leben zu machen gedenkt.

Die Zufriedenheitsbekundungen sind stärker gedämpft, wenn es darum geht, die eigene Situation in der *Schule oder in der Ausbildung* einzuschätzen. Die Zufriedenheitsquote liegt allgemein zwischen 68 und 75 Prozent. Bei einem Viertel bis zu einem Drittel müssen also aufgrund geäußerter Unzufriedenheit konflikthaft besetzte Probleme angenommen werden. Dies ist ein recht hohes Potential; am niedrigsten ist es bei den Lehrlingen (24 Prozent), am höchsten bei den Abiturienten (35 Prozent). In Schule und Ausbildung stoßen individuelle und gesellschaftliche Ansprüche aufeinander, wobei erstere nicht immer hinreichend erfüllt werden. Viele Jugendliche fühlen sich durch Versagens- und Mißerfolgserlebnisse frustriert. Die Neugliederung des Schulsystems ist mit vielen Unwägbarkeiten verbunden. Ein Großteil der Lehrer befand sich zum Zeitpunkt der Untersuchungen wegen ungeklärten Dienstesatzes nicht gerade in einer aussichtsreichen und glücklichen Lage, was sich vermutlich auf die Schulzufriedenheit der Schüler übertragen haben wird.

3. Selbstwerterleben

Das Jugendalter zählt zu den „identitätskritischen Lebenslagen“. Die Heranwachsenden versuchen aufgrund der geforderten sozialen und personalen *Selbstbestimmung als Entwicklungsaufgabe*, aber auch gewachsener Kompetenzen, in verstärktem

Maße die Frage nach der Erkenntnis des eigenen Selbst (Selbstkonzept) zu beantworten. Im Kontext von Selbstkonzepten muß zwischen *kognitiven* Selbstbildern, der *emotionalen* Einschätzung des Selbstkonzepts und einer *motivationalen* Komponente („Kontrollüberzeugung“) unterschieden werden. Die emotionale oder bewertende Komponente manifestiert sich als das *Selbstwertgefühl* im Sinne von Stolz oder Scham, von Überlegenheit oder Unterlegenheit, von Wohlbefinden und Selbstzufriedenheit, Selbstakzeptanz und Selbstachtung.

In unserer Studie wurden emotionale und motivationale Identitätskomponenten zusammengefaßt als „Selbstwerterleben“ untersucht mit dem Ziel, die Verknüpfungen aufzudecken, die zwischen personaler Identität und politisch-ideologischer Extrempositionierung vermutet werden (vgl. Tabelle 11).

Wie schon erwähnt, betonen die Jugendlichen in ihrer Mehrheit ein *starkes Selbstwerterleben*, beurteilen sich in der Regel recht selbstbewußt. Das versetzt sie in die Lage, besser mit Hindernissen und Widersprüchen ihrer Lebensphase und den bedrohlichen Zeitereignissen fertig zu werden, Lebensprobleme leichter zu bewältigen. Daraus resultiert wohl auch die im vorigen Abschnitt dargestellte relativ positive Einschätzung ihrer Lebenssituation. Bei Zusammenfassung der Antwortpositionen 1 und 2 (Tabelle 11) sagen über 80 Prozent von sich, daß sie gar nicht anders sein möchten als sie sind. Mehr als 60 Prozent meinen, daß sie ein starkes Selbstvertrauen besitzen, fast

Tabelle 11: Selbstwerterleben bei ostdeutschen Schülern und Lehrlingen 1992

Merkmalsbezeichnung	Merkmalsträger	Merkmalsausprägung (Prozent-Häufigkeit)				
		stimmt genau				stimmt nicht
		1	2	3	4	5
<i>Ich möchte gar nicht anders sein, als ich bin.</i>	Schüler 8.-10. Kl.	49	30	15	3	3
	Schüler 11./12. Kl.	35	42	19	4	0
	Lehrlinge	49	32	12	4	3
<i>Für meine Überzeugung gehe ich durch dick und dünn.</i>	Schüler 8.-10. Kl.	30	29	29	7	5
	Schüler 11./12. Kl.	23	36	35	5	1
	Lehrlinge	26	35	27	5	7
<i>Ich besitze ein starkes Selbstvertrauen.</i>	Schüler 8.-10. Kl.	25	39	27	6	3
	Schüler 11./12. Kl.	16	43	32	7	2
	Lehrlinge	25	37	26	4	8
<i>Risikante Sachen reizen mich.</i>	Schüler 8.-10. Kl.	21	20	31	15	13
	Schüler 11./12. Kl.	15	20	34	21	10
	Lehrlinge	20	19	27	12	22
		Merkmalsausprägung (Prozenthäufigkeit)				
		meistens	manchmal	selten	nie	
<i>Ich bin ein lebensfroher und glücklicher Mensch.</i>	Schüler 8.-10. Kl.	69	27	4	0	
	Schüler 11./12. Kl.	72	24	4	0	
	Lehrlinge	73	25	2	0	
<i>Ich traue mir zu, das zu erreichen, was ich mir vornehme.</i>	Schüler 8.-10. Kl.	57	38	5	0	
	Schüler 11./12. Kl.	64	32	4	0	
	Lehrlinge	57	39	4	0	
<i>Ich bin voller Tatendrang.</i>	Schüler 8.-10. Kl.	25	57	17	1	
	Schüler 11./12. Kl.	36	59	5	0	
	Lehrlinge	23	63	12	2	
<i>Ich habe Angst vor der Zukunft.</i>	Schüler 8.-10. Kl.	6	40	34	20	
	Schüler 11./12. Kl.	4	40	41	15	
	Lehrlinge	5	41	33	21	
<i>Ich fühle mich einsam und allein.</i>	Schüler 8.-10. Kl.	3	29	49	19	
	Schüler 11./12. Kl.	2	35	49	14	
	Lehrlinge	1	33	43	23	

ebenso viele betonen, daß sie für ihre Überzeugungen durch dick und dünn gingen, etwa 40 Prozent charakterisieren sich als risikobewußt (die Mehrheit ist also eher vorsichtig). Im Verhältnis dazu erweisen sich weniger als verzagt. Allerdings haben 46 Prozent Angst vor der Zukunft und 33 Prozent fühlen sich einsam und allein. Besonders die Zukunftsangst ist ein personaler Faktor, der in starkem Maße von außen determiniert ist und mit einer Reihe von bewältigungsstrategischen Verhaltensweisen im engen Zusammenhang steht, u. a. mit gehäuften psychosomatischen Beschwerden, mit der problematischen Lösung von Lebenskonflikten durch häufigeren Alkoholkonsum und selbstverständlich

mit gemindertem Selbstvertrauen. (Das wurde in unserer Studie ebenfalls untersucht.)

Über 90 Prozent bezeichnen sich global betrachtet als lebensfroh und glücklich und betonen ihr Selbstvertrauen zu den eigenen Handlungszielen (Kontrollüberzeugungen). Ziemliche Abstriche werden gemacht, wenn es darum geht, sich als „voller Tatendrang“ zu bewerten, was als ein Anzeichen für einen gewissen Motivationsmangel unter der Jugend interpretiert werden kann. Dieser Schluß läßt sich auf Basis eines zeitgeschichtlichen Vergleichs ziehen: 1991 hatten sich in einer landesweiten Studie 90 Prozent als „voller Tatendrang“ bezeichnet, 1992 nur noch 82 Pro-

zent. Die Motivationsverluste treten vor allem in der ersten Antwortposition (1991: 32 Prozent, 1992: 25 Prozent) hervor. Im Gleichklang mit dem starken Selbstbewußtsein schätzen sich aber die Jugendlichen als optimistisch und handlungsaktiv ein.

Auf die im Kontext der Studie gestellte Frage, „Wie sehen Sie Ihre persönliche Zukunft?“, erhielt

ten wir Antworten, die auf eine zuversichtliche Haltung der ostdeutschen Jugendlichen schließen lassen: 31 Prozent sehen ihre Zukunft optimistisch und 52 Prozent eher optimistisch als pessimistisch. Bestätigt durch die seit zwei Jahren fortlaufend gemessenen Ergebnisse zur gleichen Frage spiegelt sich hier eine sehr stabile Grundhaltung der heranwachsenden Generation im Osten Deutschlands wider.

Zur Situation der Jugendhilfe in Leipzig

I. Vorbemerkungen

Anlässlich einer Fachtagung wurde ich von einem Kollegen aus dem Westen Deutschlands gefragt, wie lange es nach meiner Auffassung wohl dauern werde, bis die Jugendhilfe im Osten das westliche Niveau erreicht haben wird, ob ein Zeitraum von fünf Jahren wohl realistisch sei. Ich entgegnete ihm, daß ich die Fragestellung für falsch hielte: Es wird a priori unterstellt, erstens, daß das, was in der alten Bundesrepublik auf dem Feld der Jugendhilfe passiert, *der* Maßstab für uns sein müsse, und zweitens, daß Jugendhilfe hierzulande von vornherein und in jeder Beziehung so mangelhaft sei, weshalb sie einem Vergleich mit altbundesdeutschem Standard in keiner Weise standhalten könne.

Ich denke, vergleichen kann man nur, was auch vergleichbar ist. Die wirtschaftliche, politische und soziale Situation ist in den fünf neuen Bundesländern noch immer und verständlicherweise sehr verschieden von der Bayerns, Hessens oder etwa Niedersachsens. Da wohl kaum jemand die enge Verknüpfung gerade der Jugendhilfe mit den gesellschaftlichen Realitäten leugnen wird, hinkt der direkte Vergleich zwischen Jugendhilfe Ost und Jugendhilfe West. Insofern plädiere ich dafür, die eingangs erwähnte Frage ganz anders zu stellen. Meines Erachtens muß sie folgendermaßen lauten: Wie trägt die Jugendhilfe jeweils konkret vor Ort zur Verwirklichung des im Kinder- und Jugendhilfegesetz verbrieften Rechts eines jeden jungen Menschen „auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“¹ bei? Inwieweit wird sie den bestehenden Bedürfnissen und Notwendigkeiten gerecht, und welchen Handlungsspielraum, welche Möglichkeiten hat sie dafür in Ost und West? Damit wären wir (nicht nur, aber auch) beim Materiellen, genauer noch, beim Finanziellen. Diese Problematik soll hier nicht weiter vertieft werden, nur fällt es beispielsweise dem Sozialarbeiter Ost auf, daß sich sein Kollege West mit seinem Arbeitgeber u. a. darüber streitet, ob es ihm zugemutet werden kann, das Dienstzimmer mit einem Kollegen zu teilen, während er froh sein

muß, überhaupt einen eigenen Schreibtisch zu haben oder sich das Telefon mit fünf anderen teilen zu dürfen. Dies ist zwar nicht erfreulich, doch – wie ich meine – für uns eher von sekundärer Bedeutung, da früher oder später veränderbar.

Viel wichtiger ist die Lösung inhaltlicher Probleme im Sinne der Aufgabenstellung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. Und dies ist vor allem angesichts der Finanzknappheit in den ostdeutschen Kommunen oft weitaus schwieriger zu bewältigen als im Westen. Dabei sind wir nach wie vor sehr daran interessiert, alles das, was sich bei unseren Kollegen in Frankfurt, Hamburg, Hannover, München oder anderswo bewährt hat, zur Kenntnis zu nehmen und auf seine Tauglichkeit für uns zu prüfen. Ich will nicht verhehlen, daß uns Verständnis und konkrete Hilfe und Unterstützung besonders unserer Partner aus Frankfurt und Hannover bisher beim Aufbau der Jugendhilfe in Leipzig sehr vorangebracht haben. Besonders wohltuend war dabei, daß wir es nie mit „Besserwissis“, sondern stets mit *Partnern* zu tun hatten.

II. Probleme des Aufbaus der Jugendhilfe in Leipzig

1. Ausgangspunkte

Seit dem 3. Oktober 1990 gilt in den fünf neuen Bundesländern das Kinder- und Jugendhilfegesetz vom 26. Juni 1990. In der Altbundesrepublik trat es erst mit dem 1. Januar 1991 in Kraft. Fast zwei Jahre Erfahrung mit diesem Gesetz liegen hinter uns. Die Besonderheit für uns im Osten bestand jedoch nicht nur darin, dieses neue Gesetz mit Leben erfüllen zu müssen, sondern wir sahen uns von heute auf morgen mit einem völlig neuen Rechtssystem konfrontiert und mußten auch im Alltag der Jugendhilfe damit sofort umgehen. Dies brachte zunächst erhebliche Probleme und Schwierigkeiten, nicht selten auch Verunsicherungen und Ängste sowohl bei Mitarbeitern der Jugendhilfe als auch bei den Bürgern. Erschwerend kam hinzu, daß notwendige Strukturen noch nicht etabliert, sondern erst im Entstehen begriffen waren, die Jugendhilfe aus DDR-Zeiten keinen besonders guten Ruf hatte und es überall an Fachkräften fehlte.

1 Vgl. Gesetz zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts (Kinder- und Jugendhilfegesetz – KJHG) vom 26. Juni 1990 (BGBl. I S. 1163, § 1).

Diese hier nur grob skizzierte Situation war typisch für die Jugendhilfe im Osten und trifft in vollem Umfang auch auf die Stadt Leipzig zu. Wir fühlten uns allesamt ins Wasser geworfen, ohne schon ausreichend schwimmen zu können, und kaum einer, der eine Aufgabe übernahm, vermochte abzuschätzen, worauf er sich da eingelassen hatte, welche Überraschungen und scheinbar unüberwindbaren Barrieren auf ihn zukamen. Es begann eine spannende Zeit mit ganz neuen, bisher nicht erfahrbaren Möglichkeiten eigenständigen und eigenverantwortlichen Handelns. Wenngleich unsere Arbeit heute nach fast zwei Jahren Kinder- und Jugendhilfegesetz in etwas geordneteren Bahnen verläuft, weniger häufig als zu Beginn dieses neuen Weges improvisiert werden muß und sich die Fachkompetenz sowohl der öffentlichen als auch der freien Träger spürbar erhöht hat, so sind wir doch noch längst nicht in langweilige Routine verfallen. Unsere Arbeit wird von uns täglich neu als Herausforderung erlebt und von den in der Jugendhilfe Tätigen mit großem Engagement angenommen. Nach meiner festen Überzeugung wären wir ohne diesen enormen Zeit- und Handlungsdruck, der nach wie vor anhält, beim Aufbau der Jugendhilfe noch nicht da, wo wir heute sind: Unser Jugendamt ist voll arbeitsfähig, und die freie Jugendhilfe hat sich in Form vielfältigster Verbände und Initiativen in Leipzig etabliert.

2. Das Jugendamt im Überblick

Das Jugendamt Leipzig besteht seit nunmehr fast zwei Jahren und unterscheidet sich grundsätzlich nicht mehr von Ämtern westdeutscher Großstädte annähernd gleicher Einwohnerzahl. Leipzig hat 530 000 Einwohner. Neben dem eigentlichen oder Kernamt gehören zum Jugendamt der Stadt Leipzig derzeit noch 300 Kinderkrippen, Kindergärten und kombinierte Einrichtungen mit insgesamt mehr als 23 000 Plätzen, 16 Kinderheime und 15 Kinder- und Jugendfreizeitstätten. Es handelt sich also um einen Mammutbetrieb. Trotz zwischenzeitlich weitgehend vollzogenen und notwendigen erheblichen Stellenabbaus im Kindertagesstättenbereich umfaßt das Jugendamt Leipzig derzeit immer noch etwa 5 000 Mitarbeiter. Dabei entfallen nach Verabschiedung des Haushaltes 1992 297 Stellen auf den Arbeitsbereich im engeren Sinne – noch immer zu wenig, gemessen an der Fülle und Komplexität der anstehenden Aufgaben und verglichen mit Städten ähnlicher Bevölkerungszahl in den Altbundesländern.

Der Personalmangel erweist sich jedoch nicht nur unter quantitativem Aspekt als problematisch. Die uns zur Verfügung stehenden MitarbeiterInnen sind vielfach auch unzureichend qualifiziert: Es gibt in den neuen Ländern kaum Sozialarbeiter mit

entsprechenden anerkannten Fachhochschulabschlüssen. Dennoch ist es bisher insgesamt besser als erwartet gelungen, diesen Mangel durch ein hohes Maß an Motivation, Einsatzbereitschaft, Flexibilität und die intensive Nutzung von derzeit noch völlig unzureichenden Fortbildungsmöglichkeiten vor Ort auszugleichen. Es sollte der Gerechtigkeit halber aber auch erwähnt werden, daß sich zu DDR-Zeiten erworbene pädagogische Abschlüsse vielfach als gute und tragfähige Basis erwiesen haben.

Wenn der Mangel an Fortbildungsmöglichkeiten beklagt wird, so bezieht sich diese Feststellung nicht auf Angebote, die im Kurssystem Möglichkeiten partiellen, auf ausgewählte Themen bezogenen Wissenszuwachses bieten. Hier kann gar nicht jedes Angebot wahrgenommen werden, denn die Arbeit in den einzelnen Dienststellen muß ja weitergehen. Es geht um das so gut wie nicht vorhandene Angebot, eine berufsbegleitende Ausbildung zu absolvieren und auf diese Weise einen bundesweit anerkannten Abschluß zu erlangen. Dies ist im Bundesland Sachsen allein auf den etablierten Fachhochschulen möglich, die jedoch nur wenige Bewerber aufnehmen können. Tausende Quereinsteiger, die mittlerweile eine sehr engagierte Arbeit leisten und auf die weder die öffentliche noch die freie Jugendhilfe verzichten kann, befinden sich in einer völlig unbefriedigenden Situation. Auf Initiative der JugendamtsleiterInnen der kreisfreien Städte Sachsens ist im Januar 1992 aus diesem Grunde die Sächsische Sozialakademie e. V. gegründet worden, die jedoch trotz eindeutiger Zusagen von zuständiger ministerieller Seite noch im Frühjahr dieses Jahres nicht in diesem Sinne tätig werden darf. Das trifft auf das völlige Unverständnis der JugendamtsleiterInnen aus ganz Sachsen wie auch der freien Träger und führte kürzlich dazu, daß die sächsischen AmtsleiterInnen den Petitionsausschuß des Sächsischen Landtages u. a. mit diesem Problem konfrontierten.

Als eine gewisse Belastung beim Aufbau der kommunalen Jugendhilfestrukturen erwies sich das traditionelle Jugendhilfeverständnis in der früheren DDR. Nach der Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg hatte die Jugendhilfe in Ost und West eine unterschiedliche Entwicklung genommen. In einem DDR-Lexikon läßt sich unter dem Stichwort *Jugendhilfe* nachlesen: „Arbeitsgebiet der Abteilung Volksbildung der öffentlichen Staatsorgane, das verantwortlich ist für die Einweisung von elternlosen, familiengelösten und entwicklungsgefährdeten Kindern und Jugendlichen in Normalheime, von erziehungsschwierigen oder straffälligen Minderjährigen in Spezialheime (z. B. Jugendwerkhöfe) sowie für die Betreuung

von Vollwaisen in Kinder- und Jugendwohnheimen.⁴²

Ein solches Verständnis von Jugendhilfe ist aus heutiger Sicht vollkommen indiskutabel. Die öffentliche Jugendhilfe wird mittlerweile von der Bevölkerung unserer Stadt zunehmend als Teil der kommunalen Selbstverwaltung begriffen, als eine Institution, die nicht nur einer defizitären Klientel verpflichtet ist, sondern ihre Leistungsangebote allen offeriert, die darauf Anspruch haben bzw. diese Angebote nutzen möchten.

In der DDR hatte Jugendhilfe die Aufgabe, „von oben“ reglementierend einzugreifen. Jetzt machen die Bürger eine ganz andere Erfahrung. Die neue Jugendhilfe ist entsprechend dem Kinder- und Jugendhilfegesetz in erster Linie leistungsorientiert, der Grundsatz Helfen statt Strafen greift nun im Osten Deutschlands in einer Weise Raum wie nie zuvor.

Erfreulicherweise hat sich das Vertrauen der Bevölkerung zur Institution Jugendamt Leipzig schneller entwickelt, als wir noch vor zwei Jahren annehmen konnten. Das kommt u. a. darin zum Ausdruck, daß wir von den Leipzigern tagtäglich auf allen Ebenen hart gefordert werden, wobei wir dem Ansturm – vor allem auf Grund ungenügender räumlicher und technischer Ausstattung des Amtes – nicht immer gerecht werden können. So erregt es nicht selten den berechtigten Unmut des Bürgers, wenn er auf dem Weg von einer Abteilung des Jugendamtes zur anderen einen langen Weg durch die ganze Stadt zurücklegen muß, weil sich die verschiedenen Dienststellen des Kernamtes oft weit voneinander entfernt an unterschiedlichen Stellen der Stadt befinden. Dies erweist sich nicht nur als extrem bürgerunfreundlich, sondern behindert auch die Zusammenarbeit innerhalb des Amtes in erheblicher Weise.

Neben Querschnittsbereichen, die für den inneren Dienstbetrieb einer Behörde unerlässlich sind, umfaßt das Jugendamt in Leipzig heute alle Sachgebiete, die es üblicherweise auch in Jugendämtern westdeutscher Städte annähernd gleicher Größe gibt. Einige Bereiche sollen im folgenden etwas ausführlicher vorgestellt werden.

3. Öffentliche und freie Jugendhilfe

Die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und freier Jugendhilfe ist im neuen Kinder- und Jugendhilfegesetz festgeschrieben und prägt die Jugendhilfe in der Bundesrepublik Deutschland. Was in der alten Bundesrepublik seit vielen Jahren gängige und bewährte Praxis war,

mußte und muß in den neuen Ländern erst entwickelt werden. Mit Ausnahme einer vergleichsweise geringfügigen Tätigkeit der Kirchen auf diesem Gebiet (zudem in einem sehr eingegengten Verständnis), war Jugendhilfe in der DDR ein Monopol des Staates. Aus ideologischen Gründen bestand kein Interesse an der heute im Kinder- und Jugendhilfegesetz verankerten „Vielfalt von Trägern unterschiedlicher Wertorientierungen und ... Vielfalt von Inhalten, Methoden und Arbeitsformen“³. Vielfalt wäre nicht kontrollierbar und damit kaum steuer- bzw. beeinflussbar gewesen.

So gab es in Ostdeutschland unmittelbar nach der Wende zunächst kaum freie Träger, und sie sind auch heute noch weniger zahlreich und im allgemeinen weniger kompetent als in den alten Bundesländern. Um so erstaunlicher ist es, wie schnell sich mittlerweile ein Netz von freien Trägern unterschiedlichster Couleur entwickelt hat. Die Situation ist jedoch regional noch recht unterschiedlich. Während teilweise nach wie vor das Fehlen freier Träger bemängelt wird, können wir uns in Leipzig diesen Klagen nicht anschließen. Mittlerweile gibt es in unserer Stadt nicht nur eine Vielzahl von etablierten Trägern der freien Jugendhilfe, verschiedene Verbände, Vereine, Selbsthilfe- und Initiativgruppen, sondern auch schon einen Zusammenschluß in Form einer Arbeitsgemeinschaft der freien Träger. Diese Aktivitäten entsprangen nicht nur der Sorge bzw. dem Engagement für die Jugendhilfe. Sie sind auch ein sehr berechtigter Ausdruck existenzieller Nöte der freien Träger selbst.

Derzeit wirken in Leipzig bereits mehr als 100 Vereine oder Verbände zum Wohl von Kindern und Jugendlichen. Entstanden sind sie alle im Zeitraum 1990/91; ihre Personal- und Sachkosten werden größtenteils über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) vom Arbeitsamt getragen. Feste Stellen sind eher die Ausnahme. Die Zukunft ist damit ungewiß, nicht nur die persönliche Zukunft der einzelnen Mitarbeiter, sondern auch die der Vereine: Im Zeitraum Sommer 1992 bis Sommer 1993 werden die meisten ABM-Verträge auslaufen. Damit ist das bisher aufgebaute Netz von Trägern der Kinder- und Jugendarbeit, von Projekten und Initiativen akut gefährdet, denn die Kommune wird nicht in der Lage sein, die derzeit über ABM gesicherten Stellen künftig im notwendigen Umfang zu finanzieren.

Große Hoffnungen wurden von der freien und auch der öffentlichen Jugendhilfe auf das AFT-Programm (Anschubfinanzierung freier Träger) gesetzt. Dem Jugendamt lagen Anträge im Um-

2 Lexikon von A bis Z in einem Band, Leipzig 1982, S. 447.

3 Gesetz zur Neuordnung des Kinder- und Jugendhilferechts (Anm. 1), § 3.

fang von über zwei Millionen DM seitens der freien Träger vor, die nach sorgfältiger Prüfung durch uns mit entsprechender Empfehlung an die obersten Landesjugendbehörden weitergeleitet wurden. Definitiv zugesagt wurden der Stadt Leipzig bisher jedoch nur knapp 170 000 DM – der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Im Vorfeld des AFT-Programms wurden bundesweit große Erwartungen geweckt. Was geblieben ist, sind Frust und Enttäuschung.

Im Jugendamt sind wir derzeit dabei, eine aussagekräftige Übersicht über die freien Träger unserer Stadt, die von ihnen geleistete Arbeit, wie über ihre Personal- und Finanzsituation zu erstellen. Diese Bemühungen werden in allernächster Zeit in eine Verwaltungsvorlage münden. Wir wollen eine klare politische Entscheidung darüber erwirken, wie künftig das partnerschaftliche Zusammenwirken der öffentlichen mit der freien Jugendhilfe in unserer Stadt gestaltet werden kann und welche Möglichkeiten kommunaler Förderung eingeräumt werden.

Kontinuität in der Jugendhilfe ist ohne ein gewisses Maß an finanzieller Sicherheit für die freien Träger nicht möglich. Die notwendigen Voraussetzungen dafür können die Kommunen und die Träger jedoch nicht allein schaffen: Landes- und Bundesengagement sind auch künftig einzufordern, wobei es dringend geboten ist, einer weiteren Bürokratisierung entgegenzuwirken, diese möglichst zu vermeiden.

Im Jugendamt unserer Stadt sind wir seit Aufnahme unserer Tätigkeit stets bemüht gewesen, die Zusammenarbeit mit den freien Trägern im Sinne des Kinder- und Jugendhilfegesetzes zu gestalten. Bisher wurde dem Subsidiaritätsprinzip stets entsprochen. Das soll auch in Zukunft so sein. Wenn jedoch die für das Wirksamwerden der freien Jugendhilfe unverzichtbaren Rahmenbedingungen nicht vorhanden sind, wird dieses Prinzip zwangsläufig unterlaufen werden. Mehr noch, die allgemeine Anwaltsfunktion, die die Jugendhilfe für Kinder und Jugendliche hat, könnte sie nur noch sehr eingeschränkt und unvollkommen wahrnehmen, denn „Jugendhilfe hat die Aufgabe, alle staatliche Tätigkeit auf ihre Relevanz für die Lebensverhältnisse von Kindern und Jugendlichen zu prüfen und dementsprechend Einfluß zu nehmen. Hier erweitert sie sich zur Jugendpolitik. Sie muß auf allen Ebenen und in allen Politikbereichen Interessen und Bedürfnisse junger Menschen aufnehmen und umsetzen. Um solchen Interessen Nachdruck zu verschaffen, wendet sie sich an die Öffentlichkeit und die Politik.“⁴ Aber Ziel

der Jugendhilfe muß sein, dies nicht erst „fünf Minuten vor zwölf“ zu tun. Sie wird ihren Aufgaben am besten gerecht, wenn sie präventiv wirksam werden kann, d.h. wenn sie nicht nur reagiert, sondern vor allem agiert. Dies ist ohne eine frühzeitige und fundierte Jugendhilfeplanung, an der die freien Träger nicht nur beteiligt, sondern in die sie aktiv eingebunden sind, nicht möglich.

Dabei ist der Gesamtbereich der Jugendhilfeplanung ein weites Feld, das derzeit auch in Leipzig noch völlig unzureichend beackert ist. Am weitesten fortgeschritten ist dieser Prozeß im Bereich der Kindertagesstättenplanung, worauf noch einzugehen sein wird. Gegenwärtig sind wir angesichts der Dynamik und Brisanz der gesellschaftlichen Wandlungsprozesse im Osten Deutschlands mit völlig veränderten Rahmenbedingungen in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen konfrontiert und haben Mühe, diesen Prozeß in seinen Konsequenzen für die Jugendhilfe im notwendigen Maß zu antizipieren. Selbst wenn das gelingt, fehlen gewöhnlich die Mittel, adäquat zu reagieren, geschweige denn zu agieren.

Hinzu kommt ein für den Aufschwung in den neuen Bundesländern derzeit oft verhängnisvolles Bedingungsgefüge, das nicht selten die beste Planung zu einem Stück Makulatur werden läßt: Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Wirtschaft, mit Investitionen werden häufig ungeklärte Eigentumsverhältnisse als entscheidende Hemmnisse ins Feld geführt. Diese Problematik erweist sich auch für die Umsetzung von Sozialplanung und damit für Jugendhilfeplanung als ein Hemmnis.

Zur Verdeutlichung sei ein konkretes Beispiel angeführt: Ein Stadtteil ist bezüglich der Kinder- und Jugendarbeit sowie der Sozialarbeit völlig unterversorgt, die Angebote reichen nicht aus, es machen sich zunehmend Frust, Enttäuschung breit. Alternativen sind nicht in Sicht, und zu allem Überflus ist das einzig verfügbare Freizeitzentrum in diesem Gebiet in seiner Bausubstanz so schlecht, daß eine umfassende Sanierung mindestens sieben bis acht Millionen Mark erfordern würde. Angesichts eines leeren Stadtsäckels könnte man vielleicht auf die Idee kommen, das Grundstück samt marodem Steinhafen meistbietend zu verkaufen und vom Erlös irgendwo in der Nähe, auf städtischem Grund, einen multifunktionalen Zweckbau zu errichten, der erstens in die Landschaft passen, zweitens den Freizeitbedürfnissen von Kindern und Jugendlichen besser als das bisherige Domizil gerecht werden und drittens auf absehbare Zeit keinen überdimensionalen Erhaltungsaufwand erfordern würde. Die Idee ist kei-

⁴ Reinhard Wiesner, Rechtliche Grundlagen, in: Wiesner/Zarbock (Hrsg.), Das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), Köln – Berlin – Bonn – München 1991, S. 18.

neswegs abwegig, findet Fürsprecher, die Realisierung erscheint verlockend – und dann kommt in 99 von 100 Fällen garantiert das Aus: Jenes Grundstück, das man gewinnbringend für das Wohl von Kindern und Jugendlichen zu nutzen suchte, gehört gar nicht der Kommune, sondern jemand anderem, und der möchte es zurückhaben, verständlicher- und berechtigterweise. Mit solchen und ähnlichen Fällen ist allein das Jugendamt der Stadt Leipzig bis jetzt schon mehr als einhundert Mal konfrontiert worden. Ein Ende ist nicht absehbar.

Davon sind nicht nur Freizeitstätten betroffen, sondern auch Kinderheime, Verwaltungsdienststellen des Amtes und vor allem Kindertagesstätten. Eine besondere Zuspitzung dieser Situation, die insgesamt und auch für den Aufbau der Jugendhilfe im Osten etwas überaus Deprimierendes hat, erwarten wir zum Ende dieses Jahres. Mit der Aufhebung der staatlichen Verwaltung (entsprechend dem zweiten Vermögensrechtsänderungsgesetz) werden die rechtmäßigen Besitzer wieder in alle Verfügungsrechte über ihre Grundstücke eingesetzt. Das bedeutet in aller Regel, daß die Eigentümer sich um eine effektive Nutzung, und das heißt Vermarktung, des eigenen Grundbesitzes bemühen werden. Nach unseren bisherigen, bereits sehr konkreten Erfahrungen in mehreren Fällen, in denen eine Rückübertragung erfolgte, ist eine Kindereinrichtung dabei meist ein Störfaktor: Er wird – so haben wir es erfahren – dadurch beseitigt, daß

1. die Miete bis an die Grenze des Vertretbaren (eine Gewerberaummieta, keine Wohnungsmiete, versteht sich) erhöht
oder
2. auf Eigenbedarf gekündigt bzw. Vorgehen eins mit Vorgehen zwei verknüpft
oder
3. unter Voraussetzung schnellstmöglicher Räumung ein (zumeist indiskutables) Angebot in Form von Baukosten- oder Personalkostenzuschuß für von der Kommune zu suchende Ersatzlösungen gemacht wird.

Würde es sich hier um Einzelfälle handeln, lohnte es nicht, darüber zu reden. Aller Voraussicht nach werden wir allein in der Stadt Leipzig spätestens bis zum Sommer 1993 in etwa 50 bis 70 Fällen benötigt sein, unsere Planungen von vorn zu beginnen.

Einstweilen bleibt als Fazit festzuhalten: An einer fundierten Jugendhilfeplanung unter Einschluß auch der freien Träger führt kein Weg vorbei, nur ihre Realisierung steht derzeit eher in den Sternen. Dennoch ist unsere Grundhaltung optimistisch, denn *Jugendhilfe ist öffentlichkeitswirksam*.

4. Kindertagesstätten

Kindertagesstätten besitzen als sozialpädagogische Einrichtungen, die die Erziehung des Kindes in der Familie ergänzen und unterstützen, eine historisch gewachsene Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung der neuen Bundesländer. Der hohe Anteil an Alleinerziehenden sowie die nach wie vor sehr stark ausgeprägte Bereitschaft der Frauen zur eigenen Erwerbstätigkeit begründen den anhaltend hohen Bedarf an Kindertagesstättenplätzen. Inzwischen gibt es jedoch demographische Veränderungen, die eine Bedarfsreduzierung sowie altersstrukturelle Verschiebungen – beginnend bereits im Jahr 1992 – bewirken.

Das in der Stadt Leipzig vorhandene Netz an Kindertagesstätten befindet sich zu über 90 Prozent noch in kommunaler Trägerschaft. Aus vorrangig wirtschaftlichen Gründen wurden und werden die bisherigen betriebseigenen Kindereinrichtungen in jüngster Zeit überwiegend – sofern sie zur Bedarfsdeckung noch nötig sind – in kommunale Trägerschaft überführt. Die Übergabe kommunaler Kindertagesstätten an freie Träger der Jugendhilfe vollzieht sich demgegenüber auf Grund der Entwicklungsprobleme der freien Träger wesentlich langsamer. Bei allen Bemühungen von seiten des Jugendamtes, die freien Träger in ihrer Entwicklung zu unterstützen, wird in Leipzig – anders als in vergleichbaren Städten in den alten Bundesländern – für die nächsten Jahre die Kommune Hauptträger der Kindertagesstätten bleiben. Auch die Tageseinrichtungen der freien Träger sind nur durch weitreichende kommunale Zuschüsse überlebensfähig.

Nach dem Sächsischen Kindertagesstättengesetz ist das jeweils zuständige Jugendamt verpflichtet, in seinem Zuständigkeitsbereich die erforderlichen Kindertageseinrichtungen *bedarfsgerecht* zur Verfügung zu stellen. Unter den derzeitigen wirtschaftlichen, sozialen, demographischen und arbeitsmarktpolitischen Bedingungen erweist sich der Begriff „Bedarf“ jedoch als eine sehr dynamische Größe, was bei der unzureichenden Finanzausstattung der Kommunen zu nicht geringen Schwierigkeiten im Bereich der Kindertagesstättenplanung führt.

1990 gab es in Leipzig noch insgesamt 394 Kindereinrichtungen mit weit über 31 000 Plätzen (einschließlich der betrieblichen und konfessionellen Einrichtungen). Mittlerweile ist ein Bedarfsrückgang zu verzeichnen, der bereits im ersten Quartal 1992 Anlaß zur Schließung zahlreicher Einrichtungen war. Dieser Trend hat sich im laufenden Jahr fortgesetzt und wird auch 1993 andauern.

Inhaltliche Veränderungen im Kindertagesstättenbereich werden in struktureller Hinsicht insbesondere durch die bisher in 28 Einrichtungen erfolgte Zusammenführung von Kindern im Krippen- und Kindergartenalter zu altersgemischten oder Familiengruppen sichtbar. So wird auch bei künftigen Strukturveränderungen verfahren werden. Das bewährte System von Kindertagesstätten mit Sondergruppen zur Integration behinderter oder entwicklungsretardierter Kinder soll ebenfalls beibehalten werden. Eine entsprechende Zusammenarbeit und Arbeitsteilung mit anderen Ämtern (Oberschulamt, Schulverwaltungsamt, Gesundheitsamt) funktioniert inzwischen. Insgesamt bestehen zur Zeit in 17 Kindertagesstätten spezielle Integrations- oder Fördergruppen.

Die oben skizzierten Probleme bei der Kindertagesstättenplanung in Leipzig haben innerhalb der Stadtverwaltung in den verschiedenen Parlamentsausschüssen sowie in der Stadtverordnetenversammlung zu einem teils sehr kontrovers geführten Meinungsstreit geführt, an dem sich auch Eltern und Mitarbeiter der Einrichtungen engagiert beteiligten. Die Gemüter entzündeten sich an der Frage, wie eine qualitativ gute Versorgung und Betreuung der Kinder bei Aufrechterhaltung notwendiger Öffnungszeiten mit einem Minimum an Personal zu gewährleisten sei. Zuweilen konnte für einen unbeteiligten Beobachter der Eindruck entstehen, die Stadtverwaltung probe die Quadratur des Kreises. Einmal mehr zeigte sich, daß gerade im Bereich der Jugendhilfe fachliche Erwartungen einerseits und die Bereitschaft auf der politischen Ebene, diesen Erwartungen zu entsprechen, meilenweit auseinanderliegen. Ein Kompromiß mußte gefunden werden. Ob er hält, wirklich tragfähig ist, wird sich in den nächsten Monaten in der Praxis erweisen.

Hauptstreitpunkt war die Anzahl des benötigten Personals. Das Jugendamt plädierte dafür, in dieser Frage etwa so zu verfahren, wie in einer Schrift über Tageseinrichtungen für Kinder – herausgegeben 1992 von der Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege – empfohlen wird⁵. Dort sind Berechnungen über die Höhe des Personalbedarfs pro Betreuungsstunde vorgeschlagen worden, auf deren Basis man

⁵ Tageseinrichtungen für Kinder. Eine Aufgabe der Jugendhilfe. – Hinweise und Empfehlungen für die Träger der öffentlichen und der freien Jugendhilfe in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, hrsg. von der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Frauen und Jugend, Köln 1992, S. 50ff.

zunächst zur Gesamtzahl der benötigten Arbeitsstunden der ErzieherInnen und sonstigen pädagogischen MitarbeiterInnen gelangt. Daraus ergibt sich die Zahl des benötigten Personals. Dem wollte sich die Stadtverwaltung nicht anschließen. Es wurde von deutlich strengeren Personalbemessungskriterien ausgegangen, was unseres Erachtens nicht vertretbar ist: Wenn beispielsweise keinerlei Abminderungsstunden für Dienstbesprechungen, Elterngespräche sowie Vor- und Nachbereitung der Arbeit mit den Kindern mehr gewährt werden, dann ist das gleichbedeutend mit *Abstrichen an der Qualität der Arbeit*.

Bestandteil des entsprechenden Beschlusses des Stadtparlaments war jedoch, daß *in jedem Fall* eine qualifizierte pädagogische Betreuung gewährleistet werden soll. Dem Jugendamt obliegt es, diese bei Bedarf einzufordern und – wenn nötig – Korrekturen anzumahnen.

III. Perspektiven der Jugendarbeit

Ein Schwerpunkt der Arbeit des Jugendamtes ist die Jugendarbeit bzw. Jugendförderung oder Jugendpflege, wie es traditionell heißt. Auf diesem Gebiet ist in Leipzig die Situation besonders prekär. Folgender Sachverhalt dürfte dies verdeutlichen: Während es noch zu Beginn des Jahres 1989 in Leipzig mehr als 80 Jugendklubs gab, verfügt die Stadt heute gerade noch über sechs solcher Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen. Hier ist eine Art Kahlschlag vollzogen worden, der für die Jugendfreizeitarbeit verheerende Folgen hat. Mit Fug und Recht kann man über Jugendklubarbeit zu DDR-Zeiten streiten und natürlich konnte es nicht darum gehen, Bisheriges zu konservieren, es nur mit einem neuen Etikett zu versehen. Doch mit der Wende ging aus den unterschiedlichsten Ursachen auch eine unvermeidbar hohe Anzahl von Räumlichkeiten für die Kinder- und Jugendarbeit in unserer Stadt verloren. Nun sind wir – oft in einem zähen Ringen – darum bemüht, noch Vorhandenes zu erhalten und mühsam neues Terrain zu gewinnen.

Neben den erwähnten Jugendklubeinrichtungen verfügt die Stadt noch über neun Schülerfreizeitzentren, deren inhaltliche Neuprofilierung ähnlich wie bei den Jugendklubs begonnen hat, und erste Effekte zeigt. Hier kommt es insbesondere darauf an, freizeitpädagogische mit sozialpädagogischer Arbeit zu verknüpfen sowie von geschlossenen Formen der Arbeit zu einer verstärkt offenen Kinder- und Jugendarbeit zu gelangen. Es kommt darauf an, den jeweils im Stadtteil vorhandenen Be-

darf durch eine Vielfalt an Möglichkeiten – im Sinne tätiger Mitwirkung und vielfältiger Kommunikation – zu befriedigen. Angesichts fehlender Räumlichkeiten für Kinder- und Jugendbegegnungsstätten fühlen sich Kinder und Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren vor die Tür gesetzt, ausgesperrt, beiseite geschoben. Darin liegt eine große Gefahr und zugleich eine neue Herausforderung für die Jugendhilfe. Besonders dieser Personenkreis braucht Ansprechpartner, vertrauensvolle Bezugspersonen. Wir versuchen gegenwärtig durch die (inhaltliche) Neugestaltung noch vorhandener und die Schaffung neuer Freizeitstätten, sowie durch den Einsatz von Straßensozialarbeitern, uns dieser Problematik zu stellen. Erste Erfahrungen zeigen, daß dieser Weg richtig ist, doch derzeit kommen wir aus Mangel an finanziellen Mitteln, Räumlichkeiten und Personal nur relativ mühsam voran.

Voraussetzung für eine weitere Verbesserung der Arbeit der Jugendhilfe in unserer Stadt ist ein personeller Ausbau des Amtes; damit verbunden ist die sukzessive Erweiterung der Fortbildungsmöglichkeiten der Mitarbeiter. Als ein großes Handicap für die Arbeit der Jugendhilfe vor Ort erweist sich immer mehr die beschränkte Arbeitsfähigkeit

des Landesjugendamtes, das Fehlen des Landesjugendhilfeausschusses. Das Sächsische Ausführungsgesetz zum KJHG wurde erst kürzlich vom Landtag verabschiedet.

Wenn von der perspektivischen Entwicklung der Jugendhilfe in Leipzig die Rede ist, so müßte neben dem bereits Erwähnten unbedingt auch auf die weitere Profilierung unseres Allgemeinen Sozialdienstes, auf die sich vollziehenden Veränderungen in unseren Heimen, auf das Adoptions- und Pflegekinderwesen, auf die Arbeit des Kinder- und Jugendnotdienstes, die internationale Jugendarbeit, die Beratungstätigkeit sowie auf den weiteren Ausbau der arbeitsteiligen Zusammenarbeit mit den freien Trägern Bezug genommen werden. Dies im einzelnen an dieser Stelle auszuführen, würde den Rahmen des vorliegenden Beitrages sprengen. Deshalb möchte ich abschließend nur noch darauf verweisen, daß wir seit Dezember 1990 einen sehr engagierten und fachkompetenten Jugendhilfeausschuß haben, mit dessen Unterstützung schon manches komplizierte Problem gelöst werden konnte und der sich stets auch als verlässlicher Partner und wirkungsvoller Mitstreiter erwies, wenn Jugendhilfe nur noch über Politik und Öffentlichkeit realisiert werden konnte.

Berufsausbildung und Arbeitsmarktchancen Jugendlicher in den alten Bundesländern

I. Gute Berufschancen in einem Berufsbildungssystem in der Krise?

Das Berufsbildungswesen in Deutschland genießt Weltruf. Ihm vor allem wird das hohe Qualifikationsniveau der deutschen Arbeitskräfte und nicht zuletzt auch die im internationalen Vergleich relativ geringe Jugendarbeitslosigkeit in der alten Bundesrepublik zugeschrieben.

Dieses System der Einmündung junger Menschen in Beruf und Arbeit hat auch in ökonomischen Krisenzeiten wiederholt Bewährungsproben bestanden; zuletzt in den achtziger Jahren, als es darum ging, die gestiegene Jugendarbeitslosigkeit und den Ausbildungsplatzmangel zu bekämpfen, und zwar mit Hilfe einer flexiblen Ausweitung der privaten Ausbildungsplatzangebote und einer staatlichen Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung.

Heute ist auf dem Ausbildungsstellenmarkt in den alten Ländern Entwarnung angesagt. Der jüngste Berufsbildungsbericht der Bundesregierung von 1992 bestätigt dies. Nie zuvor war das Angebot für Ausbildungsplatzsuchende so günstig wie 1991. 100 Nachfragern standen 121,3 betriebliche Ausbildungsplätze gegenüber; 120 000 Ausbildungsplätze konnten nicht besetzt werden¹.

Anders jedoch als in früheren Jahren wurde diese Rekordziffer des jüngsten Berufsbildungsberichtes in allen Stellungnahmen – zu allererst von der Bundesregierung – mit auffällig wenig Begeisterung, sondern eher zurückhaltend kommentiert. Die positive Bilanz wurde auch nicht mehr – wie sonst – durch Verweis auf besondere Problemgruppen oder -regionen relativiert, die nach wie vor bestehen. Die Erfolgsziffer für die Ausbildungsplatzbilanz ist pauschal zu einer Problemziffer für die betriebliche Nachwuchsrekrutierung geworden. Folgt auf den Ausbildungsplatzmangel in der Krise der achtziger Jahre in den Neunzigern der Lehrlingsmangel?

Insbesondere bei gewerblich-technischen Fachkräften hat der Nachwuchsmangel weiter zugenommen.

1 Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Berufsbildungsbericht 1992, Bonn 1992.

Bei den Ernährungsberufen betrug 1991 die Angebots-Nachfrage-Relation 183,8, bei den Bauberufen 156, bei den Textilberufen 143,8 und bei den Metallberufen 133,4. Für die Fertigungsberufe weist die Statistik für jeden unvermittelten Bewerber 19 unbesetzte Ausbildungsplätze aus.

Es sind ganz offensichtlich nicht nur demographische Entwicklungen, zurückgehende Schulabgängerzahlen, die den für die Berufsausbildung Verantwortlichen heute Sorge bereiten. Wäre es dies allein, so könnte man gerade den mit der vollzogenen deutschen Einheit und der anstehenden europäischen Union sich abzeichnenden neuen Bewährungsproben für das deutsche Berufsbildungswesen gelassen entgegensehen.

Hinter dieser Entwicklung werden jedoch immer deutlicher auch strukturelle Veränderungen, Veränderungen der Wirtschafts- und Beschäftigungsstrukturen, mit direkten Konsequenzen für die Qualifikationsstruktur sichtbar. Auch im Bereich der produktionsorientierten Tätigkeiten und der primären Dienstleistungen, die auch in Zukunft die klassischen Arbeitsfelder für die „dual“ ausgebildeten Fachkräfte sein werden, verändern sich die Anforderungen. Mit Neuordnungen der Ausbildungsberufe wird versucht, sich den veränderten Anforderungsprofilen anzupassen; dabei sind mehr flexibel einsetzbares Grundwissen, multifunktionale Schlüsselqualifikationen und Kommunikationstechniken gefragt: „Das Modell des Facharbeiters verliert – wie das Qualifikationsmuster der neu geordneten industriellen Metall- und Elektroberufe zeigt – seine tayloristische Enge und markiert ein neuartiges komplexes Existenzgefüge.“²

Deutlich verringern werden sich auch die Beschäftigungschancen für Un- und Angelernte. Der Bedarf an höher qualifizierten Tätigkeiten in sekundären Dienstleistungen wird hingegen kontinuierlich steigen.

Die skizzierten Entwicklungen im Beschäftigungsbereich werden begleitet durch ein verändertes Bildungs- und Berufswahlverhalten junger Menschen. Für die Hälfte der Jugendlichen ist heute das Abitur

2 Wolf-Dietrich Greinert, Hat das duale System der Berufsausbildung seine Zukunft bereits hinter sich?, in: Berufsbildung, 46 (1992) 2, S. 70.

der angestrebte Bildungsabschluß³. 1990 gab es erstmals in den alten Bundesländern mehr Studierende an Hochschulen als Auszubildende im dualen System, „mehr Architekturstudenten als auszubildende Maurer“ – so klagte ein Wirtschaftsvertreter auf dem Europäischen Kongreß Jugend-Wirtschaft-Politik, den das Deutsche Jugendinstitut (DJI) in diesem Frühjahr gemeinsam mit der Daimler-Benz AG und der Stadt Mannheim durchgeführt hat. Gerade die Vertreter der großen Industrieunternehmen machten sich darüber Sorgen, wie für ihre anspruchsvollen gewerblichen Berufe noch genügend qualifizierter Nachwuchs gefunden werden kann. Neben einer pauschalen Kritik an der Schule, die mit ihrer „Inflation an Bildungsabschlüssen“ dafür verantwortlich gemacht wurde, daß die „Guten“ von einer betrieblichen Ausbildung abgezogen würden, gab es dabei durchaus auch selbstkritische Einsichten und konstruktive Vorschläge zur Weiterentwicklung und Ergänzung auch des dualen Berufsausbildungssystems: Sie reichten von der Aufwertung und Ausdifferenzierung der Berufe über die Eröffnung neuer, auch horizontaler Karrieren, die über die bisherigen Aussichten für betrieblich Ausgebildete hinausweisen, den Ausbau von Berufsakademien bis zur Forderung nach Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildungsabschlüsse.

Wird die Industrie derzeit lediglich von der Sorge um die Nachrangigkeit ihrer anspruchsvollen gewerblich-industriellen Ausbildungsplätze gegenüber kaufmännischen oder akademischen Ausbildungen geplagt, so sind die Probleme der Nachwuchsrekrutierung im Handwerk, dem zweiten traditionellen Ausbildungsbereich im dualen System, existentieller Art. Der Anteil des Handwerks an der Ausbildung im dualen System ist von 1979 bis 1990 von 41,1 Prozent auf 33 Prozent gefallen, im Bereich von Industrie und Handel ist er in der gleichen Zeit von 46,1 Prozent auf 51,2 Prozent angestiegen. 1991 blieben rund 77 000 Ausbildungsplätze im Handwerk unbesetzt.

Die Ausbildungsbetriebe des Handwerks mußten – von einigen besonders attraktiven Berufen abgesehen – in einer Art konkurrenzhafter Arbeitsteilung mit Industrie und Handel schon immer mit schwächer vorqualifizierten Bewerbern vorliebnehmen. Neben den Bemühungen um die Erhöhung der Attraktivität ihrer Ausbildung sind sie heute immer häufiger darauf angewiesen, mit Hilfe flankierender ausbildungsbegleitender Unterstützungsmaßnahmen den Ausbildungserfolg zu sichern. Auch

dies stellt eine Weiterentwicklung des dualen Systems dar, und zwar nicht primär aus einer sozialpolitisch motivierten Sorge um die berufliche Integration sozial benachteiligter Jugendlicher, sondern durchaus im Sinne ökonomischer Logik.

Die systemimmanenten selbstkritischen Einsichten in den Modernisierungsbedarf auch des Kerns des beruflichen Bildungswesens – der betrieblichen Ausbildung im Rahmen des dualen Systems, wie sie am Beispiel von Industrie und Handwerk beschrieben wurde – werden von externen Kritiken begleitet. Diese beziehen sich stärker auf einzelne Phänomene, z.B. steigende Ausbildungsabbruchzahlen. Dazu wird eine Krise der Berufsschule, des zweiten Partners bzw. Lernortes im dualen System, entweder schon diagnostiziert oder zumindest aufgrund eines sich ankündigenden Berufsschullehrermangels vorhergesagt⁴. Und schließlich gibt es auch noch eine grundsätzliche Kritik an einem angeblich modernisierungsunfähigen und reformresistenten dualen System der Berufsausbildung, das, für eine historisch überholte Wirtschafts-, Arbeits- und Gesellschaftsordnung konzipiert, seine Zukunft bereits hinter sich habe⁵.

Zu einem solchen Schluß mag kommen, wer das berufliche Bildungswesen insgesamt auf das duale System reduziert und dessen Rolle verabsolutiert. Hier gilt es demgegenüber aufzuzeigen, daß die – auch berufsbildungspolitisch verantwortbaren – Perspektiven in einer Ausdifferenzierung des dualen Systems und seiner gleichzeitigen Einbindung in ein integriertes Gesamtsystem der beruflichen Bildung bestehen, innerhalb dessen auch die anderen Bestandteile (berufliche Vollzeitschulen, berufsvorbereitende und ausbildungsbegleitende Maßnahmen sowie zielgruppenorientierte Sonderprogramme) – teilweise in der Tat zu Lasten der betrieblichen Ausbildung – aufgewertet werden.

Sollen die beschriebenen guten Ausbildungs- und Beschäftigungschancen für Jugendliche in den alten Bundesländern erhalten bleiben, und für derzeit noch benachteiligte Gruppen ausgebaut werden, so bedarf es neben einer modernen privatwirtschaftlich organisierten betrieblichen Ausbildung auch eines vollqualifizierenden beruflichen Schulwesens sowie sozialpädagogisch orientierter Begleitprogramme und einer sozialpolitisch verpflichteten staatlichen Berufsbildungs- und Beschäftigungspolitik.

4 Vgl. Duales System in der Krise, in: Süddeutsche Zeitung. Beilage Aus- und Weiterbildung vom 23. Juni 1992, S. I.

5 Vgl. Karlheinz Geissler, Perspektiven der Weiterentwicklung des Systems der dualen Berufsausbildung in der Bundesrepublik, in: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.), Die Rolle der beruflichen Bildung und Berufsbildungsforschung im internationalen Vergleich, Berlin-Bonn 1991, S. 101–110.

3 Vgl. IFS-Umfrage 1989, in: Hans-Günter Rolff/Karl-Oswald Bauer/Klaus Klemm/Hermann Pfeiffer (Hrsg.), Jahrbuch der Schulentwicklung, Band 6, Weinheim-München 1990.

II. Die Grundstruktur der beruflichen Bildung in Deutschland

Das duale System der beruflichen Bildung mit einer in der Regel dreijährigen Ausbildung in einem meist privatwirtschaftlichen Betrieb und dem parallel dazu verpflichtenden Besuch der öffentlichen Teilzeit-Berufsschule bildet nach wie vor den Kern der beruflichen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. 72 Prozent aller Schulabgänger oder eines Altersjahrgangs unterziehen sich irgendwann einer solchen betrieblichen Ausbildung im dualen System; nur 15 Prozent wählen eine andere Ausbildung an Berufsfachschulen oder Hochschulen; 13 Prozent bleiben ohne Berufsausbildung. Ausgebildet wird in derzeit 374 gesetzlich anerkannten und in Ausbildungsordnungen geregelten Ausbildungsberufen.

Die Dualität des Ausbildungssystems ist, wenn auch im Grundsatz weitgehend akzeptiert, nicht wirklich befriedigend geregelt. Das belegt die Klage des Generalsekretärs des Bundesinstituts für Berufsbildung: „Bis heute sind im Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung die für die Berufsschule zuständigen Kultusminister nicht repräsentiert. Sie fehlen als Dialogpartner von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Bundesregierung.“⁶ Der 1964 im „Gutachten über das berufliche Ausbildungs- und Schulwesen“ (in dem übrigens auch der Begriff „duals System“ erstmals in die bildungspolitische Debatte eingeführt wird) vom Deutschen Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen erhobene Anspruch einer gleichberechtigten Partnerschaft zwischen Ausbildungsbetrieb und Berufsschule ist bis heute nicht eingelöst⁷. Durch das Berufsbildungsgesetz von 1969, das die in die Kulturhoheit der Länder fallende Berufsschule fast vollständig ausklammerte, „ist die Rolle der Berufsschule als ‚kleiner Partner‘ im dualen System eher noch verfestigt“ worden, mit der Folge, daß „die notwendige Zusammenarbeit der Planer betrieblicher und berufsschulischer Berufsausbildung“ auch durch das Berufsbildungsgesetz nicht hat begründet werden können⁸.

6 Hermann Schmidt, Grußwort des Generalsekretärs des Bundesinstituts für Berufsbildung, in: Ingrid B.-Lisop/Wolf-Dietrich Greinert/Karlwilhelm Sratmann (Hrsg.), Gründerjahre der Berufsschule, Berlin 1990.

7 Vgl. Deutscher Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen, Gutachten über das berufliche Ausbildungs- und Schulwesen, in: Empfehlungen und Gutachten des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen, Stuttgart 1966, S. 500.

8 Vgl. H. Schmidt (Anm. 6).

Grundlage des Ausbildungsverhältnisses ist der gesetzlich geregelte, privatrechtliche Ausbildungsvertrag zwischen der/dem Auszubildenden und dem Ausbildungsbetrieb. Damit sind die Relationen von Angebot und Nachfrage auf einem konjunkturabhängigen Ausbildungsmarkt wesentliche Rahmenbedingung für die berufliche Bildung in Deutschland.

Die Auswirkungen dieser Marktabhängigkeit beruflicher Bildung im dualen System werden allerdings durch eine wenn auch eingeschränkte, so doch in Krisenzeiten immer wieder beobachtbare bildungs- und sozialpolitische Einbindung auch der Wirtschaft in die berufliche Qualifizierung der nachwachsenden Generation begrenzt. So reagiert das System auf Diskrepanzen zwischen Angebot und Nachfrage mit Ausweitungen des Angebots etwa durch Schaffung überbetrieblicher Ausbildungskapazitäten und, besonders im Bereich des Handwerks, durch eine zeitweise Ausbildung über Bedarf sowie mit Fördermaßnahmen wie ausbildungsbegleitenden Hilfen oder betrieblichen Berufsförderungslehrgängen für besondere Gruppen. Weitere Regulative bestehen in der Kompensation fehlender Ausbildungsplätze durch die Ausweitung des Angebots vollzeitschulischer beruflicher Bildungsgänge (insbesondere der Berufsfachschulen, die vor allem für Berufe ohne Markt, also für hoheitliche, soziale, erzieherische und krankenpflegerische Berufe eingerichtet wurden) sowie in der Steuerung der Verweildauer im allgemeinbildenden Schulwesen, das durch fakultative oder verpflichtende Verlängerung des Schulbesuchs (z. B. 10. Hauptschuljahr) sowie durch Lenkung der Schülerströme in weiterführende Bildungsgänge die Nachfrage sowohl qualitativ als auch quantitativ wesentlich beeinflusst.

Neben diesem, die traditionellen Strukturen und Institutionen des Übergangs nutzenden Instrumentarium zum Umgang mit Krisen des Ausbildungsmarktes hat sich in den vergangenen 10 bis 15 Jahren ein weiteres System beruflicher Qualifizierung herausgebildet, das in seinen Angeboten und Zielsetzungen allerdings bewußt uneigenständig auf das bestehende traditionelle Übergangssystem bezogen ist. Es besteht aus einer breiten Palette berufsvorbereitender sowie ausbildungsbegleitender und -ergänzender Maßnahmen, die häufig mit Unterstützung der Arbeitsverwaltung, aber auch im Rahmen besonderer staatlicher oder kommunaler Programme von freien Verbänden, Bildungswerken oder Selbsthilfeinitiativen insbesondere für Problemgruppen des Ausbildungsmarktes eingerichtet werden. Auch in den öffentlichen Berufsschulen wurden besondere vollzeitschulische Bildungsgänge wie das Berufsvorbereitungsjahr und das Berufsgrundschuljahr für auf dem Markt

schwer vermittelbare oder unversorgt gebliebene Jugendliche eingerichtet bzw. genutzt. Reguliert werden diese explizit sozialstaatlich legitimierten Ergänzungen des dualen Systems fast vollständig durch die für ihren Betrieb bereitgestellten öffentlichen Mittel.

Obwohl diese „Maßnahmen“ vor allem als Mittel zur Bewältigung einer Krisenperiode des Ausbildungsmarktes entstanden sind, haben sie sich heute zu einem von ihrem historischen Entstehungszusammenhang unabhängigen und wichtigen Bestandteil des Gesamtsystems beruflicher Bildung in Deutschland entwickelt. Mit ihrer besonderen sozialpädagogischen Qualität stellen sie heute für bestimmte benachteiligte Jugendliche eine notwendige Hilfe zur Verbesserung der Chancen auf einem sich ständig verändernden Ausbildungsmarkt dar, die auch unter den Bedingungen eines außerordentlich vielfältigen, die Nachfrage erheblich übersteigenden Ausbildungsplatzangebotes nicht überflüssig werden.

Als Hilfsdienste des dualen Systems, die dessen Nutzung vorbereiten oder unterstützen, bei Nachfrageüberhängen auch dazu beitragen, diese abzupuffern, nicht aber Kernaufgaben der beruflichen Qualifizierung selbst zu übernehmen, haben diese „Maßnahmen“ notwendig immer auch den Charakter von Warteschleifen. Ihre Anerkennung als sinnvolle und notwendige Ergänzung des dualen Systems hängt entscheidend davon ab, in welchem Maße es gelingt, das Ziel der Integration in eine anerkannte Ausbildung für nennenswerte Anteile der Jugendlichen zu erreichen.

Dieses sozialstaatliche Maßnahmensystem ist gerade in Krisenzeiten und Krisenregionen immer wieder in der Gefahr, sich zu verselbständigen und vom Kernbereich beruflicher Bildung, dem dualen System, wie auch vom Beschäftigungssystem abgekoppelt zu werden. Ein Maßnahmensystem aber, das seine Jugendlichen in „Maßnahmekarrieren“ festhält und versorgt, ohne deren Chancen für Ausbildung und Beschäftigung wirksam zu verbessern, verliert seine öffentliche Anerkennung wie auch die Akzeptanz bei den Jugendlichen und damit einen wesentlichen Teil seiner Wirkungsmöglichkeiten. Es ist deshalb als isoliertes Mittel zur Bewältigung von Berufseinmündungskrisen ohne Einbettung in eine umfassendere, die objektive berufliche Chancenstruktur einbeziehende Arbeitsmarktpolitik immer fragwürdig.

Einen Eindruck von den Größenordnungen dieses jüngsten Teilbereichs des beruflichen Bildungswesens vermitteln die folgenden Zahlen – alle bezogen auf die alten Bundesländer: 1990 verließen 746 123 Schulabgänger die allgemeinbildenden Schulen, darunter 263 424 oder 35,3 Prozent mit

Hochschulreife. 545 562 Jugendliche begannen eine betriebliche Ausbildung im dualen System (1991: 540 252). 153 695 Jugendliche absolvierten eine Ausbildung im ersten Schuljahr einer vollzeitschulischen Berufsfachschule und 41 539 im ersten Schuljahr einer Schule des Gesundheitswesens. 25 571 Schüler besuchten das Berufsvorbereitungsjahr, 35 079 (1991: 25 210) waren Teilnehmer an berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der Berufsberatung und 24 286 (1991: 20 800) an solchen der Arbeitsvermittlung und Arbeitsberatung. 66 400 Jugendliche erhielten eine Benachteiligtenförderung nach dem Arbeitsförderungsgesetz, darunter 17 000 im Rahmen einer Berufsausbildung in einer überbetrieblichen Einrichtung und 49 400 mit ausbildungsbegleitenden Hilfen. Im gleichen Jahr gab es 253 000 Studienanfänger an den Hochschulen der Bundesrepublik⁹.

III. Modernisierungen im System der beruflichen Bildung

Die „Maßnahmen“ zur Ergänzung des traditionellen beruflichen Bildungswesens in Deutschland bewirken zugleich eine wesentliche Modifikation seiner Grundstruktur. Die der Systemlogik entsprechende Gradlinigkeit der Übergangsverläufe von der Schule in Arbeit und Beruf wird damit für nennenswerte Teile der nachwachsenden Generation aufgegeben. Zusammen mit der Auflösung der traditionellen Zuordnungen zwischen Schulabschlüssen und beruflichen Bildungsgängen – wie Pflichtschule (Volksschule) und betriebliche Ausbildung oder Realschule und vollzeitschulische Berufsfachschulausbildung oder Gymnasium und Studium – sind wesentliche Konstanten des Systems, die zugleich auch der beruflichen Orientierung dienen, zu Variablen geworden.

Anlässe für diese Entwicklung waren vor allem die Arbeitsmarktkrisen insbesondere seit Anfang der siebziger Jahre. Im Rückblick zeigt sich, daß die traditionelle Struktur nur dann zu den kalkulierbaren Normalbiographien des Übergangs führt, wenn die Rahmenbedingungen relativ stabil bleiben. Dazu gehört – qualitativ wie quantitativ – eine weitgehende Übereinstimmung der auf dem Arbeitsmarkt nachgefragten und der vom Ausbildungssystem erzeugten Qualifikationsstruktur der

⁹ Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Berufsbildungsbericht 1992, Bonn 1992; Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Grund- und Strukturdaten 1991/92, Bonn 1991; Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Fachserie 11, Reihe 2. Berufliche Schulen 1990, Wiesbaden 1992.

Arbeitnehmer, zu der das Schulsystem durch eine klare Vorsortierung der Jugendlichen für bestimmte berufliche Niveaus und Laufbahnen beiträgt – vereinfacht beschrieben in etwa: Hauptschüler für Arbeiterberufe, Realschüler für (nicht-akademische) Angestelltenberufe und Gymnasiasten für akademische Berufe.

Solche Bedingungen sind spätestens seit Georg Pichts Kassandrarufer von der Bildungskatastrophe, die ja in einer außerordentlich bedrohlich eingeschätzten Diskrepanz zwischen dem gesellschaftlichen Bedarf an Qualifikation und dem vom Bildungswesen erzeugten Angebot an Qualifizierten bestand¹⁰, sowie als Folge der danach eingeleiteten Bildungsreform überwunden.

Auf der Seite der Beschäftigung führen technische und ökonomische Umwälzungen zunehmend zur Auflösung ehemals stabiler und kalkulierbarer Berufsperspektiven und Arbeitsverhältnisse. Qualifikationsanforderungen entwickeln sich dynamisch, Beschäftigungsverhältnisse werden kurzzyklischer. Rationalisierung und Flexibilisierung führen zu ungeschützten Arbeitsverhältnissen. Aus dem allgemeinen Arbeitsmarkt differenzieren sich einerseits relativ abgeschottete betriebsinterne Arbeitsmärkte für qualifizierte Stammebelegschaften heraus, andererseits entstehen davon zunehmend abgekoppelte zweite Arbeitsmärkte für kurzfristige, ungeschützte, in der Regel wenig qualifizierte Arbeit.

Die Tatsache, daß immer mehr Jugendliche bessere und weiterführende Schulabschlüsse erreichen, hat zu einem Qualifikationsparadox¹¹ geführt: Bildungszertifikate werden entwertet und zugleich als notwendige Voraussetzung für einen gelingenden Berufseinstieg immer wichtiger. Eltern und Jugendliche haben diese Entwicklung offensichtlich bemerkt: Nur noch 10 Prozent der Eltern von Schulkindern wünschen sich für diese den Hauptschulabschluß, mehr als die Hälfte streben für ihre Kinder das Abitur an¹².

Die selektive Funktion des allgemeinbildenden Schulwesens hat mit dieser Entwicklung ihren Charakter verändert: Schule leistet nicht mehr die Vorauswahl für bestimmte Berufslaufbahnen, sondern liest vor allem negativ aus. Die weiterführenden Schulen haben ihre statuszuteilende Funktion an die betrieblichen Personalabteilungen verloren¹³. Die positive Auslese für erfolgsverspre-

chende Berufsausbildungen ist ins berufliche Bildungswesen, und hier vor allem in das duale System, hineinverlagert worden. Die Betriebe lesen ihre Auszubildenden mit immer entwickelteren Methoden selbst aus. Persönlichkeitsbezogene Merkmale wie soziale Herkunft und Geschlecht, Bewerbungsverhalten und berufliche Einstellungen, Aufstiegsdenken und Konsumorientierung werden dabei immer wichtiger.

IV. Disparitäre Entwicklungen im Übergang Schule – Beruf

Die tendenzielle Abkoppelung des Beschäftigungssystems vom Bildungssystem oder genauer: die Entstrukturierung des Übergangs von der Schule in den Beruf führt zu einer Pluralisierung von Lebenslagen und einer Individualisierung der Übergangsverläufe bei den Jugendlichen¹⁴. Damit sind einerseits Chancen verbunden, traditionelle schicht- oder gruppenspezifische Beeinträchtigungen in bezug auf berufliche Perspektiven und Lebenspläne zu überwinden, andererseits droht die Gefahr neuer sozialer Ungleichheit als Folge der Auflösung ehemals kollektiver sozialstaatlich gestützter Risikobewältigungsmechanismen und der damit verbundenen Ausgrenzung ganzer Gruppen von Jugendlichen, die nur über geringe Mittel zur individuellen Risikobewältigung verfügen. Neben Modernisierungsgewinner treten Verlierer. Es kommt zu schicht-, geschlechts-, regional- und ethno-spezifischen disparitären Entwicklungen und Widersprüchen. Auf einige der Ambivalenzen in diesem Prozeß, beispielsweise auf den Konflikt zwischen gutem Ausbildungsplatzangebot und Nachwuchsmangel oder auf das sogenannte Qualifikationsparadox, wurde bereits hingewiesen.

Innerhalb der betrieblichen Ausbildung im dualen System selbst kommt es zu einer vertikalen Rangordnung der Berufe. Ausbildungsplätze in wenig attraktiven, gewerblich-technischen Handwerksberufen können – jedenfalls unter den Bedingungen eines Angebotsüberhangs auf einem vielfältigen Ausbildungsmarkt – trotz eines Rests unverorgt gebliebener Jugendlicher nicht mehr oder nur noch unter Einbeziehung der neuen sozialpädagogisch qualifizierten, berufsvorbereitenden oder ausbildungsbegleitenden Maßnahmen besetzt werden. Die dafür in Frage kommenden Jugendlichen lassen meist allein schon wegen ihrer geringen Schulerfolge erhebliche Schwierigkeiten bei der

10 Vgl. Georg Picht, Die deutsche Bildungskatastrophe, Olten und Freiburg 1964.

11 Vgl. Dieter Mertens, Qualifikationsparadoxe Bildung und Beschäftigung bei kritischer Arbeitsmarktperspektive, in: Zeitschrift für Pädagogik, 30 (1984), S. 439–455.

12 Vgl. ISF-Umfrage (Anm. 3).

13 Vgl. Ulrich Beck, Risikogesellschaft, Frankfurt/Main 1986.

14 Vgl. Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (Hrsg.), Achter Jugendbericht, Bonn 1990.

Bewältigung der Ausbildungsanforderungen im Betrieb wie in der Berufsschule erwarten. Diese Jugendlichen aus Sonderschulen und mit allenfalls einfachen Hauptschulabschlüssen bleiben auf dem niedrigen Niveau des beruflichen Ersteintritts von weitergehenden Karrieren abgeschnitten.

Obwohl die Erfüllung der Vollzeitschulpflicht formal als Voraussetzung für eine betriebliche Ausbildung ausreicht, verlangen die Betriebe für viele Ausbildungsplätze heute den Realschulabschluß, für anspruchsvolle kaufmännische Berufe häufig sogar das Abitur als schulische Vorbildung. Diese vertikale Ausdifferenzierung des Berufsgefüges dualer Ausbildungen, die ursprünglich Jugendliche mit einheitlichen Voraussetzungen für Berufe mit vergleichbarem beruflichen Status qualifizierten, hat zur Folge, daß heute ohne Hauptschulabschluß nur noch ganz wenige, mit dem Hauptschulabschluß nur noch die einfachen handwerklichen und die einfachen industriellen Fertigungsberufe sowie die wenig attraktiven kaufmännischen Berufe im Einzelhandel zugänglich sind (Bäcker/in, Gas- und Wasserinstallateur/in, Friseur/in, Maler- und Lackierer/in, Verkäufer/in und Kfz.-Mechaniker/in – alle mit mehr als 50 Prozent Hauptschülern unter den Auszubildenden).

Für alle anderen dualen Ausbildungen wird in der Regel der mittlere Bildungsabschluß erwartet. Beispiele für Berufe mit hohem Anteil an Auszubildenden mit mittlerer Reife sind Kommunikations-elektroniker, Rechtsanwalts- und Notargehilfe, Zahnarzt- und Arzthelferin.

In der obersten Etage der betrieblichen Ausbildung finden sich einige kaufmännische Berufe, in denen ein Gutteil der Ausbildungsplätze nur noch mit dem Abitur erreichbar ist. Dies gilt etwa für Reiseverkehrs-, Versicherungs- und Bankkaufleute sowie für Industrie- und Speditionskaufleute.

Fast jeder sechste Auszubildende verfügt über die Hochschulreife und jeder dritte über einen mittleren Bildungsabschluß. In Industrie und Handel stellen die Realschulabsolventen (35 Prozent) zusammen mit den Abiturienten (20 Prozent) die Mehrheit.

Betriebe erhöhen also teilweise die formalen Zugangsvoraussetzungen für viele Ausbildungen und führen *gleichzeitig* in wachsendem Maße Klage darüber, für ihre Ausbildungsstellen nicht genügend geeignete Bewerber zu finden. Nach einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung führten 70 Prozent der Ausbildungsbetriebe zwischen 1989 und 1991 Beschwerde sowohl über ungeeignete als auch zu wenige Bewerber. Nur jeder achte Handwerksbetrieb, jeder dritte Ausbildungsbetrieb in Industrie

und Handel, aber immerhin zwei Drittel der öffentlichen Arbeitgeber gaben an, daß sie noch ausreichend qualifizierte Ausbildungsplatzbewerber haben. Weniger als die Hälfte der Großbetriebe ist mit der Bewerberlage zufrieden, bei den Kleinbetrieben nur wenig mehr als ein Viertel, bei den technisch-naturwissenschaftlichen und kaufmännisch-verwaltenden Berufen immerhin noch 40 Prozent, bei den gewerblichen und primären Dienstleistungsberufen nur noch 20 Prozent¹⁵.

Dennoch – oder auch gerade deshalb – werden nur zwei Drittel der betrieblichen Auszubildenden nach der Ausbildung in ein Arbeitsverhältnis übernommen, ein Teil davon zunächst nur befristet, und dies, obwohl die Betriebe häufig angaben, ihre Beschäftigten aufstocken zu wollen und dabei ebenso häufig über den Facharbeitermangel klagten.

Ein anderes erklärungsbedürftiges Phänomen ist, daß trotz des ständig verbesserten Ausbildungsplatzangebotes der letzten Jahre auch langfristig jeder siebte Jugendliche ohne abgeschlossene Berufsausbildung bleibt: Nach einer Emnid-Untersuchung von 1991 waren 1990 zwischen 14 und 19 Prozent (je nach Bezugsgrößendefinition) der 20- bis 24-jährigen ohne Ausbildung¹⁶. Die überwiegende Mehrheit von ihnen verfügte nicht über einen Hauptschulabschluß; über die Hälfte hat nie eine Ausbildung nachgefragt; jeweils ein Viertel hat keinen Ausbildungsplatz gefunden bzw. eine Ausbildung abgebrochen und den Ausbildungswunsch endgültig aufgegeben. Die Zahl der frühzeitig gelösten Ausbildungsverhältnisse und auch der Anteil der Ausbildungsabbrecher ist mit der Verbesserung der Ausbildungsmarktlage von 1983 bis 1990 nicht etwa zurückgegangen; sie hat sich sogar noch auf 134 000 erhöht; das ist fast jeder vierte der 1990 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge. Mit über einem Drittel Ausbildungsabbrechern nimmt das Handwerk, also der Ausbildungsbereich mit den meisten unbesetzten Ausbildungsstellen, die Spitzenposition ein.

Die ausländischen Jugendlichen stellen auch für die Autoren des Berufsbildungsberichtes 1992 nach wie vor ein Problem dar, weil ihr Anteil an Auszubildenden immer noch zu niedrig ist. Zwar hat sich ihre Ausbildungsbeteiligung in den letzten 10 Jahren verdoppelt; der Anteil der 15- bis 18-jährigen Ausländer, die eine betriebliche Ausbildung absolvieren, liegt derzeit bei 35 Prozent, aber der Anteil ihrer deutschen Altersgenossen ist doppelt

15 Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Anm. 1), S. 60.

16 Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.), Daten und Fakten über Jugendliche ohne abgeschlossene Berufsausbildung, Bonn 1991.

so hoch. Der Anteil ausländischer Jugendlicher an allen betrieblichen Auszubildenden betrug 1990 nur 6,7 Prozent, bei einem Schulabgängeranteil von 12 Prozent. Die Auszubildenden konzentrieren sich zudem auf wenige einfache gewerblich-handwerkliche und Helfer-Berufe: Friseurhandwerk, Metallbauer, Kraftfahrzeugmechaniker, Apothekenhelferin, Elektroinstallateur, Gas- und Wasserinstallateur, Maler und Lackierer. Überdurchschnittlich vertreten sind die ausländischen Jugendlichen demgegenüber in Berufsvorbereitungsmaßnahmen und in der Benachteiligtenförderung, wo ihr Anteil teilweise 25 bis 30 Prozent beträgt¹⁷.

V. Neue Übergangsbioographien im regionalen Kontext

Die Verlängerung der Übergangsphase bei gleichzeitiger Verlagerung der endgültigen beruflichen Laufbahnentscheidungen in die Zeit nach der beruflichen Erstausbildung sowie große Disparitäten bezüglich unterschiedlicher regionaler beruflicher Chancenstrukturen sind – je nach Betrachtungsweise – die wichtigsten Krisensymptome oder Modernisierungseffekte des traditionellen dualen Systems der Berufsausbildung.

Beiden Entwicklungslinien ist in einer vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft geförderten Untersuchung des Deutschen Jugendinstituts nachgegangen worden. Das Projekt Jugend und Arbeit des DJI hat in einer qualitativ angelegten Längsschnittuntersuchung im Regionalvergleich zwischen München und Duisburg seit 1988 Jugendliche im Übergang von der Schule in Arbeit und Beruf begleitet¹⁸. Die Auswertung des Längsschnittes ist derzeit zwar noch nicht abgeschlossen, aber erste Ergebnisse bestätigen die angesprochenen Perspektiven.

Die Untersuchung wurde mit Jugendlichen an der ersten Schwelle begonnen, d. h. sie wurden in einer Startposition nach der Schule im ersten Ausbildungsjahr oder in einer berufsvorbereitenden Maßnahme aufgesucht, in Stationen also, in denen die Jugendlichen nach der traditionellen Logik des dualen Systems etwa 15 bis 17 Jahre alt sein soll-

ten. Schon dieser Zugang führte zu einer Altersstreuung von 15 bis 24 Jahren in den Untersuchungsgruppen. Nur knapp zwei Drittel der Jugendlichen waren tatsächlich Direkteinsteiger, d. h. im Vorjahr aus der allgemeinbildenden Schule abgegangen; und unter den übrigen, die bereits Umwege oder „Warteschleifen“ absolviert hatten, waren manche Beispiele für sogenannte „Maßnahmekarrieren“, mit denen die These von der „kalkulierbaren Karriere zur Patchwork-Biographie“¹⁹ eindrucksvoll illustriert werden kann. Im folgenden seien zwei Beispiele dafür angeführt:

Ein männlicher Jugendlicher im ersten Jahr der Ausbildung zum Tischler in einer überbetrieblichen Einrichtung im Rahmen der Benachteiligtenförderung in Duisburg: Der Jugendliche hat 1983 seinen Hauptschulabschluß gemacht, anschließend nach zwei Monaten eine Maler- und Lackiererausbildung abgebrochen, ein Jahr lang einen betrieblichen Förderungslehrgang als Schlosser absolviert, nach einem weiteren Jahr eine Tankwartlehre, nach wiederum einem halben Jahr eine Schlosserlehre abgebrochen, ein Jahr eine Berufsvorbereitungsmaßnahme als Tischler absolviert und wurde schließlich vom Träger dieser Maßnahme in die Benachteiligtenausbildung übernommen. Sein Wunschberuf war schon immer Drechsler, aber: „Früher habe ich überhaupt nicht daran geglaubt, weil die Leute sagten, das schaffst Du nie“. Ein Jahr später hat er die Berufsausbildung in der überbetrieblichen Einrichtung abgebrochen, war zwischendurch arbeitslos und ist seit 1991 nach Ableistung des Bundeswehrdienstes wieder arbeitslos. Der Vater ist ungelernter Arbeiter, arbeitslos; die Mutter ist Hausfrau.

Eine weibliche Jugendliche in einer Berufsfachschule für Kinderpflege in München: Die Jugendliche ist 1982 ohne Hauptschulabschluß von der Realschule abgegangen, nachdem sie zuvor bereits vom Gymnasium zur Realschule gewechselt war; danach hat sie mit Hilfe der Volkshochschule den qualifizierenden Hauptschulabschluß nachgeholt; anschließend Jobs als Raumpflegerin, Küchenhilfe und Zimmermädchen angenommen und ungezählte Bewerbungen geschrieben: „Ich wußte nicht, was ich wollte“. Sie unternahm erneut den erfolglosen Versuch, wieder mit Hilfe der Volkshochschule, die mittlere Reife nachzuholen, bewarb sich – ebenfalls erfolglos – als Schneiderin, verwarf eine Ausbildung zur Arzthelferin nach einem Praktikum: „Und dann habe ich mir gedacht, jetzt wird es Zeit, jetzt muß ich einen Beruf

17 Vgl. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Anm. 1).

18 Vgl. Erich Raab/Peter Wahler, Projekt Jugend und Arbeit – ein Forschungsvorhaben des Deutschen Jugendinstituts, in: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.), *Berufseinstieg heute*, München 1988. Projekt Jugend und Arbeit (Hrsg.), *Jugendliche beim Einstieg in das Arbeitsleben*, München 1990.

19 Vgl. Thomas Olk/Frank Stricker, *Jugend und Arbeit, Individualisierungs- und Flexibilisierungstendenzen in der Statuspassage Schule/Arbeitswelt*, in: Wilhelm Heitmeyer/Thomas Olk (Hrsg.), *Individualisierung von Jugend*, Weinheim 1990.

machen, irgend etwas“. Danach ist sie auf Anraten der Mutter in die Berufsfachschule Kinderpflege eingetreten, obwohl es „spießig“ und nicht ihr Wunschberuf ist: „Lieber etwas Kreatives in Mode machen“. Beide Eltern sind Akademiker.

In der ersten Erhebungswelle der Untersuchung wurde zunächst bei allen Jugendlichen eine deutlich ausgeprägte Arbeits- und Berufsorientierung teilweise sogar mit sehr hohem qualitativen Anspruchsniveau festgestellt. Arbeit und Beruf waren zu diesem Zeitpunkt fester Bestandteil von Lebensentwürfen und Zukunftsplänen – allerdings häufig ohne konkrete Vorstellungen, ja zuweilen waren die Jugendlichen geradezu ausgesprochen hilflos, wie diese Pläne zu verwirklichen sind. Erste Ergebnisse aus der Längsschnittauswertung zeigen, daß diese starke Berufsorientierung nicht durchgehend durchgehalten wurde.

Es sind vor allem junge Frauen, denen der Ersteinstieg nicht glückt, die ihre Berufsorientierung wieder aufgeben und sich statt dessen auf eine Familienrolle hin orientieren, allenfalls noch Zuverdienst- oder Teilzeitbeschäftigung in ungelernter Arbeit anstreben. Es gibt aber auch junge Männer, die sogar auf die Verwertung ihrer Ausbildung verzichten und statt in ihrem erlernten gewerblichen oder handwerklichen Beruf zu arbeiten, sich auf dem Jobmarkt für Ungelernte besser bezahlte Arbeit oder angenehmere Arbeitsbedingungen suchen.

In der Untersuchung wird darüber hinaus deutlich, daß der berufsbildungs-, beschäftigungs- und sozialpolitisch motivierte Ausbau des Gesamtsystems des Übergangs von der Schule in den Beruf – in beiden Regionen (München, Duisburg) noch ergänzt um Bildungs-, Ausbildungs- und Beschäftigungsprojekte örtlicher Träger der berufsbezogenen Jugendhilfe für besondere Zielgruppen – in den letzten Jahren zweifelsohne zu einer Entspannung an der ersten Schwelle der Berufseinmündung beigetragen hat. Der Großteil aller Schulabgänger wird mit Hilfe dieses Gesamtangebotes zunächst versorgt. Die Jugendarbeitslosigkeit bei den unter 20jährigen ist entsprechend niedrig. 1990 waren es in den alten Bundesländern ca. 60 000 oder 1,8 Prozent jugendliche Arbeitslose bezogen auf die Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen von 1978 bis 1990, in München 0,5 Prozent und in Duisburg 3,9 Prozent²⁰.

Dies alles bedeutet nicht, daß die berufliche Integration von Jugendlichen ein bewältigtes Problem ist. Das Problem wird nicht selten – zeitlich ver-

schoben – erst an der zweiten Schwelle sichtbar, wie an mißglückten Übergängen von „Maßnahmen“ in Ausbildung, an der gestiegenen Zahl von Ausbildungsabbrechern und an erfolglosen Versuchen, nach der Ausbildung im erlernten Beruf vom Lehrbetrieb übernommen zu werden, gezeigt werden konnte.

Die Verlagerung der Problematik des Berufseinstiegs von der ersten auf die zweite Schwelle bedeutet wiederum nun auch nicht, daß die schon in den achtziger Jahren festgestellte, mit dem beruflichen Ersteinstieg verbundene weitgehende Festlegung der Berufslaufbahn wieder aufgehoben wird. „In späteren Lebensjahren ist es außerordentlich schwer, die Benachteiligungen, die beim Einstieg in das Beschäftigungssystem entstanden sind, wieder auszugleichen.“²¹ Besonders den Jugendlichen, die bereits beim Ersteinstieg zum Beispiel wegen schlechter oder fehlender Schulabschlüsse Schwierigkeiten haben, oder auch vielen der mehrfach benachteiligten ausländischen Mädchen, die zunächst nur im Berufsvorbereitungsjahr oder in Berufsvorbereitungsmaßnahmen unterkommen, gelingt die Korrektur des auf so niedrigem Niveau vollzogenen Berufseinstiegs nach oben nur selten.

Die Entwicklung des Berufsbildungswesens ist eingebettet in ökonomische, soziale und kulturelle Modernisierungsprozesse. Solche Prozesse laufen in regionalen Kontexten ungleichzeitig ab. Die Auswahl von München und Duisburg als Untersuchungsregionen für das DJI erfolgte auch, weil beide Städte relativ große Unterschiede bezogen auf solche Modernisierungsentwicklungen aufweisen. Duisburg war 1988 im Jahr von Rheinhausen (Beschluß zur Schließung des Krupp-Stahlwerkes in Duisburg) noch eine altindustrialisierte, monostrukturierte Krisenregion; inzwischen spricht man statt von Krise vom Strukturwandel. Dieser Strukturwandel war begleitet vom Verlust von mehr als einem Drittel der Arbeitsplätze und einer hohen Arbeitslosenquote. Das Qualifikationsprofil der Arbeitskräfte war zudem wenig differenziert und stark auf die monostrukturierte Industrie zugeschnitten.

München hingegen ist eine moderne prosperierende dynamische Wachstumsregion, neu industrialisiert, eines der High-Tech-Zentren der Welt mit einem hohen Anteil an Forschungs- und Entwicklungspersonal und modernen Dienstleistungsberufen sowie einer vergleichsweise sehr günstigen Arbeitsmarktbilanz.

²⁰ Vgl. Berufsbildungsbericht 1992 (Anm. 1) und eigene Berechnungen.

²¹ Hans-Peter Blossfeld, Berufseintritt und Berufsverlauf, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 18 (1985) 2, S. 194.

Diese unterschiedlichen Rahmenbedingungen spiegeln sich natürlich in Unterschieden auf den regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmärkten wider. Die Jugendarbeitslosigkeit ist auch 1991 in Duisburg noch fast doppelt so hoch, in München dagegen knapp halb so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Die Angebots-Nachfrage-Relation für Ausbildungsplätze liegt in München bei 135,3, in Duisburg bei 107,5; 1988 lag Duisburg mit 92,2 bundesweit sogar noch an letzter Stelle.

Die Vergleichsuntersuchung des DJI zeigt, daß die Jugendlichen in beiden Regionen auf diese Unterschiede reagieren. Die Münchener Jugendlichen erfahren und bewerten ihre Bewerbungssituation, ihre Ausbildungserfahrungen, ihre Übernahmechancen nach der Ausbildung positiv und antizipieren auch ihre weitere berufliche Zukunft optimistisch bis problemlos. Die Duisburger Jugendlichen sehen all dies eher skeptisch und risikobehaftet oder pessimistisch. Die Münchener Jugendlichen profitieren offensichtlich insgesamt von den modernisierten Wirtschaftsstrukturen ihrer Region, die Duisburger hingegen erscheinen als Leidtragende des (noch) nicht vollzogenen Strukturwandels.

Als die größten Modernisierungsgewinner scheinen sich dabei die Münchener Mädchen und jungen Frauen herauszustellen. Ihr Anteil an betrieblicher Ausbildung liegt mittlerweile fast bei 50 Prozent (Duisburg: 40 Prozent). Das Spektrum an Ausbildungsberufen für Mädchen ist in München wesentlich breiter als in Duisburg und ihr Vordringen auch in anspruchsvolle und attraktive Ausbildungen im kaufmännischen und sekundären Dienstleistungsbereich ist unübersehbar.

Entgegen der allgemeinen Entwicklung von Bildung und Beschäftigung von Mädchen und Frauen in der Bundesrepublik, wonach festzustellen scheint, daß die mittlerweile erreichte höhere allgemeine Schulbildung von Mädchen beim Eintritt in das Berufsleben nicht entsprechend verwertet wird, weil ihnen die anspruchsvollen und zukunftssträchtigen Berufe vorenthalten werden, scheint sich in München der Bildungsvorsprung der Mädchen in der Berufsausbildung auszuzahlen. 63 Prozent der auszubildenden Industriekaufleute und 53 Prozent der auszubildenden Bankkaufleute sind hier mittlerweile weiblich.

Aber alle diese Verbesserungen vollzogen sich in München im Grunde im Rahmen der traditionellen Strukturen des beruflichen Bildungswesens. Junge Frauen werden in anspruchsvolle Ausbildungen übernommen, aber nur, wenn sie durch Leistung überzeugen und gut vorqualifiziert sind. Mädchen, die ohne oder nur mit einem einfa-

chen Schulabschluß in den Beruf starten, werden auch in München auf ein eingeschränktes Berufsspektrum verwiesen. Als Ausbildungsberufe kommen für sie – wenn sie nicht in einfache gewerblich-technische Berufe einsteigen wollen wie Maler und Lackierer oder Bäcker – im Grunde nur noch die Friseurin, die Dienstleistungsfachkraft bei der Post und die Bekleidungsschneiderin in Betracht.

Ganz ähnlich geht es allerdings auch ihren „schwachen“ männlichen Kollegen. Die Großbetriebe rekrutieren für ihre gewerblichen Ausbildungsplätze zwar noch Hauptschulabsolventen, aber oft nur solche aus der Region und nicht mehr die aus der Stadt selbst, weil diese wegen der gestiegenen Bildungsbeteiligung bereits „gut gesucht“ sind.

Aber gerade bei den jungen Frauen wird dann auch noch der oben beschriebene Effekt der zeitlichen Verschiebung der Karriereentscheidung wirksam. Selbst wenn sie eine qualifizierte Erstausbildung erhalten, ist damit eine entsprechende Berufslaufbahn noch nicht gesichert, weil Laufbahn und Karriereentscheidungen im wachsenden Maße von beruflichen Weiterqualifizierungen abhängen.

Es ist also auch „guten“ jungen Frauen nicht garantiert, daß sich die Ausbildung letztendlich für sie wirklich auszahlt. Dies erklärt vielleicht, warum in der DJI-Untersuchung nicht wenige in diesem Sinne privilegierte junge Frauen in München sich trotz eindeutig vorhandener beruflicher Orientierung und attraktiver Ausbildungsplätze mit guten Berufschancen noch nicht endgültig auf eine bestimmte berufliche Karriere festlegen lassen wollen. Vielmehr halten sie sich noch andere Optionen offen, solange die Nagelprobe der Akzeptanz ihrer Karriere im Betrieb, des möglichen Verzichts auf die Familie oder der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, nicht erfolgt ist.

Der Gewinn, den Mädchen heute aufgrund der für sie unbestreitbar verbesserten Chancenstrukturen im beruflichen Bildungswesen erzielen, könnte sich schnell als ein Pyrrhussieg herausstellen, wenn er nur auf konjunkturell günstigen Bedingungen, auf einer temporären Attraktivität einer Wirtschaftsregion basiert, die sich bei der Qualifikationsbeschaffung allein auf einen unveränderten traditionellen Ausbildungsmarkt verläßt und darauf, notfalls ihre Spitzenkräfte auch überregional anzuwerben und auf eine bildungspolitisch gebotene Weiterentwicklung des regionalen beruflichen Bildungswesens verzichtet.

VI. Entwicklungsperspektiven des Systems der beruflichen Bildung

Die Weiterentwicklung des gesamten Berufsbildungswesens muß zwei Ziele verfolgen: die berufliche Integration benachteiligter Gruppen und die Sicherung des Qualifikationsbedarfs einer sich weiterhin modernisierenden Wirtschaft.

Um auch benachteiligte Jugendliche mit einer qualifizierten Ausbildung auszustatten, bedarf es besonderer Anstrengungen. Es gehört zum gesicherten Bestand der Familien- und Schulforschung, daß eine erfolgreiche schulische Sozialisation von Kindern ständige Unterstützungsleistungen der Familie voraussetzt, daß die deutsche Schule ohne eine „Dauerbezuschussung durch die Familie“ nicht mehr denkbar ist²².

Die DJI-Untersuchungsergebnisse zeigen, daß diese familialen Leistungen heute auch für die Berufsausbildung und für einen gelingenden Übergang in Arbeit und Beruf wichtig sind. Vergleichsweise privilegierte Familien realisieren also Wettbewerbsvorteile für ihre Kinder nicht mehr nur in der primären familialen Sozialisation, im Kindergarten und in der Schule, sondern auch in der Berufsausbildung und bei der Einmündung in die Arbeitswelt. Berufliche Integrationshilfen wie z. B. die berufsbezogene Jugendhilfe sind damit heute ein notwendiger sozialstaatlicher Ausgleich zur Begrenzung von Wettbewerbsnachteilen beim Übergang von der Schule in den Beruf. Sie haben im Grundsatz die gleiche Funktion wie die familienergänzende Kinder- und Jugendhilfe zur Begrenzung der Reproduktion sozialer Ungleichheiten unmittelbar über die Familie, oder wie die Schulsozialarbeit zur Begrenzung der Reproduktion sozialer Ungleichheit in und durch die Schule.

Halten wir an dem Ziel einer Berufsausbildung für alle fest, dann muß die Jugendhilfe und die Sozialpädagogik als offenes, berufsbildungsergänzendes oder ausbildungsgestaltendes Prinzip²³ zu einem infrastrukturellen Bestandteil auch des beruflichen Bildungswesens, muß berufsbezogene Jugendhilfe zu einer Regelaufgabe in der Berufsausbildung werden. Ein sozialpädagogisch qualifiziertes Berufsbildungswesen ist eine der notwendigen sozial-

22 Vgl. Rudolf Tippelt, Kinder und Jugendliche im Spannungsfeld zwischen der Familie und anderen Sozialisationsinstanzen, in: Zeitschrift für Pädagogik, 34 (1988) 5, S. 628.

23 Vgl. Hans-Joachim Petzold, Die Rolle der Sozialpädagogik in der Berufsausbildung: Vom Ausbildungshelfer zum Ausbildungsgestalter?, in: Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk (Hrsg.), Praktikergespräch der Fachkommission Berufsausbildung für benachteiligte Jugendliche, Bonn 1990.

politischen Antworten auf die mit Modernisierung und Individualisierung der Einmündung ins Arbeitsleben verbundenen neuen Risiken und kann damit auch neuer sozialer Ungleichheit entgegenwirken.

Einer in diesem Sinne eher sozialpolitisch motivierten Berufsbildungspolitik hat sich natürlich Duisburg in der Zeit der Krise stärker bedient als München, wo es lange gedauert hat, bis berufsvorbereitende Maßnahmen und ausbildungsbegleitende Hilfen sowie berufsbezogene Jugendhilfeprojekte auch von den Handwerksinnungen als konjunkturabhängige und strukturbedingte Angebote für bestimmte Zielgruppen anerkannt worden sind.

Aber in Duisburg hat man sehr bald auch erkannt, daß eine lediglich auf Versorgung und Unterbringung von Problemgruppen reduzierte Politik nicht ausreicht, sondern daß damit eine Qualifizierungsoffensive verbunden sein, d. h. die Gelegenheit genutzt werden muß – und sei es zunächst nur auf Vorrat –, das Qualifikationsniveau insgesamt zu erhöhen. Wenn Jugendliche heute aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage in der Region zunächst Schwierigkeiten beim Berufsstart haben, warum sollte die Zeit dann nicht genutzt werden, sie um so besser auf die Anforderungen von morgen vorzubereiten? Dies kann durch den Ausbau eines durchlässigen berufsqualifizierenden Schul- und Weiterbildungswesens geschehen, das mit der Möglichkeit verbunden ist, allgemeinbildende Abschlüsse nachzuholen oder gar doppelt qualifizierende Ausbildungen zu absolvieren. Ziel ist dabei u. a. auch, die berufliche Bildung insgesamt aufzuwerten und dann beispielsweise auch gewerblich-technische Ausbildungen bisher höher bewerteten kaufmännischen und akademischen Abschlüssen anzugleichen.

In München ist eine vergleichbare berufsbildungspolitische Strategie allenfalls in Ansätzen erkennbar. Seit kurzem kann man in Bayern mit einem sogenannten qualifizierenden beruflichen Bildungsabschluß auch die mittlere Reife erwerben, aber im übrigen sind der örtliche DGB-Vorsitzende und der städtische Referent für Arbeit und Wirtschaft bisher einsame Rufer nach einer kommunalen Qualifizierungsoffensive aus Sorge um das Qualifikationsniveau angesichts einer immer sichtbarer werdenden Kluft zwischen zukünftiger Nachfrage und innerhalb des weitgehend traditionell strukturiert gebliebenen Bildungswesens erzeugtem Angebot.

Die Änderung im Gesamtsystem der beruflichen Bildung – einschließlich des Einbezugs berufsvorbereitender Maßnahmen auf der einen und Weiterbildungsmaßnahmen nach der beruflichen Erst-

ausbildung auf der anderen Seite – bedeutet nun keinesfalls ein Ende des dualen Systems. Es kommt gewiß zu neuen Aufgabenverteilungen, zu einem neuen Zuschnitt, auch zu neuen institutionellen Formen. Aber „die prinzipielle Dualität des dualen Systems beruht ja . . . auf dem Spannungsverhältnis seiner beiden Funktionselemente privater Ausbildungsmarkt und staatlich gesetztes Berufsbildungsrecht. In diesem Rahmen sind auch andere, zukunftsoffenere, institutionelle Varianten denkbar, die sich z. T. ja schon abzeichnen: überbetriebliche Bildungsstätten, ein Verbund von Lehrwerkstatt und Werkschule, Berufsakademien,

Alternativprojekte, Produktionsschulen und das Berufsgrundbildungsjahr.“²⁴

Und die Sicherstellung eines ausreichenden Ausbildungs- und Arbeitsplatzangebotes und eines hohen Qualifikationsniveaus der Arbeitskräfte liegt ja auch in der Zukunft im gemeinsamen Interesse beider, der privaten Wirtschaft und der staatlichen Politik. Solange diese sich dessen bewußt sind, werden auch die Berufs- und Arbeitsmarktchancen für Jugendliche in der Zukunft im internationalen Vergleich nicht schlecht bleiben.

24 Vgl. W.-D. Greinert (Anm. 2), S. 69.

Peter Förster/Walter Friedrich: Politische Einstellungen und Grundpositionen Jugendlicher in Ostdeutschland

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/92, S. 3–15

Auf der Grundlage einer größeren, für Sachsen repräsentativen Jugendstudie werden Ergebnisse zur politischen Grundhaltung Jugendlicher dargestellt und diskutiert. Vergleiche belegen, daß sich die jungen Menschen seit 1990 in erheblichem Maße von den Parteien/politischen Richtungen abgewandt haben, sich zugleich aber häufiger und intensiver mit Positionen im politischen Links-Rechts-Spektrum identifizieren. Das Politikverständnis und -engagement bezieht sich auf diese informelle Dimension, widerspiegelt so eine Distanz zu den etablierten Parteien.

Jugendliche mit linken bzw. rechten Positionen unterscheiden sich stark in ihren politischen, weltanschaulichen Wertestrukturen, aber auch in anderen – psychischen – Merkmalsbereichen, so daß man von zwei verschiedenen Mentalitäten sprechen kann. Die Links-Rechts-Achse scheint heute zum entscheidenden Bezugssystem des politischen Selbstverständnisses und Engagements ostdeutscher Jugendlicher geworden zu sein.

Harry Müller/Wilfried Schubarth: Rechtsextremismus und aktuelle Befindlichkeiten von Jugendlichen in den neuen Bundesländern

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/92, S. 16–28

Im Beitrag werden empirische Ergebnisse einer neueren Jugendstudie dargestellt, die zeigen, daß fremdenfeindliche, nationalistische, autoritäre, antisemitische u. a. rechtsextreme Orientierungen bei einem nicht unbeträchtlichen Teil ostdeutscher Jugendlicher verbreitet sind und seit 1990 z. T. zugenommen haben. Die tendenzielle Zunahme rechtsextremer Orientierungen betrifft dabei vorrangig die politisch ganz rechts eingestellten Jugendlichen (Tendenz zur Radikalisierung des rechten Spektrums).

Zugleich wird die Multidimensionalität und Differenziertheit des Rechtsextremismus-Syndroms belegt, welches auch die Dimension der Gewalt einschließt. Die Gewaltbereitschaft hat insbesondere unter männlichen Jugendlichen ein beachtliches Ausmaß angenommen.

Im zweiten Teil des Beitrags werden Ergebnisse zu aktuellen Befindlichkeiten (Bedrohungsängste, Lebenszufriedenheit, Selbstwerterleben) ostdeutscher Jugendlicher vorgestellt und kommentiert.

Gisela Ulrich: Zur Situation der Jugendhilfe in Leipzig

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/92, S. 29–35

Mit der Einführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes in den neuen Bundesländern am 3. Oktober 1990 ist ein grundlegender struktureller und inhaltlicher Wandel der Jugendhilfe im Osten eingeleitet worden. Dies trifft auch für die Stadt Leipzig zu. Es wurde ein Jugendamt gebildet, das sich nach fast zweijähriger Existenz kaum mehr von Jugendämtern westdeutscher Großstädte vergleichbarer Größe unterscheidet.

Hemmend auf die Arbeit der Jugendhilfe in Ostdeutschland wirken sich nach wie vor der Mangel an qualifiziertem Fachpersonal, unzureichende räumliche und technische Bedingungen und – was damit zusammenhängt – eine überaus dürftige Finanzausstattung von Ämtern und freien Trägern aus. Vergleichsweise gut entwickelt ist in Leipzig die freie Jugendhilfe. Ihr Fortbestand ist jedoch durch das Auslaufen einer Vielzahl von ABM-Verträgen akut gefährdet.

Von besonderer Brisanz für die künftige Arbeit des Jugendamtes und der freien Träger sind die ungeklärten Eigentumsverhältnisse in Ostdeutschland; Rückübertragungsansprüche auf Grundstücke und Gebäude sowie fehlende Alternativen stellen derzeit im Bereich der Jugendhilfeplanung fast unüberwindbare Hindernisse dar. Schwerpunkte der Arbeit des Jugendamtes sind gegenwärtig insbesondere der Erhalt und die inhaltliche Veränderung der Kindertagesstätten sowie der Ausbau und die Neuprofilierung von Kinder- und Jugendfreizeitstätten.

Erich Raab: Berufsausbildung und Arbeitsmarktchancen Jugendlicher in den alten Bundesländern

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/92, S. 36-46

Die Ausbildungsplatzbilanz in den alten Bundesländern ist für die Nachfrager nach Ausbildung derzeit günstig. Aufgrund von strukturellen Veränderungen im Beschäftigungssystem einerseits und verändertem Bildungsverhalten von Jugendlichen andererseits, kommt es aber zu Diskrepanzen zwischen aktuell nachgefragter und im traditionellen Berufsausbildungssystem erzeugter Qualifikationsstruktur. Insbesondere für die anspruchsvolleren gewerblich-industriellen, aber auch für die einfachen handwerklichen Berufe wird die Nachwuchsrekrutierung zum Problem.

Dies führt zwangsläufig zu Veränderungen innerhalb des dualen Ausbildungssystems selbst, aber auch zu notwendigen Ergänzungen beispielsweise in Form vollzeitschulischer Ausbildungsgänge oder ausbildungsbegleitender Hilfen für besondere Gruppen.

Der Beitrag beschreibt solche Ausdifferenzierungsprozesse des Übergangssystems als Folge von gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen mit Beispielen aus einer Untersuchung zweier unterschiedlich strukturierter Regionen (München und Duisburg). Und er setzt sie in Beziehung zu den feststellbaren Ausdifferenzierungen und Individualisierungen der Übergangstrategien und -wege der Jugendlichen selbst.

Um die Berufs- und Arbeitsmarktchancen Jugendlicher auch in der Zukunft zu gewährleisten, steht am Schluß eine gemeinsame Anstrengung von Wirtschaft und Politik: Modernisierung der betrieblichen Ausbildung muß um eine sozialpolitisch verpflichtete staatliche Berufsbildungs- und Beschäftigungspolitik ergänzt werden.